



53. Sitzung

Freitag, den 23.02.2018

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

<i>Mitteilungen des Präsidenten</i>	3205	Abg. Jens Ahnemüller, AfD:	3220
Fragestunde		Abg. Benedikt Oster, SPD:	3221
– Drucksache 17/5450 –	3205	Abg. Christian Baldauf, CDU:	3222
Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissen-		Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS	
schaft, Weiterbildung und Kultur:	3205, 3206	90/DIE GRÜNEN:	3222, 3224
.	3207, 3208	<i>Die Mündlichen Anfragen Nummern 11 bis</i>	
.	3209	<i>20 werden wegen Ablaufs der Fragestunde</i>	
Abg. Dr. Peter Enders, CDU:	3205, 3207	<i>gemäß § 98 Abs. 4 GOLT in Kleine Anfragen</i>	
.	3208, 3209	<i>umgewandelt.</i>	3224
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:	3206, 3207	Digitale Teilhabe an Schulen sicherstellen –	
.	3215	umfassenden Ansatz verwirklichen	
Abg. Michael Wäschenbach, CDU:	3206, 3216	Antrag der Fraktion der CDU	
.	3218, 3219	– Drucksache 17/5438 –	
Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:	3207, 3214	dazu:	
.	3216, 3217	Digitale Bildung: die Zukunft gestalten	
Abg. Johannes Klomann, SPD:	3208	Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der	
Abg. Uwe Junge, AfD:	3209, 3216	SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
.	3220, 3221	– Drucksache 17/5491 –	3225
Abg. Bettina Brück, SPD:	3209, 3211	Abg. Anke Beilstein, CDU:	3225, 3232
.	3212	Abg. Astrid Schmitt, SPD:	3226, 3228
Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:	3209, 3211	Abg. Michael Frisch, AfD:	3227, 3228
.	3212, 3213	3233
.	3214	Abg. Helga Lerch, FDP:	3229, 3233
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-		Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-	
NEN:	3211	NEN:	3230, 3234
Abg. Helga Lerch, FDP:	3211, 3213	Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:	3231
Abg. Anke Beilstein, CDU:	3212	<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags der Frak-</i>	
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	3213	<i>tion der CDU auf Ausschussüberweisung.</i>	3234
Abg. Ellen Demuth, CDU:	3213	<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Druck-</i>	
Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für		<i>sache 17/5438 –</i>	3234
Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demogra-		<i>Mehrheitliche Annahme des Alternativantrags</i>	
fie:	3214, 3215	<i>– Drucksache 17/5491 –</i>	3234
.	3216, 3217	Starke Familien – Für eine lebensnahe Fa-	
.	3218	amilienpolitik in Rheinland-Pfalz	
Abg. Marion Schneid, CDU:	3214	Antrag der Fraktion der CDU	
Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft,		– Drucksache 17/5439 –	3234
Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	3218, 3219		
.	3220, 3221		
.	3222, 3223		
.	3224		
Abg. Steven Wink, FDP:	3218		
Abg. Josef Dötsch, CDU:	3219		

Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 53. Sitzung, 23.02.2018

<p>Abg. Simone Huth-Haage, CDU: 3235, 3237 3242 Abg. Michael Frisch, AfD: 3236, 3238 3239, 3243 3244 Abg. Anke Simon, SPD: 3236 Abg. Julia Klöckner, CDU: 3238 Abg. Thomas Roth, FDP: 3240 Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 3241 Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz: 3242</p> <p><i>Überweisung des Antrags – Drucksache 17/5439 – an den Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.</i> 3244</p> <p>Die DITIB in Rheinland-Pfalz Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der AfD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der AfD – Drucksachen 17/3585/4006/5408 – 3244</p> <p>Abg. Joachim Paul, AfD: 3244, 3246 3248, 3252 3253 Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD: 3245, 3246</p>	<p>Abg. Reinhard Oelbermann, CDU: 3247, 3249 Abg. Helga Lerch, FDP: 3249 Abg. Uwe Junge, AfD: 3250 Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 3251 Prof. Dr. Salvatore Barbaro, Staatssekretär: 3252</p> <p><i>Tagesordnungspunkt mit Besprechung erledigt.</i> 3253</p> <p>Situation der Transplantationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksachen 17/4856/5239/5370 – 3253</p> <p>Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: 3253, 3258 Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: 3254 Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD: 3255 Abg. Steven Wink, FDP: 3256 Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie: 3257 Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 3257</p> <p><i>Tagesordnungspunkt mit Besprechung erledigt.</i> 3259</p>
--	---

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsident Hans-Josef Bracht, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund.

Anwesenheit Regierungstisch:

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Michael Billen, CDU, Abg. Alexander Fuhr, SPD, Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU, Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD, Abg. Arnold Schmitt, CDU, Abg. Gerd Schreiner, CDU, Abg. Nico Steinbach, SPD, Abg. Gabriele Wieland, CDU, Abg. Johannes Zehfuß, CDU; Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Dr. Thomas Griese, Staatssekretär, Heike Raab, Staatssekretärin.

**53. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 23.02.2018**

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zum 3. Plenartag in dieser Woche, zur 53. Plenarsitzung, begrüßen.

Schriftführende Abgeordnete sind Herr Kollege Oelbermann und Frau Kollegin Kazungu-Haß, die auch die Rednerliste führen wird.

Entschuldigt fehlen heute Herr Kollege Billen, Herr Kollege Fuhr, Herr Kollege Hartenfels, Frau Kollegin Kohnle-Gros, Frau Kollegin Sahler-Fesel, die Herrn Kollegen Schmitt, Schreiner, Steinbach und Zehfuß und die Kollegin Wieland.

Seitens der Landesregierung fehlen entschuldigt die Ministerpräsidentin, Frau Staatsministerin Spiegel und die Staatssekretäre Dr. Griese und Raab.

Entschuldigung, Frau Staatsministerin Spiegel ist ab 13:00 Uhr entschuldigt. Wir sind froh, dass sie heute Morgen noch an der Plenarsitzung teilnehmen kann.

Wir dürfen bereits Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar die „Pensionärsgruppe“ der Polizei Worms und Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Mainz-Oberstadt, 9. Jahrgangsstufe. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 20** der Tagesordnung auf:

Fragestunde

– Drucksache [17/5450](#) –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Peter Enders (CDU), Sicherung der ärztlichen Versorgung** – Nummer 6 der Drucksache 17/5450 – betreffend, auf.

Bitte, Herr Dr. Enders.

Abg. Dr. Peter Enders, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum entspricht die Landesregierung weiterhin nicht den Forderungen der CDU-Fraktion und aus der Ärzteschaft selbst nach einer Erhöhung der Studienplätze für Medizin in Rheinland-Pfalz?
2. Inwieweit hält es die Landesregierung für verantwortlich, dass Rheinland-Pfalz somit weiterhin hinsichtlich der Studienplatzdichte pro 100.000 Einwohner auf einem der hinteren Plätze liegt?

3. Inwieweit hält es die Landesregierung für vertretbar, anders als andere Bundesländer kein Stipendienprogramm für Medizinstudierende zu haben, die sich dafür zu einer landärztlichen Tätigkeit in Rheinland-Pfalz verpflichten?

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatsminister Wolf.

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich beantworte die Fragen seitens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Forderung nach einer Erhöhung der Medizinstudienplätze wird bundesweit bereits seit vielen Jahren diskutiert. Tatsächlich hat sich die Zahl der Studienplätze für Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz von 2013 bis 2018 um rund 40 Studienplätze erhöht. Das entspricht einem Aufwuchs von etwa 10 %. Hierüber hat die Landesregierung im Landtag, im Wissenschaftsausschuss, im Gesundheitsausschuss und als Antwort auf Große und Kleine parlamentarische Anfragen ausführlich berichtet.

Mehr Studienplätze sind aber nur eine von mehreren Antworten auf die Frage, wie ärztliche Versorgung angemessen sichergestellt werden kann. Beispielsweise ist die Landesregierung aktuell dabei, die Voraussetzungen für die Einbeziehung regionaler Standorte in die Ausbildung der Medizinstudierenden zu schaffen. Einbezogen werden soll die Ausbildung während des klinischen Abschnitts. Dieses Vorgehen wird begleitet von der aktiven Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020 zur Reform des Medizinstudiums, an der das MWWK gemeinsam mit dem MSAGD intensiv arbeitet.

Die Regionalisierung der Mediziner Ausbildung und die Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020 zielen darauf ab, schon innerhalb der Studiums Schwerpunkte auf praktische Fertigkeiten und das Fach Allgemeinmedizin zu legen. So wollen wir erreichen, dass die ausgebildeten Medizinerinnen und Mediziner sich für die Arbeit in der ärztlichen Versorgung in der Fläche begeistern und in größerer Zahl eine kurative Tätigkeit anstreben.

Zusätzlich erhoffen wir uns von der Regionalisierung, dass wir junge Menschen aus diesen Regionen auch über das Studium hinaus dort halten können und so die medizinische Nachwuchsgewinnung in der Fläche sichergestellt wird.

Wie Sie sehen, ist das Medizinstudium Gegenstand einer intensiven Weiterentwicklung. In diesem Zusammenhang werden auch die Ausbildungskapazitäten zu beraten und gegebenenfalls anzupassen sein.

Ich weise darauf hin, dass in der 49. Sitzung dieses Hauses am 25. Januar 2018 einstimmig beschlossen wurde,

die weitere Erörterung dieses Themas in den Ausschüssen vorzunehmen.

Zu Frage 2: Der Begriff der Studienplatzdichte ist weder im vorliegenden Antrag noch ansonsten näher definiert und wird auch von keiner amtlichen Statistik erfasst. Der Aussagegehalt dieser Relation ist auch gering.

Die Nachfrage nach Studienplätzen an der Mainzer Universität ist zweifellos ein Zeichen für die Attraktivität des Studienortes Mainz. Aber eine solche Zahl lässt keine Rückschlüsse auf den Verbleib und die Tätigkeit der ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte zu. Ob diese im Inland und zudem in der Patientenversorgung tätig werden, in welchem Bundesland sie sich niederlassen oder ob sie ins Ausland abwandern, kann aus einer Studienplatzzahl nicht abgeleitet werden.

Zu Frage 3: Im Rahmen der Umsetzung und Weiterentwicklung des Masterplans Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung hat das MSAGD schon frühzeitig Stipendienmodelle mit den Partnern diskutiert. Die Partner standen einem umfassenden Stipendiummodell ablehnend gegenüber.

Das Land hat sich entschieden, Studierende zu fördern, die einen Abschnitt des Praktischen Jahres in der Allgemeinmedizin verbringen. Dieses PJ-Förderprogramm wurde Anfang 2018 mit Zustimmung der Partner dieses Masterplans ausgeweitet. Seitdem können auch Studierende externer Universitäten eine Förderung erhalten, wenn sie das PJ-Tertial Allgemeinmedizin in einer rheinland-pfälzischen Lehrpraxis absolvieren.

Die Kassenärztliche Vereinigung in Rheinland-Pfalz, die bei der Weiterentwicklung des Masterplans im Jahr 2011 die Auflage eines Förderprogramms für Studierende im Rahmen des Strukturfonds in Aussicht gestellt hatte, hatte sich damals gegen die Einführung, gegen die Durchführung eines Stipendienprogramms entschieden und fördert stattdessen Famulaturen in Hausarztpraxen im ländlichen Raum.

In Verbindung mit den weiteren Aktivitäten an der Universitätsmedizin Mainz zur Stärkung der Allgemeinmedizin, zum Beispiel im Projekt „Begleitetes Studieren“, wird so den Studierenden die Allgemeinmedizin nahegebracht. Damit können sie für eine Weiterbildung in der Allgemeinmedizin begeistert werden, um sich bewusst für den Hausarztberuf zu entscheiden. Studierende, die sich zu Beginn des Studiums um ein Stipendium bewerben, haben diesen wertvollen Erfahrungsschatz in der Regel noch nicht. Ergänzt wird dies unter anderem durch ein Niederlassungsförderprogramm.

Insgesamt wirkt das Bündel der verschiedenen Förderinstrumente und Maßnahmen des Masterplans zur Stärkung der Allgemeinmedizin nicht nur deutlich direkter, sondern auch nachhaltiger, als allein ein Stipendienprogramm dies tun könnte. Diese Maßnahmen greifen gerade in der Phase, in der auf die Orientierung am ehesten Einfluss genommen werden kann.

So weit die Antwort die Landesregierung.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage von Frau Abgeordneter Anklam-Trapp.

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Minister Wolf, zu dem Stipendium für Medizinstudierende habe ich eine Frage gerade im Hinblick darauf, dass aufgrund der Anrechnung der Zeiten, Wartezeiten mit Rettungsdienstausbildung usw., sich dieses Studium nach hinten verlegt. Die jungen Menschen sind ein Einkommen gewohnt und studieren jetzt Medizin mit dem Wunsch, kurativ tätig zu werden. Wie können wir diese Menschen unterstützen?

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Zunächst einmal vielen Dank für diese Frage.

Wir haben bei der Frage eines Stipendiums in Verbindung mit der Versorgung in ländlichen Räumen natürlich die Problematik, dass sich die Menschen sehr früh in diesem Studium in einer Lebensphase entscheiden müssen, in der sie letztendlich weit entfernt sind von der späteren Entscheidung, sich im ländlichen Raum mit einer Praxis niederzulassen oder in den urbanen Räumen, wo sie gegebenenfalls ihr Studium verbracht haben.

Wir legen größten Wert darauf, dass wir ein hochwertiges Medizinstudium anbieten, in dem die Studierenden eine qualitativ hochwertige Ausbildung genießen, in der sie Einblick in alle Bereiche des Medizinstudiums erfahren, indem wir sie zunehmend in die Erfahrungswelt der ärztlichen Praxis gerade in der Allgemeinmedizin und mit den beschriebenen Maßnahmen letztendlich auch in die Erfahrungswelt einer Allgemeinarztpraxis im ländlichen Raum heranführen, damit sie sich ganz bewusst für diese berufliche Option als sehr attraktive Option entscheiden können. Das heißt, die frühzeitige Einbindung in die Erfahrungswelt der Allgemeinmedizin und einer Praxis letztendlich auch im ländlichen Raum, ist der Weg, den wir gehen, um hier die medizinische Versorgung in den Regionen zu sichern.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Wäschenbach.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Sehr geehrter Herr Minister, wie verhält es sich mit den Kommunalfinzen, wenn Kommunen aus der Not heraus, in der die ärztliche Versorgung nicht mehr gewährleistet ist, eigene Förderprogramme auflegen, aber einerseits Haushaltskonsolidierungen anstehen und es andererseits eine Aufgabe der Daseinsvorsorge ist? Unterstützen Sie diese Aktivitäten auf kommunaler Ebene?

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Zunächst einmal ist es sicherlich richtig, dass wir auch innovative Modelle benötigen,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ein schöner Ausdruck: „innovative Modelle“!)

die zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum über das klassische tradierte historische Modell der Landarztpraxis hinausgehen. Wie man diese Modelle letztendlich realisiert, welche Konzepte man dazu findet, wie man diese finanziert, das ist deutschlandweit eine Thematik, die stark in der Diskussion ist und zu der man sicherlich auch nicht den einen Königsweg findet, sondern hier wird es eine ganze Reihe von verschiedenen Konzepten geben, die letztendlich diese Frage beantworten.

Das ist im Fluss. Das ist in der Weiterentwicklung. Aber ich bin mir sicher – gerade das Land ist mit den beschriebenen Maßnahmen heute schon aktiv –, dass wir ausreichend Wege dazu finden werden.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Dr. Enders.

Abg. Dr. Peter Enders, CDU:

Herr Minister, wie bewerten Sie die Forderung der Landesärztekammer, die seit vielen Monaten erhoben wird, die Zahl der Studienplätze um 10 % zu erhöhen, ganz unabhängig von der Entwicklung der Studienplätze in der Vergangenheit?

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Vielen Dank für die Frage, Herr Dr. Enders.

Nur ist diese Frage selbstverständlich auch im Kontext der aktuellen Entwicklungen zu sehen. Alles andere wäre nicht sinnvoll.

Grundsätzlich muss man aber zwei Themenstellungen unterscheiden. Das eine ist die Frage, ob wir generell mehr Ärztinnen und Ärzte brauchen, also ob wir in Deutschland – das ist eine deutschlandweite Frage – mehr Studienplätze brauchen oder nicht. Davon zu unterscheiden ist die Frage, wie wir die ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen des Landes sicherstellen, was letztendlich bedeutet, wie wir erreichen, dass genügend junge Ärztinnen und Ärzte bereit sind, sich in den verschiedenen Regionen des Landes niederzulassen und kurativ tätig zu sein.

Das löst man nicht mit der einfachen Betrachtung der Anzahl von Studienplätzen, weil die Studienplätze natürlich – das wissen wir auch alle – in den großen urbanen Räumen, in den großen Städten, in den Metropolregionen angesiedelt sind und sich dann die zentrale Frage stellt, nach langen Jahren des Studiums und der Facharztausbildung, wie wir es erreichen, dass die Ärztinnen und Ärzte dann diese Metropolregionen, diese urbanen Räume verlassen und im ländlichen Raum ärztlich tätig sind.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage von Frau Kollegin Anklam-Trapp.

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Minister, in dem Masterplan der ärztlichen Ausbildung sind sowohl die Förderprogramme Famulatur als auch PJ-Tertial Allgemeinmedizin ausgewiesen. Diese Förderprogramme werden ausgebaut, heißt es da. Könnten Sie uns das bitte noch ein bisschen erläutern?

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Letztendlich bezieht sich dieser Ausbau darauf, dass durch diese Bausteine, die im Medizinstudium integriert sind, die Studierenden im Verlauf ihres Studiums – tatsächlich schon in einem relativ frühen Stadium im Studium, aber dann eben auch im Praktischen Jahr – durch einen fest vorgegebenen Baustein von mehreren Monaten in einer Praxis, in der Regel in einer allgemeinmedizinischen Praxis, im ländlichen Raum tätig sind, um dort durch die eigene Tätigkeit und die Erfahrungen, die sie dabei sammeln, die Vorteile einer solchen beruflichen Karriere zu sehen und die Grundlage dafür zu legen, dass sie sich dann auch für diesen Karriereweg entscheiden.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Kollegin Dr. Groß.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Ich bin der Meinung, dass man sehr wohl mit einer Erhöhung der Studienplatzanzahl dem Problem des Ärztemangels Herr werden kann; denn die Bundesärztekammer warnt, in drei Jahren könnten bis zu 30.000 Ärzte fehlen.

Wenn wir uns die Frage stellen, wie man die Ärzte von der Metropolregion in das Land bekommt, braucht man auf der einen Seite zunächst einmal eine Aufstockung der Anzahl und zum Zweiten parallel dazu ein Stipendienprogramm, um sie dann ins Land zu holen, oder wie sehen Sie das?

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Ich sehe es, wie ich erläutert habe, tatsächlich anders. Zum einen – und ich wiederhole es gern – ist mit einer einfachen Erhöhung der Zahl der Studienplätze das Problem der gesundheitlichen Versorgung in allen Regionen und auch in ländlichen Räumen nicht gelöst.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Aber es wäre nicht falsch!)

Schauen Sie sich doch einmal die Landkarte an. Ein Blick auf die Landkarte erleichtert die Orientierung.

(Heiterkeit der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

Die Universitätsmedizin Mainz ist in der Metropolregion Rhein-Main angesiedelt. Wir haben in der Rheinschiene zwei eng benachbarte Metropolregionen, nämlich Rhein-Main und Rhein-Neckar, mit drei großen Universitätsmedizinen, nämlich Mainz, Frankfurt und Heidelberg/Mannheim. Dort haben wir eine extrem hohe Dichte.

Selbstverständlich sieht man mit einem Blick auf die Landkarte sehr schnell, dass damit die Frage, wie wir junge Ärztinnen und Ärzte in Westerwald, Eifel, Hunsrück und Pfälzerwald gewinnen, nicht beantwortet ist.

Ein Medizinstudium ist einschließlich der Facharztqualifizierung ein sehr langes Studium. In dieser Zeit, in diesen langen Zeiträumen werden Beziehungen aufgebaut, wird ein soziales Umfeld geschaffen, und natürlich ist es extrem schwierig, dann nach fünf bis zehn Jahren die Menschen in völlig andere Regionen zu bringen.

Deswegen setzen wir genau da an, weil es den Königsweg natürlich nicht gibt, und versuchen, durch ein Bündel von Maßnahmen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt den Regionen des Landes die Chance zu geben, sich in ihrer Attraktivität zu präsentieren, den Studierenden die Möglichkeit zu geben, Erfahrungen zu sammeln, einerseits in der medizinischen Welt der Allgemeinmedizin, aber andererseits eben auch in den ländlichen Räumen, und somit auch die Entscheidung für eine Praxis in den Regionen positiv zu fällen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das wusste ich schon gestern!)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Kollegen Dr. Enders.

Abg. Dr. Peter Enders, CDU:

Herr Minister, stimmen Sie mir zu, dass man, wenn man die Studienplätze erhöht, eine größere Chance hat, das Problem der Ärzteversorgung zu lösen, als wenn man zu wartet?

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Da muss ich jetzt einen kleinen Ausflug in die Mathematik der Wahrscheinlichkeitsrechnung machen.

(Heiterkeit der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

Das Problem kleiner Wahrscheinlichkeiten ist das folgende: Wenn Sie eine kleine Wahrscheinlichkeit erhöhen, kommt immer noch eine kleine Wahrscheinlichkeit dabei heraus, auch wenn die größer ist. Wenn Sie eine Wahrscheinlichkeit von wenigen Prozent haben, dass sich junge Ärztinnen und Ärzte auf dem Land niederlassen, und Sie erhöhen die Zahl dieser Ärztinnen und Ärzte durch die Erhöhung der Studienplätze, dann erhöht sich zwar in der Tat die Wahrscheinlichkeit, dass die einzelne Landarztpraxis vielleicht besetzt wird, aber die Wahrscheinlichkeit bleibt klein. Deswegen muss man an anderer Stelle ansetzen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch mehr Mathematik wollten Sie jetzt nicht haben, nicht wahr?

Präsident Hendrik Hering:

Mir liegen noch drei Wortmeldungen vor, danach betrachte ich die Mündliche Anfrage als beantwortet.

Zunächst Herr Kollege Klomann.

Abg. Johannes Klomann, SPD:

Herr Minister, Sie haben vor Kurzem zusammen mit der Gesundheitsministerin eine Pressemitteilung herausgegeben über mögliche Kooperationen der Universitätsmedizin Mainz mit Kliniken in Trier und Koblenz. Die Frage ist: Was erhoffen wir uns davon, und wie weit sind diese Gespräche fortgeschritten?

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Wir erhoffen uns davon in erster Linie, dass sich die Wahrscheinlichkeit einer Niederlassung in diesen regionalen Räumen erhöht. – Warum?

(Abg. Alexander Licht, CDU: Aber nur eine kleine Wahrscheinlichkeit!)

– Nein, das ist nämlich jetzt interessant. Man muss die richtigen Konzepte wählen, dann wird die Wahrscheinlichkeit auch größer.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Aha! Aha, genau!)

– Aha!

Das machen wir doch in anderen Bereichen auch. Wir haben in vielen Bereichen Fachkräftemangel. Das betrifft nicht nur die Medizin. In all diesen Bereichen verfolgen wir doch das Konzept „aus der Region für die Region“, um Studierende für die Regionen zu gewinnen, damit wir dann dort Fachkräfte haben.

Natürlich ist der Ansatz in diesem Bereich genau der, dass wir Studierende zu einem relativ frühen Zeitpunkt während des Medizinstudiums schon in Regionen des Landes bringen. Mit etwas Glück sind das dann vielleicht sogar noch Studierende, die aus den Regionen des Landes kommen. Wir möchten, dass diese Studierenden die Möglichkeit haben, diese Regionen kennenzulernen, und dass auch die Regionen die Möglichkeit haben, sich als attraktiver Arbeits- und Lebensraum zu präsentieren.

Natürlich ist das kein einfacher Weg. Wir sind deutschlandweit mit an der Spitze der Entwicklung. Wir werden auch keinesfalls Abstriche machen an der Qualität der Lehre, und daher wird das auch nicht nach der Devise „schnell, schnell“ gemacht, sondern wir werden sehr fundiert vorgehen. Wir werden uns auch die Zeit lassen, die nötig ist, um gute Konzepte zu erarbeiten, und, wie gesagt, wir werden keinesfalls Abstriche bei der Qualität der Lehre machen.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Kollegen Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Danke, Herr Präsident! Herr Minister, natürlich werden mehr Studienplätze am Ende auch mehr Mediziner hervorbringen, und damit wird die Wahrscheinlichkeit größer werden, dass man sie dann in die entsprechenden Regionen verteilen kann. Das ist ja klar.

Die Frage ist aber – dazu höre ich im Moment nur wohlgemeinte Absichtserklärungen –: Welche Anreize wollen Sie ganz konkret bieten, damit junge Mediziner nach ihrem langen Studium in den Metropolen in den ländlichen Raum gehen? Gibt es vielleicht Überlegungen, eine Praxis zu subventionieren? – Ich gehe einmal völlig unvoreingenommen an die Sache heran, ohne dass ich davon Sach- und Fachkenntnisse habe. Aber ich frage einmal als Bürger: Gibt es solche Möglichkeiten und solche Überlegungen?

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Das sind die Maßnahmen des Masterplans des Landes, der meines Wissens schon 2007 auf den Weg gebracht wurde und jüngst auch noch einmal erweitert wurde und genau an diesen Stellen ansetzt, und zwar nicht mit einem Stipendienprogramm am Anfang des Studiums, wenn die Leute weit entfernt sind von einer späteren Entscheidung, welchen beruflichen Weg sie in der Medizin gehen, sondern am Ende des Studiums. Das sind die Bausteine des Praktischen Jahres der Famulatur, es sind aber auch ganz konkrete Unterstützungsmaßnahmen und Anreize, sodass man dann, wenn man die Entscheidung für eine Praxis fällt, dort auch Unterstützung findet.

Präsident Hendrik Hering:

Es gibt noch eine Zusatzfrage von Herrn Dr. Enders.

Abg. Dr. Peter Enders, CDU:

Herr Minister, stimmen Sie mir zu, dass die Initiative zur Verlagerung von klinischen Studienplatzkapazitäten nach Trier und Koblenz primär von den dortigen Kliniken ausging und es sich dabei nicht um zusätzliche Studienplätze allgemein handelt, sondern um rein klinische Plätze, die von Mainz aus verteilt werden?

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Wenn Sie sich die Zulassungszahlen als relevante Zahlen für die Planung betrachten – diese Zahlen kennen Sie aus den Antworten auf verschiedene Kleine Anfragen –, dann sehen Sie, dass sich diese Zulassungszahlen gesteigert haben. Wir vergrößern nun mit der Regionalisierung die Ausbildungskapazität in den klinischen Bereichen. Durch die Erhöhung der Zulassungszahlen, die bereits erfolgt ist, bedeutet dies, dass wir einerseits zusätzliche Absolventinnen und Absolventen vor Ort haben werden im Bereich der Regionalisierung, während auf der anderen Seite die Absolvierendenzahlen in Mainz nicht unbedingt in gleichem Maße sinken werden, weil sich eben die Zulassungszahlen am Anfang des Studiums erhöht haben.

Präsident Hendrik Hering:

Vielen Dank, damit ist die Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe damit die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Bettina Brück und Astrid Schmitt (SPD), MINT-Land Rheinland-Pfalz: gute Bildung für gute Fachkräfte** – Nummer 7 der Drucksache 17/5450 – betreffend, auf.

Frau Brück trägt die Fragen vor.

Abg. Bettina Brück, SPD:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum hat das Bildungsministerium eine MINT-Initiative gestartet?
2. Welche neuen Maßnahmen beinhaltet die MINT-Initiative des Bildungsministeriums?
3. Wird ein besonderer Schwerpunkt auf eine Maßnahme gelegt?
4. Wie schätzt die Landesregierung den nachhaltigen Erfolg solcher Maßnahmen ein?

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatsministerin Dr. Hubig.

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die sogenannten MINT-Fächer – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – sind Zukunftsfächer und bieten jungen Menschen hervorragende Berufsperspektiven. Dennoch fehlten den deutschen Unternehmen Ende September 2017 rund 291.000 Arbeitskräfte im naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Das sind 42,9 % mehr als im Vorjahr und so viele wie nie zuvor. Wir wissen, dass angesichts der fortschreitenden Digitalisierung und des demografischen Wandels der Fachkräftebedarf im MINT-Bereich auch künftig sehr hoch bleiben wird.

Das wollen wir ändern. Wir wollen jungen Menschen entlang der Bildungskette von der Kita bis zum Übergang in das Studium und in den Beruf Lust auf MINT machen und ein nachhaltiges Interesse an diesen Fächern wecken. Wir wollen Jugendliche für eine duale Ausbildung oder ein Studium im MINT-Bereich begeistern und so qualifizierte Fachkräfte und insbesondere auch Lehrkräfte im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften und Informatik gewinnen. Rheinland-Pfalz soll ein starkes MINT-Land werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine breit unterstützte Gesamtstrategie, in der die vielen guten Ideen und Ansätze, die es heute schon gibt, gebündelt sind. Deshalb habe ich im November 2016 mit einem ersten runden Tisch die MINT-Initiative „Erforschen, entwickeln, Zukunft gestalten“ ins Leben gerufen. Sie soll die Angebote entlang der Bildungskette enger verzahnen und regional feste Strukturen schaffen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen praktisch erfahren, wie vielfältig und spannend MINT-Berufe sind, und wissen, welche Karrierechancen sie bieten.

Dabei ist mir persönlich besonders wichtig, dass es uns gelingt, mehr Mädchen und Frauen den Zugang zu diesen spannenden und zukunftssträchtigen Berufsfeldern zu ebnet. Mit diesem Ansatz zählt Rheinland-Pfalz bundesweit zu den Vorreitern. Eine ähnlich umfassende und breit aufgestellte Gesamtstrategie findet sich kaum in einem anderen Bundesland.

Zu Frage 2: Zusammen mit vielen Partnerinnen und Partnern aus Bildung, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft haben wir den runden Tisch etabliert, an dem auch die 17 Partner des Ovalen Tisches zur Fachkräftesicherung sitzen. Dort haben wir gemeinsam vier vorrangige Handlungsfelder identifiziert und darauf aufbauend Maßnahmen entwickelt.

Erstes Handlungsfeld ist die systematische Erfassung der zahlreichen MINT-Aktivitäten aller Partner in Rheinland-Pfalz, von der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis in die Betriebe. Deshalb werden ab Mai 2018 alle MINT-Angebote in Rheinland-Pfalz, also Veranstaltungen, Materialien, Schülerlabore und vieles mehr, in einer Onlinedatenbank zu finden sein. Eine neue Homepage gibt es schon, die derzeit nach und nach gefüllt wird.

Ein weiteres Handlungsfeld ist die Entwicklung von MINT-Regionen, in denen sich die unterschiedlichen Akteure vor Ort – Kitas, Schulen, Hochschulen, Forschungsinstitute, Unternehmen und Verbände, Stiftungen und Vereine, Politik und Verwaltung – in ihren Aktivitäten zur MINT-Nachwuchsförderung koordinieren.

Um MINT-Regionen in Rheinland-Pfalz zu fördern, werden wir zusammen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur und dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau einen MINT-Regionen-Förderwettbewerb initiieren und eine MINT-Geschäftsstelle des Landes einrichten. Sie wird als landesweite zentrale Anlaufstelle für alle Fragen im Zusammenhang mit MINT-Bildung fungieren. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei meinen Kollegen Professor Wolf und Dr. Wissing bedanken, deren Ministerien zusammen mit dem Bildungsministerium diese Kooperation begründet haben und sie auch gemeinsam finanzieren.

Insgesamt sollen die MINT-Inhalte und -Angebote entlang der Bildungskette besser vernetzt und die Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungsabschnitten besser gestaltet werden. So gibt es künftig eine zentrale Koordinierungsstelle für MINT-Fortbildung am Pädagogischen Landesinstitut und eine Synopse zum Lernen für diesen mathematisch-technischen Bereich vom ersten bis zum 20. Lebensjahr.

Als Viertes möchte ich noch die Weiterentwicklung von Paten- und Mentoringssystemen mit den Hochschulen, Betrieben und anderen Partnern sowie eine noch stärkere Einbindung der Eltern erwähnen. Darüber hinaus hat das Bildungsministerium eine ganze Reihe von weiteren MINT-Fördermaßnahmen zur Unterstützung von Kitas und Schulen entwickelt. Querschnittsthemen sind dabei die Frauen- und Mädchenförderung sowie die Digitalisierung. Insgesamt wird die Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode mindestens 1 Million Euro für diese Maßnahmen zur Verfügung stellen.

Mein besonderer Dank gebührt angesichts der umfangreichen Maßnahmen und sehr intensiven Vorarbeiten insbesondere den Partnerinnen und Partnern des runden Tisches und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bildungsministeriums, die wirklich in unglaublich engagierter und hervorragender Art und Weise zusammengearbeitet haben.

Zu Frage 3: Eine erfolgreiche MINT-Förderung hängt maßgeblich davon ab, dass sie passgenau auf die regionalen Gegebenheiten und Bedarfe zugeschnitten ist. Darin sehen wir großes Potenzial und setzen deswegen einen besonderen Schwerpunkt auf die Entwicklung von MINT-Regionen.

Die neue MINT-Geschäftsstelle wird diesen Förderwettbewerb konzipieren, ausschreiben und begleiten. Interessierte regionale Akteure können sich ab dem 1. April 2018 von der MINT-Geschäftsstelle Rheinland-Pfalz bei der Antragstellung beraten lassen. Der Start des Förderwettbewerbs ist für den Sommer geplant, damit wir die ersten beiden Regionen noch 2018 auszeichnen können.

Die erfolgreichen Bewerber erhalten als Anschubfinanzierung eine Fördersumme von bis zu 30.000 Euro sowie die dauerhafte Begleitung und Beratung durch die Geschäftsstelle.

Zu Frage 4: Die Nachhaltigkeit der Maßnahmen ist uns besonders wichtig. Darauf haben wir auch bei der Konzeption geachtet. Wir wollen und werden dauerhafte Entwicklungen und Veränderungen anstoßen. Deshalb haben wir die MINT-Initiative in der rheinland-pfälzischen Fachkräftestrategie für die Jahre 2018 bis 2021 verankert. Mit den Partnerinnen und Partnern des Ovalen Tisches der Ministerpräsidentin werden wir in den kommenden Jahren immer wieder überprüfen, ob und welche Veränderungen und neue Maßnahmen erforderlich sind.

Bezogen auf den einzelnen jungen Menschen ist uns wichtig, MINT-Angebote entlang der gesamten Bildungskette anzubieten. Wir sorgen dafür, dass die jungen Lernenden auf ihrem Weg von Kita und Grundschule über die weiterführenden Schulen bis zur Ausbildung und zum Studium immer wieder Anreize bekommen, sich altersgemäß mit Mathematik, Naturwissenschaften, Technik und Informatik zu beschäftigen. So stellen wir sicher, dass es nicht bei einmaligen Aktionen bleibt.

Durch die Einbindung des Pädagogischen Landesinstituts haben wir MINT auch innerhalb der Lehrkräftefortbildung nachhaltig verankert.

Ich bin überzeugt, dass uns mit der MINT-Initiative insgesamt ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Rheinland Pfalz gelingt. Übrigens hat uns auch der Vorstandsvorsitzende der bundesweiten Initiative „MINT Zukunft schaffen“, der ehemalige Telekomvorstand Herr Sattelberger, ein gutes Zeugnis ausgestellt und im November gesagt, es gebe wohl kein Land, das MINT so ganzheitlich und nachhaltig anpackt wie Rheinland-Pfalz.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

So weit meine Antwort.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Brück.

Abg. Bettina Brück, SPD:

Frau Ministerin, vielen Dank für die Ausführungen. Sie haben als Ziel genannt, die Fachkräftesicherung besser zu unterstützen, und die Partner des runden Tisches erwähnt. Können Sie vielleicht ausführen, wer die Partner an diesem Runden Tisch zur MINT-Initiative sind?

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Die Partner des runden Tisches sind zum einen die Partnerinnen und Partner des Ovalen Tisches der Ministerpräsidentin. Zu diesen gehören die Staatskanzlei, das Ministerium für Soziales, das Ministerium für Bildung, das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit, die Industrie- und Handelskammern, die Landwirtschaftskammern, die Landesvereinigung Unternehmerverbände, der Landesverband der Freien Berufe Rheinland-Pfalz, der Einzelhandelsverband, der Hotel- und Gaststättenverband und die Gewerkschaften. Ich nenne es jetzt einmal etwas ressortbezogener.

Über diese Mitglieder des ovalen Tisches hinaus beteiligen sich auch noch die anderen Ressorts, die auch betroffen sind. Das sind zum Beispiel das Ministerium für Familie und Jugend, das Ministerium für Wissenschaft, die Kommunen und Regionen. Wir haben den Landeselternbeirat, die Landesschülervertretung, das Pädagogische Landesinstitut und auch die ADD mit am runden Tisch.

Wir haben aber auch Stiftungen und Verbände, die sich der MINT-Förderung in einem besonderen Maße widmen, wie zum Beispiel die Stiftung Haus der kleinen Forscher oder die Stiftung PfalzMetall, die sich mit an diesem runden Tisch beteiligt.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Lerch.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Frau Ministerin, Sie haben von der Bündelung der MINT-Aktivitäten gesprochen. Wir haben in unserem Land Unter-

nehmen, die in eigener Regie MINT-Projekte zum Beispiel auch an den Grundschulen fahren. Ich nenne hier beispielhaft Boehringer Ingelheim, das schon seit Jahren diese Aktivitäten pflegt. Wie ist sichergestellt, dass auch die Aktivitäten solcher Unternehmen in den gesamten Prozess einbezogen werden?

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Lerch. Zunächst einmal ist zu sagen, Boehringer Ingelheim ist auch Mitglied des runden Tisches, weil wir wissen, dass Boehringer Ingelheim sehr aktiv bei der MINT-Förderung im Land ist.

Als wir mit den Arbeiten begonnen haben, haben wir festgestellt, dass es in Rheinland-Pfalz unglaublich viele Aktivitäten, Wettbewerbe, Programme und Unterstützungsmaßnahmen im MINT-Bereich gibt. Wir haben aber auch den Eindruck gewonnen, den uns die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des runden Tisches bestätigt haben, dass vieles nebeneinander und parallel läuft. Durch diesen runden Tisch haben wir diese Maßnahmen und das Wissen voneinander in einem ersten Schritt gebündelt.

Mit der Onlinedatenbank, die im Mai dieses Jahres in Betrieb geht, haben wir eine Plattform geschaffen, auf der alle Akteure und Akteurinnen ihre Angebote einstellen können. Sie können dann zum Beispiel als Stichwort „Mainz-Bingen“ eingeben, und dann sehen Sie, was in Ihrer Region an verschiedenen Angeboten oder Aktivitäten wann angeboten wird. Das wird sicherlich noch einmal deutlich mehr Transparenz schaffen.

Das Zweite wird sein, dass wir es mit diesem Förderwettbewerb, den wir ausgeschrieben haben, schaffen wollen, dass Rheinland-Pfalz weitere acht MINT-Regionen zu den zwei bereits bestehenden in Trier und in der Westpfalz entwickeln kann. Innerhalb dieser MINT-Regionen wollen wir dann zu einer stärkeren Vernetzung und Zusammenarbeit der Partnerinnen und Partner vor Ort aus allen verschiedenen Sparten kommen.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Köbler.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, es ist wichtig, schon im frühen Kindesalter die Neugierde an Naturwissenschaften und Forschung zu wecken. Sie haben das Haus der kleinen Forscher genannt. Können Sie noch einmal darstellen, welche Aktivitäten es im frühkindlichen Bereich bzw. in Grundschulen gibt?

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Wir haben einen besonderen Fokus auf den frühkindlichen Bereich und die Primarstufe gelegt und entwickeln für diese Bereiche Unterrichtsmaterialien oder Lehrmaterialien für die Kitas. Wir fangen bei den Kitas an und haben dafür die Kooperation mit dem Haus der kleinen Forscher. Wir werden die Erzieherinnen und Erzieher künftig im Bereich Naturwissenschaften und Technik fortbilden, weil wir

die Erfahrung gemacht haben, dass viele dieses Thema noch etwas scheuen. Es gibt aber sehr schöne und niedrigschwellige Angebote für Kinder und für die Kitas, mit denen man diese ganzen Themenbereiche abdecken kann.

In der Synopse, die ich vorhin erwähnt habe, wird hierzu genau dargestellt werden, welche Themen man mit welchen Maßnahmen und welchem Material gut in die Kitas bringen kann. Wir werden nächste Woche auch damit starten, dass wir alle rheinland-pfälzischen Kitas mit Pixi-Büchern versorgen.

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Es kommt alles wieder!)

Jede Kita in Rheinland-Pfalz bekommt einen doppelten Satz an Pixi-Büchern, jeweils zehn Stück, die mathematische, naturwissenschaftliche und technische Berufe darstellen, auch sozusagen unter Aufbruch der Geschlechterrollen. Ein Pixi-Buch heißt zum Beispiel „Mein Vater ist Erzieher, und meine Mutter ist Ingenieurin“, weil wir festgestellt haben und es dazu Studien gibt, dass man in diesem frühen Stadium diese Geschlechterrollen, die sich dann weiter auswirken und wir mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass viel zu wenige Mädchen und junge Frauen in diese Bereiche gehen, verändern kann. Das ist das, was wir neben vielen anderen Maßnahmen im Kitabereich machen.

Im Primarbereich, also bei den Grundschulen, werden wir den Schulen Technikisten zur Verfügung stellen. Das beginnt auch nächste Woche mit einer MINT-Woche, im Rahmen derer ich am Montag eine Grundschule besuchen werde. Diese Technikisten sind immer auch mit Unterrichtsmaterial, mit einer Einführung und einer Fortbildung beim Pädagogischen Landesinstitut verbunden, in der diejenigen, die diese Fortbildung machen, auch noch einmal kostenlose Technikisten, Metallbaukästen für die Schule bekommen. Darüber hinaus wird noch zahlreiches und umfangreiches Unterrichtsmaterial erarbeitet, sodass wir auch im Primarbereich gutes und niedrigschwelliges Material zur Verfügung stellen sowie die entsprechenden Fortbildungen anbieten können.

Präsident Hendrik Hering:

Mir liegen jetzt noch sechs weitere Zusatzfragen vor. Danach betrachte ich die Anfrage als beantwortet.

Zunächst hat Frau Kollegin Beilstein das Wort.

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Frau Ministerin, Sie haben davon gesprochen, dass MINT-Regionen entwickelt werden sollen und ab dem Frühjahr Anträge zur Unterstützung gestellt werden können. Sie sprechen von einer Anschubfinanzierung von 30.000 Euro. Mich würde interessieren, ob diese Summe pro Region oder insgesamt zu sehen ist.

Wie sehen diese Eckpunkte aus? Gibt es ein Konzept, oder sagt man, man läßt es völlig offen? Das würde mich interessieren.

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beilstein. Diese Entwicklung der MINT-Regionen, diesen Förderwettbewerb wird die MINT-Geschäftsstelle leiten. Diese Geschäftsstelle, die in Trier sitzt, hat die doppelte Funktion, sich einerseits um diesen Wettbewerb zu kümmern und denjenigen Regionen, die interessiert sind, dabei zu helfen, einen Antrag zu entwickeln, der dann ab April eingereicht werden kann. Das heißt, die Regionen, die interessiert sind, werden von Anfang an sehr genau beraten und vernetzt werden, sodass es jenseits der Frage, ob sie am Ende dann den Zuschlag bekommen, für die MINT-Region gewisse Synergien geben wird.

Wir haben genaue Kriterien, die wir aufstellen und den interessierten Regionen zur Verfügung stellen werden. Uns geht es darum, dass es eine nachhaltige Veranstaltung ist, die Regionen vor Ort schon eine Vorstellung von einem Netzwerk haben und sie Partnerinnen und Partner mitbringen. Es wird sehr genaue Kriterien geben, wie diese Anforderungen aussehen. Man kann sich nicht einfach bewerben und sagen, wir schauen erst einmal, sondern es gibt Kriterien, die abgeprüft werden. Dann kommen diese MINT-Regionen in eine zweite Runde.

Jede MINT-Region – pro Jahr werden es zwei sein, die wir dann auszeichnen – bekommt 30.000 Euro, im ersten Jahr 20.000 Euro, im zweiten Jahr 10.000 Euro als Anschubfinanzierung. Natürlich müssen die Regionen vor Ort auch noch einmal Mittel und Ressourcen mitbringen. Das ist aber auch Sinn der Sache. Wir wollen sie dabei unterstützen. Sie erhalten dann von der Geschäftsstelle fortlaufend während ihrer Arbeiten und auch, wenn sie ihre Aktivitäten schon begonnen haben, weiterhin Beratung und Unterstützung.

Der Leiter der MINT-Geschäftsstelle war früher bei der Transferagentur und dort zuständig für die Entwicklung der MINT-Region in Trier, sodass er über sehr viel Know-how und Hintergrundkenntnisse verfügt. Wir haben uns sehr gefreut, dass wir ihn im Wege der Ausschreibung für diese Stelle gewinnen konnten.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Brück.

Abg. Bettina Brück, SPD:

Frau Ministerin, seit einigen Jahren ist die verpflichtende Berufs- und Studienorientierung in rheinland-pfälzischen Schulen erfolgreich am Werk. Wie kann diese MINT-Initiative mit der Berufs- und Studienorientierung optimal verknüpft werden, sodass individuelle Förderung und Chancen für alle Kinder daraus erwachsen und sie sich über mathematisch-naturwissenschaftliche Bereiche im Berufsleben informieren und diesen Weg auch einschlagen?

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Frau Abgeordnete Brück, wir haben heute schon MINT-Exzellenzschulen und ausgezeichnete MINT-Schulen, die

das schon vorleben, die im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung auch einen Schwerpunkt auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Berufe legen und schon vorher durch Wahlkurse, Wahlpflichtfächer und Leistungskurse ein breites Angebot an MINT haben.

Die Schulen, die sich noch nicht so stark auf MINT fokussiert haben, werden das künftig können, weil auch sie Material bekommen. Auch die Bundesagentur ist mit bei uns am runden Tisch vertreten, die diese Tage der Berufs- und Studienorientierung sehr intensiv mit begleitet und entsprechend Material zur Verfügung stellen wird.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Demuth.

Abg. Ellen Demuth, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin, mich interessieren Erfahrungen, die Sie mitnehmen in die neue Initiative aus einer alten Initiative, nämlich der Einführung von MINT- bzw. Technik- und Maschinenbaufächern an den Fachoberschulen. Hier sind die Anmeldezahlen mit einem einstelligen Bereich mittlerweile auf einem Tiefpunkt angekommen. Welche Erfahrungen nehmen Sie aus dem Feedback von diesen Fachoberschulen für die Etablierung der neuen Initiative mit, besonders im Hinblick auf die Attraktion für Mädchen?

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Fachoberschulen sitzen mit am runden Tisch. Wir haben sehr breit eingeladen, wir sind insgesamt über 60 Personen an diesem runden Tisch. Dort werden auch diese Erfahrungen mit eingebracht.

Wir haben gerade auf die Übergänge großen Wert gelegt, da wir die Erfahrung gemacht haben, dass die Schülerinnen und Schüler, die am Anfang in der Kita oder einer Grundschule von MINT-Themen noch begeistert sind, dann mit zunehmendem Alter in der Pubertät das Interesse verlieren. Wir entwickeln derzeit eine Handlungsempfehlung, eine Handreichung für die Schulen, die Möglichkeiten darstellen, wie man Mädchen stärker für diese Themen interessieren kann, da Mädchen einen anderen Zugang zu diesen mathematisch-technischen Berufen haben als die Jungen. Sie stellen sich häufig eher die Frage, warum sie sich das anschauen sollten, wozu das später dienen soll. Sie wollen ein Fernziel haben. Hier werden wir den Schulen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung stellen, wie man Mädchen stärker interessieren kann. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass wir natürlich mit den Oberschulen im Gespräch sind und dort nachfragen. Ich denke, dass durch diese Initiative, die im Land stärker ankommt, auch das Interesse und das Bewusstsein darüber, wie stark man in diesen Berufen am Ende Erfolg haben kann und sie auch in finanzieller Hinsicht attraktiv sein können, an den Fachoberschulen entsprechend kommuniziert wird.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schweitzer.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Frau Ministerin, Sie haben in einem Halbsatz angesprochen, dass sich Herr Sattelberger, früherer Vorstand der Telekom, mit dem System, das Sie jetzt für Rheinland-Pfalz dargestellt haben, beschäftigt und sich positiv geäußert hat. Das ist schon spannend, dass sich ein ehemaliger Vorstand eines großen Unternehmens in diesem Bereich geäußert hat. Können Sie einmal ausführen, was er sich angeschaut hat und aus welchen Gründen er nach Ihrer Auffassung zu dieser Einschätzung gekommen ist?

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Herr Dr. Sattelberger ist Vorstand der Initiative „MINT Zukunft schaffen“. Ich habe die Maßnahmen und Überlegungen von Rheinland-Pfalz im Rahmen dieser MINT-Initiative vorgetragen. Wir haben uns sehr intensiv darüber unterhalten und über diese verschiedenen Maßnahmen gesprochen. Ihn hat die Vielzahl der Maßnahmen und vor allen Dingen die Strukturierung erstaunt, nämlich dass wir sehr strukturiert vorgehen, landesweit und nachhaltig die Maßnahmen planen und alle Akteure – aus den Kammern, der Wirtschaft, den Universitäten, der dualen Ausbildung, also aus ganz unterschiedlichen Bereichen – mit eingebunden haben.

Er ist übrigens nicht der einzige, der uns gelobt hat, wenn ich das einmal so sagen darf. Die Körber Stiftung, die die MINT-Region Westpfalz mit angestoßen hat, sagte, das, was wir im Rahmen des Förderwettbewerbs planen, sei vorbildhaft. Gestern Abend war ich auf einer Veranstaltung zum Thema MINT des Verbands deutscher Unternehmerinnen. Ich stellte dort unsere Maßnahmen vor, und die Unternehmerinnen, die aus ganz Deutschland kamen, sagten, sie könnten keine andere Region nennen, wo es in dieser Flächendeckung und Nachhaltigkeit solche MINT-Maßnahmen gäbe.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Lerch.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Frau Ministerin, Schülerinnen und Schüler, die sich im MINT-Bereich besonders hervortun, sollen ein MINT-Zertifikat erhalten. Wer vergibt das Zertifikat, und welche Kriterien liegen ihm zugrunde?

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Das MINT-Zertifikat wird von der Schule vergeben, und zwar für die Schülerinnen und Schüler, die in der Sekundarstufe I sind, also in der 5. bis einschließlich 10. Klasse. Dort soll in diesem MINT-Zertifikat als Beigabe zum Zeugnis aufgeführt werden, welchen besonderen Aktivitäten die Schülerinnen und Schüler nachgegangen sind. Das bezieht sich nicht auf den Rahmen dessen, was in der Schule

üblich ist. So genügt es zum Beispiel nicht, in Mathematik die Note 1 zu haben. Stattdessen geht es um Aktivitäten, die Schülerinnen und Schüler zum Beispiel im Rahmen von Jugend forscht, NaT-Labs – also Labortätigkeiten – und Kooperationen mit Universitäten verfolgt haben.

Wir glauben, dass das zum einen die Schülerinnen und Schüler anfeuern und motivieren wird, in dem Bereich mehr zu machen. Zum anderen ist das Zertifikat ganz hervorragend für die späteren Bewerbungsunterlagen geeignet, weil die Schülerinnen und Schüler damit zeigen können, dass sie in diesem Bereich besondere Fähigkeiten, Kenntnisse und Interessen mitbringen.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Schneid.

Abg. Marion Schneid, CDU:

Frau Ministerin, Sie sprachen davon, dass Technikkisten und Arbeitsmaterialien in die Schulen gebracht werden sollen. Ist daran gedacht, dass auch die Unternehmen vor Ort, die sich daran beteiligen, diesen Austausch fördern und zum Beispiel mit Versuchen in die Schule kommen oder die Schüler in den Unternehmen an praktischen Versuchen teilnehmen können?

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneid. Ja, daran ist gedacht, und das wird in der Praxis schon so gelebt. Die Unternehmen, die wir über die Kammern sehr gut erreichen, haben zum Teil auch selbst – wie Boehringer Ingelheim – ein großes Interesse daran, Kontakte zu den Schulen zu haben und dort ein Stück weit ihren eigenen Nachwuchs frühzeitig zu fördern und zu fordern. Sie kommen mit in die Schulen und bieten selbst zum Beispiel Auszubildende an, die in die Schulen gehen und im Rahmen des Tags der Berufs- und Studienorientierung berichten, was ihre Ausbildung ausmacht und wie sie sie sehen. Neudeutsch heißt das „Testimonials“; sie fungieren sozusagen als Vorbilder.

Es ist auch ein Teil unserer Strategie, dass wir sagen, wir brauchen Mentoringprogramme und Vorbilder in den Schulen, Menschen, die in diesen Berufen arbeiten und die von sich aus berichten, was die Berufe ausmachen und welche Vorteile sie haben. Da sind wir sehr eng mit den Schulen zusammen. Die Wirtschaft kommt in die Schulen, auch die Universitäten, die zum Beispiel mit den Schülerinnen und Schülern die Technikbaukästen nutzen; Studierende erklären ihnen, wie sie damit arbeiten können. Da holen sich die Schulen das Know-how von außen, das auch gerne gewährt wird.

Präsident Hendrik Hering:

Vielen Dank, damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Sylvia Groß (AfD), Pflegenotstand** – Nummer 8 der

Drucksache 17/5450 – betreffend, auf.

Bitte, Frau Dr. Groß.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ankündigung der designierten Großen Koalition, in einem Sofortprogramm 8.000 neue Pflegefachkraftstellen schaffen zu wollen, zumal bundesweit derzeit 24.000 und in Rheinland-Pfalz 2.000 Pflegefachkraftstellen unbesetzt sind?
2. Wie bewertet die Landesregierung, im Hinblick auf die Situation der Pflege in Rheinland-Pfalz, die rechtliche Umsetzbarkeit und Finanzierung der im Koalitionsvertrag genannten flächendeckenden Tarifverträge für Pflegefachkräfte, wenn die Löhne in Deutschland noch immer von den Tarifpartnern ausgehandelt werden?
3. Wie bewertet die Landesregierung, im Hinblick auf die Situation der Pflege in Rheinland-Pfalz, die Forderung des Arbeitgeberverbands Pflege nach Ernennung eines Pflegebeauftragten direkt im Kanzleramt?
4. Wie versteht die Landesregierung die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen verpflichtenden Kooperationsverträge zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung und den Pflegeeinrichtungen?

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung antwortet Staatsministerin Bätzing-Lichtenthäler.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Sehr geehrter Herr Präsident! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Groß beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Das Verhandlungsergebnis von Union und SPD ist ein Signal zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pflegekräfte. Die Vereinbarung, 8.000 neue Fachkraftstellen zu schaffen, ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Besonders positiv ist, dass pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen nicht durch erhöhte Pflegekosten belastet werden, da der Aufwand in vollem Umfang von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden soll.

Die Landesregierung ist sich bewusst, dass die 8.000 zusätzlichen Kräfte bundesweit nicht dem tatsächlichen Bedarf in den Einrichtungen entsprechen. Wie gesagt, es geht hier um einen ersten Schritt, der sehr zeitnah umzusetzen wäre. Sicherlich haben Sie Verständnis, dass es noch zu früh ist, heute über das Datum für das Inkrafttreten eines entsprechenden Gesetzes zu spekulieren. Diesem

ersten Schritt müssen dann weitere folgen. So ist es auch ausdrücklich im Koalitionsvertrag festgehalten.

Selbstverständlich wird es mit Blick auf die Fachkräftesituation in der Pflege bundesweit eine Herausforderung sein, die 8.000 Fachkraftstellen auch tatsächlich zu besetzen. Aus Sicht der Landesregierung ist es jedoch wichtig, für die Träger von Pflegeeinrichtungen verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie die Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte gezielt verbessern können. Diese Verlässlichkeit bietet die Vereinbarung nicht zuletzt wegen der klaren Aussage zur Finanzierung.

Darüber hinaus geht es auch um eine Botschaft an die Pflegekräfte selbst und an die jungen Menschen, die darüber nachdenken, eine Pflegeausbildung zu beginnen: Die Politik hat verstanden, dass wir uns intensiv und bundesweit mit den Rahmenbedingungen für professionelle Pflege befassen müssen und werden.

Schließlich ist es dann die gemeinsame Aufgabe aller Akteure, dafür zu sorgen, dass neue Stellen auch möglichst besetzt werden. Daran arbeiten wir in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren und ganz aktuell mit der Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative 2.0.

Zu Frage 2: Die Koalitionsparteien wollen gemeinsam mit den Tarifpartnern dafür sorgen, dass Tarifverträge in der Altenpflege flächendeckend zur Anwendung kommen. Sie sprechen sich für angemessene Löhne und gute Arbeitsbedingungen aus und wollen dafür die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen. Die Landesregierung bewertet das Ziel angemessener Löhne und guter Arbeitsbedingungen in der Pflege, das auf Bundesebene formuliert worden ist, auch für die Pflege in Rheinland-Pfalz als den richtigen Schritt in die Zukunft.

Als ein Instrumentarium zur größtmöglichen Verbreitung guter Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge steht nach aktueller Gesetzeslage zum einen das Institut des Flächentarifvertrags zur Verfügung, das die Unternehmen einer bestimmten Branche und Region bindet, soweit sie Mitglied im entsprechenden Tarif- und Arbeitgeberverband sind. Zum anderen haben Tarifpartner unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, beim zuständigen Arbeitsministerium die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrags zu beantragen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen bewirkt, dass die Rechtsnorm des zugrunde liegenden Tarifvertrages auch für alle bisher nicht tarifgebundenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer innerhalb des sachlichen, räumlichen und persönlichen Geltungsbereichs des Tarifvertrags verbindlich werden.

Was die Finanzierung tariflich vereinbarter Gehälter durch die Kostenträger gegenüber den Trägern von Pflegeeinrichtungen betrifft, gibt es im Pflegeversicherungsrecht eine klare Regelung. Entsprechende Gehälter können bei Entgeltverhandlungen nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden. Weniger deutlich ist derzeit, in welchem Maße die Pflegeversicherung steigende Pflegekosten auffängt. Es gibt zwar eine Dynamisierungsregelung, diese räumt der Bundesregierung jedoch erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten ein und bietet keine Handlungssicherheit, dass zusätzliche Belastungen pflegebedürftiger Menschen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger vermieden werden.

Deshalb ist es gut, dass in dem Verhandlungsergebnis von Union und SPD festgehalten wird, die Sachleistungen sollen kontinuierlich an die Personalentwicklung angepasst werden. Wenn die Pflegeversicherung steigende Pflegekosten durch höhere Leistungen auffängt, muss dies selbstverständlich auch auf der Einnahmeseite gegenfinanziert sein. Mit Blick auf die erheblichen Beitragssatzsteigerungen durch die Pflegestärkungsgesetze gilt es daher, auch einen Finanzierungsbeitrag aus Steuermitteln in den Blick zu nehmen.

Zu Frage 3: Die Landesregierung erkennt an, dass Bundesregierung und Bundestag in eigener Verantwortung über die Bestellung eines Beauftragten für die Pflege entscheiden. Unmittelbare Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz sind in dieser Frage nicht ersichtlich.

Zu Frage 4: Eine gute ärztliche Betreuung ist ein wesentlicher Bestandteil der Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Mit der Möglichkeit, dass stationäre Pflegeeinrichtungen Kooperationsverträge mit geeigneten Vertragsärztinnen und Vertragsärzten schließen, hat der Gesetzgeber bereits eine wichtige Grundlage für die Verbesserung der Versorgung geschaffen. Durch bedarfsgerechte Besuche, eine verbesserte Erreichbarkeit auch an Wochenenden und Feiertagen sowie einer Verbesserung des Informationsaustausches verbunden mit genauen und verbindlichen Absprachen kann insgesamt eine Verbesserung der Versorgung erzielt werden.

Leider ist es noch nicht allen Einrichtungen gelungen, entsprechende Kooperationsverträge abzuschließen. Um diesen wichtigen Baustein der Versorgung pflegebedürftiger Menschen weiterzuentwickeln, brauchen wir mehr Verbindlichkeit. Die Koalitionspartner auf Bundesebene haben sich daher entschieden, die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Pflegeeinrichtungen zu verpflichten, Kooperationsverträge abzuschließen, damit die verbesserte Versorgung allen Bewohnerinnen und Bewohnern zugutekommt.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Kollegin Anklam-Trapp.

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrte Frau Ministerin, sollte der Koalitionsvertrag in Kraft treten und die Gemeindegewerkschaft^{plus} als gesamtstaatliche Aufgabe den präventiven Hausbesuch starten können, um Pflege im hohen Alter zu verhindern, wäre dies ein Paradigmenwechsel in der Pflege in Deutschland?

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Anklam-Trapp. In der Tat, der präventive Hausbesuch, der im Koalitionsvertrag aufgenommen wurde, ist das Schließen der Lücke, die es bisher im Bereich der Pflege in Deutschland gegeben hat, nämlich die Lücke der Prävention in der Pflege. Wir haben in Rheinland-Pfalz diese Lücke bereits aus Eigeninitiative mit der Gemeindegewerkschaft^{plus} geschlossen, mit unserem eigenen, zu 100 % aus Landesmitteln finanzierten Modellprojekt. Wir sind sehr froh, dass wir diesen Ansatz mit

dem präventiven Hausbesuch jetzt auch auf Bundesebene verwirklichen können. Die Finanzierung soll über das Präventionsgesetz sichergestellt werden. So können wir sicher sein, dass künftig auch die Prävention in der Pflege eine große Rolle spielen wird. Damit wird es den Menschen ermöglicht, so lange wie möglich selbstbestimmt zu Hause zu leben und erst später, wenn überhaupt, in die Pflegebedürftigkeit zu gelangen.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Wäschenbach.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Frau Ministerin, würden Sie es begrüßen, anstelle eines Pflegebeauftragten bei der Bundesregierung eine Bundespflegekammer zu errichten?

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Vielen Dank für die Frage, Herr Wäschenbach. Die Errichtung einer Bundespflegekammer würde ich sehr begrüßen, weil wir in Rheinland-Pfalz mit der ersten Landespflegekammer Pioniere waren. Ich würde es schon sehr begrüßen, gerade für die vielen Tausend Menschen, die hervorragende Arbeit in der Pflege leisten, damit sie auch bundesweit eine Interessenvertretung bekommen, eine Stimme, die für die Pflege spricht. Das würde ich sicherlich sehr begrüßen. Die Einrichtung eines Pflegebeauftragten im Kanzleramt liegt, wie ich ausgeführt habe, in den Händen der Koalitionspartner bzw. des Deutschen Bundestags. Ich glaube, dazu brauchen wir keine Bewertung abzugeben.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Frau Ministerin, im Koalitionsvertrag liest man im Rahmen der „Konzertierten Aktion Pflege“ von einer Ausbildungs-offensive. Können Sie schon sagen, wie sich das auf das Land Rheinland-Pfalz auswirken wird?

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Vielen Dank, Herr Junge.

Ich bitte um Verständnis, dass es in der Tat vielleicht ein bisschen früh ist, weil dieser Koalitionsvertrag noch nicht einmal beschlossen ist. Von daher, glaube ich, was ganz wichtig ist, ist die Botschaft, dass man auch in Berlin erkannt hat, Pflege ist mitten in der Gesellschaft angekommen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, hier etwas zu tun.

Wir sind aus rheinland-pfälzischer Sicht sehr froh, dass der Bund die Verantwortung so übernimmt. Ich sagte gerade

eben, wir sind mit unserer Fachkraft- und Qualifizierungsinitiative schon seit Jahren dabei, die Ausbildungszahlen zu steigern, die Arbeitsbedingungen und Rahmenbedingungen in der Pflege zu verbessern. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass der Bund sich nun auch dieser Aufgabe annimmt. Wie genau diese konzertierte Aktion auf Bundesebene aussehen soll, wird man erst sehen, wenn die Bundesregierung konstituiert ist.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Dr. Groß.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Frau Ministerin, wie bewertet die Landesregierung die Ankündigung im Koalitionsvertrag, in einem Sofortprogramm die Arbeitsbedingungen von Fachkräften und Betreuern in der Pflege so attraktiv zu machen, dass ausreichend Menschen den Pflegeberuf ergreifen, wenn für die Rahmenbedingungen in der Pflege die Selbstverwaltung zuständig ist? Wie will man da einwirken?

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Frau Dr. Groß, vielen Dank für die Frage.

Sie fragen nach der Bewertung eines solchen Sofortprogramms. Ich finde dieses Sofortprogramm sehr gut, und finde, es ist auch sehr zu begrüßen, dass man sich nicht nur um die Rahmenbedingungen, sondern auch um die Arbeitsbedingungen kümmern und zu Verbesserungen kommen will. Ich kann nur, wenn ich das darf, den Verantwortlichen auf Bundesebene die Empfehlung geben, genauso zu agieren, wie wir es in Rheinland-Pfalz tun.

Wir setzen uns gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern aus der Selbstverwaltung der Pflege an einen Tisch, und wir haben es in gemeinsamer Kraftanstrengung und gemeinsamen Verantwortlichkeiten erreicht, dass wir die Situation im Bereich der Pflege in Rheinland-Pfalz verbessert haben. Das geht nur gemeinsam. Das schafft die Politik nicht alleine. Das schafft aber auch die Selbstverwaltung nicht alleine. Hier muss man gemeinsam zusammenarbeiten. Das ist auch mit dieser „Konzertierten Aktion“ gemeint, und da kann man – wie gesagt – nur schauen, wie hervorragend das in Rheinland-Pfalz mit den verschiedenen Beteiligten funktioniert. Das ist sicherlich auch ein Vorbild für die Bundesebene.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Wäschenbach.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Frau Ministerin welche Möglichkeiten sehen Sie, darauf einzuwirken, dass die generalistische Ausbildung jetzt endlich zum Abschluss kommt, damit die Pflegeschulen anfangen können zu planen?

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das müssen Sie den Herrn Rüdell fragen und nicht Frau Bätzing-Lichtenthäler!)

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Herr Wäschenbach, danke für die Frage.

Wie gesagt, ich trage hier in Rheinland-Pfalz als Ministerin Verantwortung. Ich glaube, es wäre jetzt zu gewagt zu sagen, was man den Berliner Kolleginnen und Kollegen raten muss. Ich hoffe sehr, dass es zu dem Abschluss kommt. Ich bedauere es sehr, dass dieses hervorragende Gesetzesvorhaben, auf das die Länder so lange gewartet haben, so lange auf Eis gelegen hat und letztendlich nur in einem Kompromiss geendet ist, weil wir in Rheinland-Pfalz hervorragende Erfahrungen mit der Generalistik gemacht haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Generalistik brauchen. Deswegen kann man nur an die Verantwortlichen in Berlin appellieren, insbesondere an die Kollegen aus dem Gesundheitsausschuss, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden und so schnell wie möglich die letzten erforderlichen Abstimmungen auf den Weg bringen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Genau richtig!)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Dr. Groß.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Frau Ministerin, Sie sprachen gerade steuerliche Zuschüsse an, dass auch der Bund sich beteiligen müsse. Sie sagten aber auch, dass die Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Können Sie sich vorstellen, oder gehen Sie mit mir konform, dass der Bund doch eine signifikante Menge an Geldern in die Pflege einbringen sollte analog der 14 Milliarden Euro, die er auch in den Gesundheitsfonds steckt?

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Frau Dr. Groß, vielen Dank für diese Nachfrage.

Meine Ausführungen zu dem Thema Steuerzuschüsse haben sich darauf bezogen, dass ich sehe eine große Notwendigkeit, die Bezahlung in der Pflege zu verbessern und zu verändern.

Ich glaube, es kann nicht angehen, dass jemand, der in der Altenpflege arbeitet, im Durchschnitt rund 600 Euro weniger verdient als in der Krankenpflege. Wir sprachen gerade von der Generalistik. Vor diesem Hintergrund wird das in Zukunft noch brisanter, wenn die Generalistik eingetreten ist, wenn zwischen diesen verschiedenen Bereichen so große Unterschiede klaffen.

Wenn man die Bezahlung verbessert, dann muss man

sich natürlich auch die Frage stellen, wer das auffängt. Ich glaube, wir sind uns hier alle einig, dass eine stärkere Eigenbelastung der Gepflegten, der Angehörigen nicht noch zu steigern ist, dass sie absolut stabil gehalten werden muss. Wir haben in Rheinland-Pfalz eine Eigenbelastung laut GEK Pflegereport aus dem Jahr 2017 von rund 670 Euro monatlich. Das ist schon ein sehr hoher Eigenanteil, das heißt, den können wir keinesfalls weiter steigern.

Ich glaube, bei den Beiträgen zur Pflegeversicherung können wir auch nicht immer weiter an den Stellschrauben drehen, sodass für mich ganz klar ist, hier müssen wir gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen und über einen Steuerzuschuss in diesem Bereich ganz klar sprechen.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Dr. Groß.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Frau Bätzing-Lichtenthäler, wir haben im Prinzip ein dichotomes Problem, einmal die Bezahlung, wengleich das nicht das Hauptargument für den Mangel ist. Ich habe mit vielen Pflegeeinrichtungen gesprochen. Es sind die Bedingungen, und die Bedingungen kann ich nur ändern, indem ich das Pflegepersonal aufstocke.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Ja. Das war jetzt eher eine Feststellung, Frau Dr. Groß. Aber ich denke mir jetzt einmal die Frage hinein.

Erst einmal ist es richtig, dass die Bezahlung alleine nicht ausschlaggebend ist. Das ist vollkommen richtig. Aber Sie werden mir auch Recht geben, dass die Differenz zwischen Langzeitpflege und Akutpflege nicht haltbar ist, gerade wenn wir künftig über eine Generalistik sprechen, sodass wir hier auf jeden Fall zu einer Vereinheitlichung oder zu einer Angleichung kommen werden.

Wir haben in unserer Fachkraftinitiative immer schon einen ganz großen Schwerpunkt auf das Thema Arbeitsbedingungen, Rahmenbedingungen gelegt. Da ist ein Thema und ein ganz wichtiger Punkt genügend Personal. Deswegen warten wir gespannt auf das wissenschaftliche Verfahren, das Mitte 2020 in Berlin zur Personalbemessung im Bereich der Pflege erarbeitet werden soll. Da wird dann dargelegt, wie viel Personal wirklich erforderlich ist. Das ist ganz wichtig, aber auch – darauf haben wir in Rheinland-Pfalz mit unserer Fachkraftinitiative ein starkes Augenmerk gelegt – die weiteren Rahmenbedingungen: Führung in den Einrichtungen, Organisationsabläufe, Verlässlichkeit bei Dienstplänen. – Das sind alles Rahmenbedingungen, die mit einer Rolle spielen, Arbeitsbedingungen, die den Menschen, die in der Pflege arbeiten, die Arbeit erleichtern sollen und wo sicherlich noch Handlungsbedarf besteht.

Präsident Hendrik Hering:

Es liegt noch eine weitere Zusatzfrage vor. Danach be-

trachte ich die Anfrage als beantwortet.

Herr Wäschenbach, bitte.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Frau Ministerin, teilen Sie meine Auffassung, dass der Koalitionsvertrag die Chance für einen Paradigmenwechsel und einen Kulturwandel in der Pflege bringen kann und endlich der Pflege die Bedeutung beimisst, die sie gesellschaftspolitisch braucht?

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Also sind Sie der Meinung, das Frau Ministerpräsidentin Dreyer gut verhandelt hat?)

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Herr Wäschenbach, wir begrüßen diesen Koalitionsvertrag sehr, gerade weil Frau Dreyer für uns diesen Bereich Gesundheit und Pflege verhandelt hat und wir auch sehr froh sind, viele rheinland-pfälzische Aspekte dort wiederzufinden wie den schon genannten präventiven Hausbesuch.

Ja, wir begrüßen es sehr, wie ich es vorhin sagte, dass in Berlin jetzt endlich angekommen ist, dass das Thema Pflege einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bedarf, es in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und neben den Ländern, die alle schon sehr viel in diesem Bereich tun, auch der Bund Verantwortung übernehmen muss und es nach den vergangenen Jahren, in denen der Bund im Bereich des Pflegeversicherungsrechts und der Pflegestärkungsgesetze tätig geworden ist, erforderlich ist, die weiteren Hausaufgaben im Bereich der Personalbemessung, der Bezahlung, der Rahmen- und der Arbeitsbedingungen zu erledigen.

Präsident Hendrik Hering:

Vielen Dank, damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Steven Wink und Cornelia Willius-Senzer (FDP), Straßenbaumittel** – Nummer 9 der Drucksache 17/5450 – betreffend, auf.

Wer trägt vor? – Herr Wink, bitte.

Abg. Steven Wink, FDP:

Vielen Dank.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die abgerufenen Bundesmittel für den Straßenbau in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
2. Auf welcher Grundlage werden die Investitionsmittel beim Bund beantragt?

3. Wie gestaltet sich das Verhältnis der abgerufenen Bundesmittel pro Einwohner nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesvergleich?

4. Wie hoch waren die Investitionen des Landes- und Bundesstraßenbau in Rheinland-Pfalz im Jahr 2017 insgesamt?

Vielen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung beantwortet Herr Verkehrsminister Dr. Wissing die Mündliche Anfrage.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerne antworte ich auf die Mündliche Anfrage. Sie gibt mir die Möglichkeit, Ihnen im Plenum die hervorragende Leistung des Landesbetriebs Mobilität im vergangenen Jahr 2017 darzustellen.

Im vergangenen Jahr wurde nicht nur beim Bau der Bundesfernstraßen erstmals in der Geschichte des Landes der Wert von 400 Millionen Euro Bauumsatz in Rheinland-Pfalz überschritten, sondern auch im Landesstraßenbau konnten alle Mittel verausgabt werden.

Ein so hoher Wert, meine Damen und Herren, wurde bisher in Rheinland-Pfalz noch nie erreicht. Es ist nicht nur den vielen Überstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs Mobilität geschuldet, sondern auch den Neueinstellungen zu verdanken. Mittlerweile stellen wir beim Landesbetrieb Mobilität nahezu jede Woche eine zusätzliche Ingenieurin oder einen zusätzlichen Ingenieur ein. Natürlich benötigen die neuen Kräfte noch eine gewisse Einarbeitungszeit, trotzdem ist es uns gelungen, innerhalb kurzer Zeit die Planungskapazitäten massiv hochzufahren.

Vor dem Hintergrund der vielen geleisteten Überstunden sowie des großen Einsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs Mobilität finde ich Äußerungen seitens der CDU, die dieses Ergebnis schlechtreden wollen, unangemessen, und ich möchte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs vor solchen Behauptungen und vor solchen unangemessenen Äußerungen in Schutz nehmen.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Frage 1: Die für den Bundesfernstraßenbau abgerufenen Bundesmittel beliefen sich in den vergangenen Jahren auf folgende Summen: 343 Millionen Euro im Jahr 2013, 353 Millionen Euro im Jahr 2014, 337 Millionen Euro im Jahr 2015, 356 Millionen Euro im Jahr 2016 und der Rekordwert von 404,6 Millionen Euro im Jahr 2017.

Im Vergleich zum Jahr 2013 haben wir die Mittel damit um 18 % nach oben gefahren. Betrachtet man alleine die Jahre 2016 und 2017, so konnten wir Bundesmittel von

48,2 Millionen Euro zusätzlich verbauen. Das entspricht einer Steigerungsrate von über 10 % innerhalb eines Jahres.

(Beifall der FDP und der SPD)

Zu Frage 2: Der Landesbetrieb Mobilität ermittelt auf der Grundlage der laufenden Bauverträge und der zur Umsetzung geplanten Maßnahmen das erforderliche Budget. Dabei wird von einer günstigen Prognose hinsichtlich des zur Verfügung stehenden Personals, des vorbereitenden Planungsverlaufs und natürlich auch der Witterung ausgegangen. Auf dieser Grundlage entscheidet der Bund, bis zu welchem Betrag das Land Investitionsmittel aus dem Bundeshaushalt verausgaben kann. Damit wir unsere Planungs- und Baukapazitäten voll auslasten, sind wir bestrebt, diese Mittel möglichst hoch anzusetzen.

Aus Sicht der Landesregierung ist es sinnvoller zu riskieren, nicht alle angesetzten Mittel verbauen zu können, als das Risiko in Kauf zu nehmen, dass Vorhaben daran scheitern, weil nicht genügend Mittel beantragt wurden.

Zu Frage 3: Nach Auskunft des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur steht Rheinland-Pfalz bezogen auf die Investitionen pro Kopf auf Platz 5 im Vergleich der 16 Bundesländer und ist damit weitaus besser positioniert, als dies nach seinem Ranking in der Einwohnerzahl zu erwarten wäre.

Ich kann Ihnen auch sagen, uns stünden nach dem Königsteiner Schlüssel 4,8 % der gesamten Bundesmittel zu. Verbaut wurden in Rheinland-Pfalz 6,3 %.

Es ist mir völlig unerklärlich, weshalb in der Öffentlichkeit der Wahrheit zuwider behauptet wird, wir in Rheinland-Pfalz würden Gelder, die uns zustünden, nicht abrufen, und diese würden in anderen Ländern verbaut. Die Realität ist eine andere. Wir haben mehr als die uns zustehenden 4,8 %, nämlich 6,3 % des Gesamtvolumens in Rheinland-Pfalz verbaut und damit zulasten anderer Länder. Aufgrund unserer hohen Planungskapazitäten haben wir mehr Geld nach Rheinland-Pfalz geholt.

(Beifall der FDP, der SPD und der Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Frage 4: Über die bereits genannten 404,6 Millionen Euro für die Bundesstraßen hinaus wurden bei uns 93,5 Millionen Euro in die Landesstraßen investiert. Dabei sind die Ausgaben auf den Aufwandspositionen des im Haushalt ausgewiesenen Bauprogramms, nämlich nicht investiver Aufwand wie Markierungen, Kleinstmaßnahmen zur Verkehrssicherheit, noch gar nicht eingerechnet, sodass 2017 insgesamt knapp eine halbe Milliarde Euro in die Straßen des Landes Rheinland-Pfalz investiert worden sind.

Meine Damen und Herren, eine halbe Milliarde in einem Jahr!

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dötsch.

Abg. Josef Dötsch, CDU:

Herr Minister, für den LBM besteht die Möglichkeit, auch Planungsleistungen an externe freie Ingenieurbüros zu vergeben. Wie hoch ist in Rheinland-Pfalz der Anteil der Leistungsvergabe an freie Ingenieurbüros, was die Planungsleistungen angeht?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege, selbstverständlich vergeben wir sehr viel auch an freie Ingenieurbüros. Diese Summe ist in den letzten Jahren auch massiv angestiegen. Ich kann Ihnen die genauen Zahlen im Augenblick nicht nennen, werde sie Ihnen aber gern nachreichen. Aber die Kapazitäten, die wir am freien Ingenieurmarkt bekommen, nutzen wir selbstverständlich.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Wäschenbach.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Herr Minister Wissing, ist es nicht richtig, dass 28,6 Millionen Euro Bauprodukte im Jahr 2017 zurückgegeben wurden oder nicht verbaut werden konnten?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege, ich glaube, dass bei der öffentlichen Diskussion über diese Zahl ein Irrtum entstanden ist. Es wird der Eindruck erweckt, dass die von uns angemeldete Zahl eine objektive Zahl sei. Wenn Rheinland-Pfalz beispielsweise 433 Millionen Euro beim Bund anmeldet, dann beruht diese Anmeldung aufgrund einer Prognose. Das heißt, wir gehen davon aus, dass wir bei großer Anstrengung diese 433 Millionen Euro erreichen.

Wenn ich als Minister dort 400 Millionen Euro anmelde, werden mir 400 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wenn ich dann aber diese 400 Millionen Euro erreicht habe, habe ich vielleicht nicht die Möglichkeit, darüber hinaus zu verbauen. Deswegen fährt die Landesregierung die Strategie, eine große Summe anzumelden, um möglichst viele Bundesmittel hierherzuholen.

Das ist wie beim Stabhochsprung. Dort liegt der Weltrekord bei 6,16 Meter. Rheinland-Pfalz ist in diesem Fall bereit, die Latte auf 6,20 Meter zu legen, weil wir das ehrgeizige Ziel haben, den Rekord zu übersteigen. 2017 ist uns das gelungen, weil wir die 400-Millionen-Euro-Grenze erreicht haben. Andere Bundesländer legen die Latte etwas niedriger, vielleicht nur auf 5 Meter, und springen dann 5,20 Meter.

Wenn Rheinland-Pfalz 5,80 Meter springt, hat es mehr

erreicht als der vergleichbare Sportler aus dem anderen Bundesland.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist diese Zahl, die Sie nennen, also die von uns nicht ganz abgerufenen Mittel, keine Zahl, die sich so umdrehen lässt, dass dem Land Rheinland-Pfalz dadurch ein Nachteil entsteht. Im Gegenteil, Rheinland-Pfalz hat durch die ehrgeizige Anmeldung des Verkehrsministeriums einen Vorteil erlangt. Der drückt sich wie folgt aus:

Uns stehen nach dem Königsteiner Schlüssel 4,83 % der gesamten Bundesmittel zu, verbaut haben wir aber durch unseren Mut und unsere ehrgeizige Anmeldung 6,3 % der Bundesmittel.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr beachtlich!)

Diese Mittel fehlen in anderen Bundesländern, die weniger angemeldet haben oder die geringere Planungskapazitäten haben; aber das verantworten nicht wir in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der SPD: Guter LBM!)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Ahnemüller.

Abg. Jens Ahnemüller, AfD:

Herr Minister, gibt es einen Vergleich der verwendeten Bundesmittel aller Bundesländer rein auf die Summe bezogen?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ja, selbstverständlich gibt es die Möglichkeit, die Summen abzurufen, wie viel von den gesamten Bundesmitteln in die einzelnen Bundesländer geflossen ist. Wenn Sie diese Zahlen interessieren, können wir sie Ihnen gern liefern. Dann werden Sie sehen, dass überproportional viel nach Rheinland-Pfalz geflossen ist, nämlich die besagten 6,3 % des gesamten Kuchens, obwohl uns nach der Größe nur 4,83 % zustehen.

Deswegen möchte ich an der Stelle wirklich einmal klarstellen, dass die immer wieder in der Öffentlichkeit wiederholte Behauptung, wir würden zugunsten anderer Länder Investitionen unterlassen, so ziemlich das Gegenteil der Wahrheit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Herr Minister, herzlichen Dank für den Vergleich mit dem Stabhochsprung. Ich habe auch Stabhochsprung gemacht und weiß natürlich auch – – –

(Zurufe von der SPD: Oh! Jo!)

– Ja, ja, ja!

(Zuruf der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

Ich habe mein Leben nicht hier vertan, sondern ich habe tatsächlich auch etwas geleistet.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Aber in der Tat, ich weiß auch, wenn man – – –

(Zuruf von der SPD: Drei Meter vorher gescheitert! –

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Welche Frage steckt dahinter?)

– Sie würden schon beim Anlauf scheitern. Sie würden da schon zusammenbrechen.

Aber natürlich ist klar, wenn ich die Latte sehr hoch lege, aber weiß, mein Stab ist zu kurz, um einmal dabei zu bleiben, dann werde ich die Höhe nicht schaffen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, der Stab ist zu kurz! –

Weitere Zurufe aus dem Hause)

– Darf ich bitte zu Ende sprechen? – Es ist wirklich schwierig, gegen diese Lächerlichkeiten anzusprechen.

Präsident Hendrik Hering:

Herr Junge, bitte stellen Sie Ihre Frage.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Gut, ich setze noch einmal an.

Stabhochsprung ist eine sehr schwierige Disziplin. Wenn der Stab zu kurz ist, werden Sie die Höhe nicht schaffen.

Ich finde es schon relativ bemerkenswert, dass Sie sagen, Sie fordern mehr Mittel an, als Sie eigentlich verbauen können. Das ist natürlich eine Strategie, die man fahren kann. Sie kostet dennoch Steuergeld, aber zunächst einmal Buchgeld; denn Sie fordern zunächst einmal etwas an, das Sie möglicherweise nicht verarbeiten können.

Aber dennoch haben wir in diesem Hause schon sehr deutlich darüber gesprochen – dazu haben Sie auch Ausführungen gemacht –, dass wir sowohl die Mitarbeiter, aber auch – das haben Sie mir in einem anderen Zusammenhang auch einmal gesagt – die Firmen gar nicht haben, um all diese Herausforderungen bewältigen zu können.

Das hat sich also jetzt grundlegend geändert? – Ich bin ja froh darüber, das ist ja wunderbar, wenn es so ist, wie Sie es gerade ausgeführt haben.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ja.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Aber wo war der Wandel, und was hat diese Entwicklung jetzt umgekehrt? – Das würde mich interessieren.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege, die grundlegende Veränderung ist der Ausbau der Planungskapazitäten beim Landesbetrieb Mobilität. Wie ich vorhin ausgeführt habe, haben wir im vergangenen Jahr jede Woche mindestens einen Straßenbauingenieur oder eine Straßenbauingenieurin eingestellt. Wir fahren die Planungskapazitäten massiv hoch.

Ich möchte Ihnen das noch einmal erläutern. Im Jahr 2016 haben wir 356,3 Millionen Euro Bundesmittel verbaut. Ich hätte nun für das Jahr 2017 400 Millionen Euro beantragen können; dann hätte ich mich feiern lassen können dafür, dass ich 100 % erreicht habe. Dann hätte ich aber weniger Geld nach Rheinland-Pfalz geholt; denn ich konnte 404,6 Millionen Euro holen, weil ich über 430 Millionen Euro angemeldet hatte.

Nun könnte ich hergehen und sagen, ich melde für 2018 404,6 Millionen Euro an, da ich weiß, dass ich diese Mittel mit meinen Kapazitäten verbauen kann. Das mache ich aber nicht. Ich werde noch mehr anmelden als 2017.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Jawohl!)

Warum? Weil wir die Planungskapazitäten weiter in die Höhe fahren. Ich riskiere, dass wir am Ende vielleicht wieder knapp unter dem bleiben, was wir angemeldet haben, weil ich so viel wie möglich in Rheinland-Pfalz verbauen möchte.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich noch einmal, mir geht es darum, so hoch wie möglich für Rheinland-Pfalz zu springen. Ich trickse nicht, indem ich die Latte niedrig lege, um mich für eine mittelmäßige sportliche Leistung feiern zu lassen, sondern ich habe den Ehrgeiz, die Latte jedes Jahr höher zu legen.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde immer wieder deutlich machen, dass die Behauptung, dass wir dadurch zugunsten anderer Länder Gelder verschenken, das Gegenteil der Wahrheit ist. Wir haben 2017 einen Rekordwert erreicht in den Infrastrukturinvestitionen in Rheinland-Pfalz. Dies ist möglich gewesen wegen der hohen Planungskapazitäten, es ist aber auch möglich gewesen – dies gehört auch zur Führung in einem Ministerium dazu –, weil wir uns intensiv mit dem LBM beschäftigen und die hohe Motivation immer honorieren. Deswegen ist es schade, wenn durch politische Trickserien behauptet wird, es würden Gelder nicht abgerufen werden, die man hätte verbauen können.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Überstunden der Mitarbeiter und die hohen Planungskapazitäten haben dazu geführt, dass Rheinland-Pfalz 2017 – ich betone es noch einmal – eine halbe Milliarde Euro in einem Jahr in seine Infrastruktur investieren konnte.

(Beifall der FDP und der SPD –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Oster.

Abg. Benedikt Oster, SPD:

Herr Minister, wie Sie richtig gesagt haben, wird gerade versucht, uns bewusst in ein falsches Bild zu rücken, und behauptet, wir hätten all die Jahre nicht genug Gelder abgerufen. Können Sie auch noch einmal einen Vergleich ziehen zu den letzten 10 Jahren?

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das wird aber peinlich für euch, ihr habt ja nichts gemacht!)

Haben Sie vielleicht diese Zahlen griffbereit, um einmal aufzuzeigen, wie viel „on top“ abgerufen wurde?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ja, Herr Kollege, im Jahr 2008 wurden 300 Millionen Euro in Rheinland-Pfalz verbaut, 2009 376 Millionen Euro, 2010 352 Millionen Euro, 2011 380 Millionen Euro, 2012 316 Millionen Euro, 2013 343 Millionen Euro, und dies stieg dann an – ich habe die Zahlen vorhin schon einmal genannt – auf den Rekordwert von aktuell 404 Millionen Euro allein an Bundesmitteln.

Ich sage es noch einmal: Wir werden diesen Kurs fortsetzen, wir ruhen uns auf diesem hohen Investitionsniveau nicht aus. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang auch schon mehrfach darüber debattiert, ob man nicht noch mehr Landesstraßenbaumittel investieren müsse. Dazu kann ich nur sagen, Sie sehen, man braucht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen verfügbaren Landesmitteln und den abrufbaren Bundesmitteln. Dass wir es geschafft haben, alle Landesmittel zu verbauen und den Rekordwert auf Bundesebene zu erreichen, zeigt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Prognosen erstellen, einen großen Sachverstand und eine hohe Kompetenz haben, weil sie es ziemlich gut hinbekommen, so viel wie möglich in die Infrastruktur zu investieren. Ich bin mit dem Ergebnis des Jahres 2017 höchst zufrieden.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Es liegt noch eine Zusatzfrage von Herrn Baldauf vor, danach betrachte ich die Mündliche Anfrage als beantwortet.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Minister, bei allem, was Sie sagen, und auch bei Planfeststellungsbeschlüssen, die noch nicht ausreichend kopiert sind, aber zumindest einmal verkündet werden, kann man feststellen – das möchte ich schon an dieser Stelle sagen –, Herr Kollege Oster, den Willen kann man Ihnen nicht absprechen. Aber in den letzten 10 Jahren ist unter Rot-Grün sehr wenig passiert.

(Abg. Benedikt Oster, SPD: Das stimmt doch nicht! Das ist eine falsche Behauptung!)

Präsident Hendrik Hering:

Herr Baldauf, Sie sollen eine Frage stellen.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Deswegen frage ich Sie, Herr Minister, Sie haben angekündigt, eine Vielzahl – ich meine, 15 – Umgehungsstraßen verwirklichen zu wollen. Sie haben auch gesagt, das geht nicht auf einmal, das ist klar.

(Zuruf von der SPD: 17!)

– 17, noch besser!

Herr Minister, ich würde von Ihnen gern wissen, ob Sie auch in diesem Bereich bereit sind, die Haushaltsansätze für diese Umgehungsstraßen entweder schon darzustellen, wo noch nichts drinsteht oder nur für die Zukunft etwas drinsteht, oder sie nach vorn zu ziehen.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege, zunächst einmal haben wir mit dem Programm für die 17 Ortsumgehungsstraßen aus den vielen Wünschen, die von kommunaler Seite an uns herangetragen worden sind, etwas gemacht, was sehr wichtig ist, um den Betroffenen konkret zu helfen. Wir haben uns die Projekte angeschaut, die ein hohes Nutzen-Kosten-Verhältnis haben und von denen wir heute sagen können, dass sie auch nach den Vorgaben, die wir seitens des Rechnungshofs zu erfüllen haben – – –

Wir können nicht jede Straße als Landesstraße bauen, einmal ganz unabhängig vom Nutzen-Kosten-Verhältnis. Aber bei diesen 17 Projekten sehen wir das Nutzen-Kosten-Verhältnis als ausreichend gut an, sodass wir zur Vermeidung von Wartezeiten so früh wie möglich mit der Planung dieser Straßen anfangen wollen. Das Ganze ist für den LBM und auch für das Ministerium ein ziemliches Kunstwerk; denn Sie können nicht hergehen und ganz viel auf Halde planen. Wenn Sie am Ende Baurecht haben, müssen Sie das auch in einer bestimmten Zeit umsetzen.

Dabei spielt auch das Thema eine Rolle, das Herr Kollege Junge angesprochen hat. Wir müssen viele Dinge beachten. Wir müssen die Planungskapazitäten, die Baubetreueungskapazitäten beachten, wir müssen aber auch die Kapazitäten in der privaten Bauwirtschaft beachten; denn wir bauen nicht selbst, sondern wir bedienen uns der

Privatwirtschaft zur Umsetzung unserer Infrastrukturvorhaben. All das muss aufeinander abgestimmt sein, und dabei muss man auch die rechtliche Situation im Blick haben. Wenn Planungsrecht geschaffen worden ist – möglicherweise erfolgt dies ganz schnell –, steht man auch unter Zeitdruck, zügig bauen zu müssen; ansonsten verfällt das Planungsrecht.

Diese Dinge werden selbstverständlich eng aufeinander abgestimmt. Selbstverständlich werden dann, wenn die Dinge zur Realisierung anstehen und auch ins Landesstraßenbauprogramm aufgenommen werden, diese Projekte natürlich auch entsprechend mit Haushaltsmitteln unterlegt; denn es macht keinen Sinn, zu planen und Baurecht zu schaffen, um am Ende nicht realisieren zu können.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Vielen Dank, damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jutta Blatzheim-Roegler und Andreas Hartenfels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Aktuelle Maßnahmen für saubere Mobilität** – Nummer 10 der Drucksache 17/5450 – betreffend, auf.

Frau Blatzheim-Roegler trägt die Fragen vor.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für zielführend, um die Luftqualität in den Städten zu verbessern?
2. Wer soll aus Sicht der Landesregierung für eine Hardware-Nachrüstung von Diesel-Pkw, welche die vorgegebenen gesetzlichen Grenzwerte nicht einhalten, zahlen?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag für einen ticketlosen ÖPNV in ausgewählten Städten in dem Schreiben der Bundesregierung an den EU-Umweltkommissar Karmenu Vella als Maßnahme zur Luftverbesserung in allen von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Städten?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um den Radverkehr zu fördern und insbesondere den Umstieg auf das Fahrrad für Berufspendlerinnen und -pendler attraktiver zu machen?

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung antwortet Herr Verkehrsminister Dr. Wissing.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht übernimmt den Vorsitz)

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Vielen Dank, Herr Präsident. Frau Kollegin Blatzheim-Roegler, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass Sie das hochaktuelle Thema Saubere Mobilität aufgegriffen haben. Wie alle wissen, fand gestern die dazu richtungsweisende Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht statt, die für die rheinland-pfälzischen Städte Mainz, Ludwigshafen und Koblenz von größter Bedeutung ist. Das Bundesverwaltungsgericht hat seine Entscheidung über mögliche Dieselfahrverbote für bessere Luft in Städten verhängt. Die Entscheidung soll am 27. Februar verkündet werden.

Ich stimme mit Ihnen überein, ja, die Vereinbarkeit von Mobilität und dem der Menschen vor Luftschadstoffen wird uns insbesondere in den Ballungsräumen große Kraftanstrengungen abverlangen. Wie bereits gestern Nachmittag berichtet, unterstützt die Landesregierung mit dem Aktionsprogramm „Saubere Mobilität“ die von Grenzwertüberschreitungen betroffenen drei rheinland-pfälzischen Städte Mainz, Koblenz und Ludwigshafen nach besten Kräften, damit die Stickoxidbelastungen zeitnah sinken und die Grenzwerte möglichst schnell eingehalten werden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage seitens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die von Grenzwertüberschreitungen betroffenen drei rheinland-pfälzischen Städte haben mit der Unterstützung des Landes Maßnahmen definiert, die kurzfristig eine Stickoxidminderung bewirken können. Diese gilt es nun, im Rahmen des Aktionsprogramms „Saubere Mobilität“ des Landes rasch umzusetzen. Hierdurch kann die Zeit effektiv genutzt werden, bis die Maßnahmen des Bundes greifen.

Die Städte entscheiden dabei selbst, auf welche Strategien und Instrumente sie setzen, da die örtlichen Verhältnisse unterschiedlich sind. Was in einer Stadt effektiv sein kann, muss nicht auch in der anderen im gleichen Maße zur Stickoxidreduzierung beitragen.

Im Rahmen des Förderprogramms „Automatisierung und Vernetzung im Straßenverkehr“ des Bundes erfolgte die Übergabe der Zuwendungsbescheide für die Erstellung der Masterpläne „Green-City“ Ende Dezember 2017. Die Erstellung der Masterpläne ist zwischenzeitlich vonseiten der Städte beauftragt bzw. steht in Kürze an. Ziel der Masterpläne ist die Identifizierung und Bewertung geeigneter Maßnahmen als Basis für eine Prioritätenreihung.

Die Ergebnisse der Masterpläne bleiben somit als Beurteilungsgrundlage abzuwarten. Im Kern ist die Bewertung der Eignung immer in Verbindung mit der Realisierbarkeit bzw. dem Zeithorizont zur Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen zu betrachten. Hier sind die Städte die kompetenten Ansprechpartner, weshalb über diese Fragestellung auch dort entschieden werden muss.

Zu Frage 2: Bürger und Wirtschaft dürfen nicht für das Versagen von Fahrzeugherstellern und Kontrollbehörden bestraft werden. Die Täuschung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Fahrzeughersteller bis hin zu rechts-

widrigen Manipulationen von Motoren ist nicht hinnehmbar und vollkommen inakzeptabel.

Hardwarenachrüstungen von Fahrzeugen, die aus diesem Grunde nicht den gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich des Luftschadstoffausstoßes genügen, dürfen nicht den Eigentümern der Fahrzeuge angelastet werden, die Fahrzeughersteller sind hier als Verursacher heranzuziehen. Was verkauft wurde, muss auch geliefert werden, und zwar nicht nach der äußeren Gestalt, sondern auch nach den Schadstoffgrenzwerten.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Frage 3: Zur Thematik Kostenloser ÖPNV ist ebenfalls auf die zuvor schon angesprochenen Maßnahmen der Städte Mainz, Ludwigshafen und Koblenz hinzuweisen, die kurzfristig eine Stickoxidminderung bewirken können. Diese gilt es nun, rasch umzusetzen. Das von der Bundesregierung angesprochene Projekt zum kostenlosen ÖPNV ist eher langfristig einzuordnen. Erkennbar ist dies bereits daran, dass der Bund zunächst Erfahrungen in Testgebieten sammeln möchte und gar nicht über eine flächendeckende Einführung nachdenkt. In diesem Zusammenhang sind auch noch viele offene Fragen zu klären.

Aus Sicht der Landesregierung ist ein kostenloser ÖPNV in den betroffenen rheinland-pfälzischen Städten schon alleine aufgrund der ungeklärten Kostenfrage nicht in der gebotenen Kurzfristigkeit realisierbar. Ein solches Vorhaben sollte zunächst auch auf seine Wirkungen, insbesondere auf die erforderlichen Kapazitätserweiterungen hin untersucht werden. Die beabsichtigte Änderung der Verkehrszusammensetzung wird wohl kaum ohne zusätzliche Fahrzeuge und zusätzliches Personal sowie bauliche Maßnahmen einhergehen können. Die damit verbundene Kostenfrage ist völlig offen.

Alein schon diese Fakten lassen erkennen, dass damit kein rasch umsetzbares Vorhaben skizziert werden kann. Ich will auch daran erinnern, eine Erweiterung des ÖPNV-Angebots, an dem wir seitens der Landesregierung sehr stark interessiert sind, ist kein einfaches Unterfangen. Man muss, wenn man beispielsweise im Schienenpersonennahverkehr zusätzliche Kapazitäten haben möchte, nicht nur die Fahrzeuge beschaffen, sondern unter Umständen auch die Schienenwege ausbauen. Welcher Zeitraum dafür erforderlich ist, ist, glaube ich, allen Mitgliedern dieses Hohen Hauses bekannt.

Wenn man Busverkehre mit schadstofffreien Antrieben ausweiten möchte, ist es gar nicht so einfach, mehr Busfahrer zu finden, die man zusätzlich bräuchte; denn der Fachkräftemangel spielt uns an dieser Stelle nicht gerade in die Hände.

Daher sieht die Landesregierung in einem kostenlosen ÖPNV keine Lösung für die erforderliche rasche Minderung der Stickoxidbelastung. Hinsichtlich einer mittel- bis langfristigen Betrachtung steht die Landesregierung dem Projekt mit einer gewissen Skepsis gegenüber, weil die Frage noch nicht beantwortet wurde, wie man mit den ländlichen Räumen umgeht.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

Wir haben heute schon Urbanisierungstendenzen in der Gesellschaft, die insbesondere eine Landesregierung wie die rheinland-pfälzische vor große Herausforderungen stellen. Wir müssen in der Fläche Lebensqualität sicherstellen. Es kann nicht sein, dass wir am Ende kostenlosen ÖPNV in den großen Metropolen Deutschlands haben, diese Gelder, die dorthin fließen, dann aber am Ende fehlen, um den ländlichen Raum mit entsprechenden ÖPNV-Angeboten zu versorgen.

(Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist besonders wichtig; denn das Stichwort Kostenloser ÖPNV bedeutet nicht, dass er wirklich kostenlos ist, er ist nur unentgeltlich für die Nutzer, aber selbstverständlich müssen die gesamten Kosten, Personal und Sachkosten, an anderer Stelle getragen werden. Wenn das durch Steuergelder finanziert werden soll, dann darf es nicht dazu führen, dass diese Steuergelder für den Ausbau des ÖPNV in der Fläche im ländlichen Raum fehlen.

(Beifall der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Zu Frage 4: Zum Radverkehr ist zu sagen, dass die Landesregierung das Fahrrad im Alltags- und Berufsverkehr als ein Verkehrsmittel ansieht, das im multimodalen Zusammenwirken mit dem ÖPNV mehr Potenzial hat, als es heute bereits entfaltet. Das heißt, wir sehen darin gute Möglichkeiten und halten das für ein wichtiges Verkehrsmittel.

Wichtig sind sichere Abstellmöglichkeiten an den Bahnhöfen und an den anderen ÖPNV-Haltestellen. Fördermittel des Landes fließen hierbei etwa in den Bau einer Fahrradstation am Bahnhof Trier. Radfahrer werden auch im Alltags- und Berufsverkehr ihr Rad nur dann nutzen, wenn sie sich auf der zur Verfügung stehenden Infrastruktur sicher fühlen. Deswegen müssen wir hier investieren und tun das auch.

Das Land investiert weiter in den Bau von Radwegen. Auch das ist wichtig. 2017 wurden in Rheinland-Pfalz rund 15 Millionen Euro für den Radwegebau ausgegeben. Derselbe Betrag ist für 2018 vorgesehen.

Ein neues Element der Fahrradinfrastruktur sind Radschnellwege. Seit 2014 liegt eine Potenzialanalyse vor, die sieben grundsätzlich geeignete Korridore in Rheinland-Pfalz identifiziert. Das Land sucht nun gemeinsam mit den Kommunen nach Wegen der Umsetzung. Wir haben ein großes Interesse daran, dass auch Radschnellwege in Rheinland-Pfalz unser Verkehrsangebot erweitern. Das sind gute Infrastrukturinvestitionen, weil der Fahrradverkehr als emissionsfreier Verkehr eine besondere Bedeutung, eine zunehmende Bedeutung erlangen wird.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Frau Abgeordneter Blatzheim-Roegler das Wort.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Minister, vielen Dank für die Beantwortung. Ich habe noch eine Frage. Welche Maßnahmen auch zur Stärkung von sauberer Mobilität, beispielsweise verbesserter ÖPNV, ergreift die Landesregierung für den ländlichen Raum?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Kollegin, ich habe vorhin schon das Thema Radschnellwege genannt. Wir sind auch dabei, zusätzlich in den Schienenpersonennahverkehr zu investieren. Wir haben ein großes Interesse daran, dass das ÖPNV-Angebot in der Fläche weiter ausgebaut wird.

Wir haben auch Elektrifizierungen auf den Weg gebracht, etwa in Ludwigshafen, um ein attraktives Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen, mit dem ÖPNV zum Arbeitsplatz zu kommen. Daran haben alle ein Interesse.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das ÖPNV-Angebot – in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz spielt der Schienenpersonennahverkehr eine sehr große Rolle – insgesamt für die Lebensqualität im ländlichen Raum in Zukunft eine erhebliche Rolle spielen wird. Als Beispiel kann ich Ihnen die Reaktivierung der Schienenstrecke Homburg – Zweibrücken nennen. Wir denken auch über die eigenen Landesgrenzen hinaus.

Wir haben es beim Schienenpersonennahverkehr nicht ganz einfach, wenn es um die Reaktivierung von Strecken geht, weil die Kosten zum Teil erheblich sind, wenn Strecken wieder reaktiviert werden und wir das Kosten-Nutzen-Verhältnis beachten müssen. Das macht es manchmal nicht einfach, zum Teil sind es erhebliche Kosten. Aber wir wissen auch, dass diese Kosten gut investiert sind. Ländliche Räume ohne ÖPNV-Angebot können keine gute Zukunft haben.

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Weitere Zusatzfragen liegen mir nicht mehr vor. Vielen Dank, Herr Minister. Die Frage ist beantwortet.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Fragestunde.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich als Gäste auf der Zuschauertribüne Schülerinnen und Schüler des Reichswald-Gymnasiums Ramstein-Miesenbach, 10. Jahrgangsstufe. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag! Wir freuen uns, dass Sie da sind und

sich für Politik interessieren. Unsere Demokratie braucht Sie.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, ich rufe nun **Punkt 21** der Tagesordnung auf:

Digitale Teilhabe an Schulen sicherstellen – umfassenden Ansatz verwirklichen

Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/5438 –

dazu:

Digitale Bildung: die Zukunft gestalten

Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD, FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/5491 –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Ich darf zunächst der antragstellenden Fraktion das Wort zur Begründung des Antrags erteilen. Frau Abgeordnete Beilstein, Sie haben das Wort.

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Mangel, der sich durch die Ein- und Auswirkungen der Digitalisierung in den letzten 20 Jahren vollzogen hat, ist rasant, und er wird immer ärger. Längst nicht mehr geht es nur um Schriftverarbeitung und Kommunikation per E-Mail oder um einen Austausch über die sozialen Netzwerke, nein, der digitale Wandel ist allumfassend: vom Einkauf über Bankgeschäfte, Informationsrecherche in und für alle Lebenslagen bis hin zum Einzug in nahezu jedes Berufsfeld.

(Beifall der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Damit ist klar, die Prinzipien der digitalen Welt haben zwischenzeitlich alle Lebensbereiche durchdrungen.

(Beifall bei der CDU)

In § 1 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes wird der Auftrag der Schule geregelt. Dort heißt es: Sie vermittelt Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Orientierung in der modernen Welt zu ermöglichen, und hat das Ziel, zur Erfüllung der Aufgaben in Staat, Gesellschaft und Beruf zu befähigen. –

Es liegt also auf der Hand, dass der allumfassende digitale Wandel auch entsprechende Auswirkungen auf den Bildungsauftrag des Landes hat.

(Beifall bei der CDU)

Im vergangenen Jahr feierte das Programm „Medienkompetenz macht Schule“ sein zehnjähriges Jubiläum. Ich war auf dieser Jubiläumsveranstaltung. Die Vorstellung der am Projekt Beteiligten war definitiv spannend und interessant. Es war beeindruckend, was heute alles möglich ist von der Unterrichtsgestaltung über Projekte mit ausländischen Schulpartnerschaften bis hin zu dem Engagement der Medienscouts.

Doch bei allem Jubel haben sich bei der nüchternen Betrachtung der Faktenlage viele ungelöste Baustellen aufgetan. Es beginnt bei der Grundsatzfrage, welche Rolle ein mündiger Bürger in der digitalen Welt einnehmen soll. Soll er lediglich ein Nutzer oder auch ein Gestalter sein, der die Technik seinen eigenen Bedürfnissen anpassen kann?

In Ihrem Alternativantrag stellen Sie die Medienkompetenz in den Mittelpunkt. Ja, die Medienkompetenz ist unbedingt wichtig, und die Anstrengungen dazu begrüßen wir sehr, ohne Frage. Aber reine Medienkompetenz ist etwas anderes als Gestaltungskompetenz. Die kommt nämlich in Ihrem Antrag nicht vor. Darin unterscheiden wir uns.

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Das schließt das doch mit ein!)

– Nein, es schließt es nicht mit ein, es ist etwas anderes.

(Beifall bei der CDU)

Reine Medienkompetenz genügt nach unserer Ansicht nicht, um dem umfassenden Bildungsauftrag gerecht zu werden. Es genügt nicht, Office-Programme zu beherrschen oder beim Smartphone alle Bedienungsmöglichkeiten zu kennen. Gestaltungskompetenz bedeutet, neben der reinen Nutzung auch in der Lage zu sein, Systeme zu hinterfragen oder auf eigene Bedürfnisse anzupassen. Erst das ist Mündigkeit in der digitalen Welt.

(Beifall der CDU)

Gestalter kann nur werden, wer die Grundprinzipien kennt. Deswegen sind grundlegende Informatikkenntnisse über digitale Abläufe, die Bildung von Algorithmen, die Vernetzung von Daten und ein Verständnis von Funktionsweisen wichtig. Diese Gestaltungskompetenzen kann der Schüler nur im Fach Informatik erhalten.

(Beifall der CDU)

Daher ist es unserer Auffassung nach unumgänglich, dass das Fach Informatik im Fächerkanon überdacht werden muss. Wir halten es für längst überfällig, dass informatische Bildung ab Jahrgangsstufe verpflichtend unterrichtet werden muss, damit alle Schüler diese Bildung erhalten und nicht zufällig die 4.000 in der Sekundarstufe I, die ein Wahlfach belegen, oder die 400 im Leistungskursbereich der Oberstufe.

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Die „7“ haben Sie vergessen! Ab Klassenstufe 7!)

– In der Klasse 7 haben wir keine verbindliche Informatik, und das ist der Punkt.

(Beifall der CDU)

Nach wie vor fehlt eine flächendeckende Anbindung an das schnelle Internet. Das ist eine weitere offene Baustelle. Hier rufen Sie nach dem Bund, damit er Mittel zur Verfügung stellt.

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Schulträger!)

– Sie rufen nach den Schulträgern – ich höre den Unkenruf

von links –, damit diese IT-Fachkräfte zur Verfügung stellen. Aber wo sehen Sie eigentlich die Rolle des Landes in diesem Feld?

(Beifall der CDU –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Richtig!)

Wenn digitale Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, dann kann sich das Land hier keinen schlanken Fuß machen

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Neue Aufgaben braucht
das Land!)

und ist in der Pflicht. Dazu gehört auch, dass man entsprechend Lehrerinnen und Lehrer ausbildet, intensive Nachschulungen vornimmt und auch einen Blick auf die Informatiklehrer wirft. Hier stellen wir einen Rückgang fest und fragen, was Sie dagegen tun.

(Beifall der CDU)

Mir ist klar, das alles kostet Geld, und zwar viel Geld. Aber wenn ich jetzt nachfragte und von der Landesregierung wissen wollte, wie viel Geld das kostet, bin ich mir ziemlich sicher, Sie könnten es nicht sagen. Sie könnten keine Auskunft darüber geben. Das macht deutlich, Ihnen fehlt ein Gesamtplan, eine Gesamtstrategie mit festen Zielpunkten.

(Beifall der CDU)

Wenn es anders ist, dann nennen Sie hier diese Zielpunkte, damit wir das überprüfen können, auch anhand der Zahlen, die später im Haushalt stehen. Wenn aber diese Grundlagen nicht da sind, dann sind Sie nicht in der Lage, seriös die umfassende digitale Teilhabe unserer Schülerinnen und Schüler für die nächsten Jahre zu planen. Darüber müssen wir reden, und deshalb bitten wir auch um Überweisung unseres Antrags an den Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Sehr gut!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Als nächster Rednerin erteile ich das Wort Frau Abgeordneter Schmitt von der Fraktion der SPD.

Abg. Astrid Schmitt, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Digitalisierung – das wurde vorhin richtig dargestellt, Frau Kollegin Beilstein – bestimmt immer mehr Lebens- und Arbeitsbereiche. Deswegen brauchen wir Kompetenzen, und natürlich muss sich auch die Bildungspolitik diesen großen Herausforderungen stellen.

Kinder und Jugendliche – dort oben sitzen viele von ihnen – nutzen tagtäglich digitale Medien zur Informationsbeschaffung, Unterhaltung und Kommunikation, und natürlich bewegen sie sich auch in sozialen Netzwerken. Aus unserer Sicht muss die Vermittlung von Medienkompetenz genau an dieser Lebenswirklichkeit ansetzen und sie aufgreifen.

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Es geht nicht nur um Medienkompetenz!)

Deshalb ist sie auch mehr, Frau Kollegin Beilstein, als nur informatorisches Wissen. Sie muss aus unserer Sicht fach- und themenübergreifend arbeiten und sich eben nicht nur auf wenige Unterrichtsstunden im Fach Informatik konzentrieren.

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Nicht
verstanden! –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Darum ging es
nicht! Anderer Antrag!)

Wir sind seit über zehn Jahren – Sie nannten ja vorhin den Geburtstag – erfolgreich mit diesem Konzept unterwegs und haben bundesweit eine Vorreiterrolle inne. Ich bin sehr froh, dass Ministerin Hubig diesen Weg mit viel Herzblut und engagiert fortsetzt. Dieser zehnjährige Geburtstag macht deutlich, dass wir seit über zehn Jahren mit einem Konzept – Sie haben uns vorhin unterstellt, wir seien konzeptionslos, aber das Gegenteil ist der Fall – unterwegs sind.

(Beifall der Abg. Bettina Brück, SPD)

Dieses Programm setzt Lehren und Lernen mit digitalen Medien um, bedient die Aus-, Fort- und Weiterbildung und bezieht alle an Schulen Beteiligten ein, eben auch die Eltern, die Schülerinnen und Schüler und die Schulleitung. Und wir haben wichtige Partner im Boot, das wissen Sie doch auch.

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Darum
geht es nicht!)

Frau Kollegin Beilstein, offensichtlich war das Konzept so erfolgreich, dass die KMK – die Konferenz der Länder im Bildungsbereich – im Jahr 2016 unser Konzept als Grundlage für ihr Konzept zur Bildung in der digitalen Welt übernommen hat.

(Beifall bei SPD und FDP)

Frau Kollegin, Ihr Antrag, den Sie uns heute hier vorlegen, ist aus meiner Sicht ein ziemlich oberflächlicher Schnellschuss, weil Sie sich an wenigen Zahlen festbeißen, noch dazu ist er viel zu einseitig. Ich bin schon erstaunt, dass darin solche Sachen wie der KMK-Beschluss oder die digitale Bildung als Begriffe noch nicht einmal vorkommen. In der Überschrift sagen Sie, Sie hätten einen umfassenden Ansatz, aber wenn man die Luft aus Ihrem Antrag herauslässt, dann fokussieren Sie sich im Grunde auf den Informatikunterricht ab der 7. Klasse.

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Ja, weil
es über die Medienkompetenz hinausgeht!)

Ich will Ihnen sagen, tun Sie nicht so, als ob es das heute nicht gäbe. Wir wissen doch, wie viele Schülerinnen und Schüler heute bereits in der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II Informatik als Wahlpflichtfach oder Pflichtfach belegen. Es ist doch nicht so, dass das nicht in unserem Konzept wäre. Unterstellen Sie das bitte nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es Ihnen noch einmal, digitale Bildung muss Querschnittsaufgabe in allen Unterrichtsfächern sein. Natürlich ist es uns auch ganz, ganz wichtig, dass die Schulen das in ein pädagogisches Gesamtkonzept einbinden. Es nutzt nichts – ich überspitze –, einen Informatiklehrer hinzustellen, und ansonsten passiert nichts. Außerdem ist uns der Ansatz wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft den gleichen Zugang zu diesen neuen Medien haben. Im Endeffekt kommt es auch bei uns auf eine aktive und selbstbestimmte Teilhabe an, die sich am pädagogischen Mehrwert orientiert. Das ist der Fokus.

(Beifall der Abg. Bettina Brück, SPD)

Dafür sind wir heute mit unserem Landesprogramm schon breit aufgestellt. Ich habe keine Zeit mehr, die ganzen Stichworte zu nennen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Tja, das ist das Problem! Stichworte!)

Ein Beispiel ist das, was wir im Zusammenhang mit dem MedienkomP@ss machen. Wir sind doch schon weiter als das, was Sie hier fordern.

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Nein, das ist doch etwas anderes!)

– Nein, das ist nichts anderes. Das ist eine gute Basis. Das führen wir jetzt in den Grundschulen ein. In 125 Schulen sind wir gestartet. Wir weiten das aus. Zu nennen ist auch das Projekt „Schulcampus RLP“ mit der Online-Plattform.

Es ist nicht so, dass ich hier nur jubeln will. Natürlich können und müssen wir diese Konzepte weiterentwickeln, weil auch die digitale Bildung einem dynamischen Prozess unterliegt. Aber dann wäre es schon ganz gut, Frau Kollegin Beilstein, wenn der Bund endlich einmal mit den von Frau Ministerin Wanka versprochenen Fördermitteln

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Na klaaar! – Weitere Zurufe von der CDU)

– nein, Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln – um die Ecke kommt. Natürlich hat das auch etwas mit Geld zu tun. Das wissen Sie.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Na klaaar!)

Es trifft eben nicht zu, dass Sie dort bisher Ihre Hausaufgaben gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Weiterentwicklung des Landesprogramms „MedienkomP@ss“. Wir wollen stärker länderübergreifende Kooperationen. Wir wollen natürlich auch einen verbesserten schnellen Internetzugang für möglichst alle Schulen. Wir wollen auch gerne schon in der frühkindlichen Bildung mit altersgerechten Konzepten starten. Zusammengefasst glaube ich, wir sind mit unserem Landesprogramm nicht nur heute bereits gut aufgestellt,

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Super, spitze, immer alles prima!)

sondern – Frau Kollegin – wir haben auch eine hervorragende Grundlage für die Herausforderungen der Zukunft.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Der Hahn fliegt, der Nürburgring fährt!)

Schauen Sie einmal in den Koalitionsvertrag, Sie waren ja offensichtlich dabei. Es ist genau in unserem Sinne Bestandteil des neuen Koalitionsvertrags. Ich glaube, die haben auch einmal ins rheinland-pfälzische Konzept geschaut.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Kurzintervention auf die Ausführungen von Frau Schmitt erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Frisch.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Schmitt, Sie haben davon gesprochen, man müsse an die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen anknüpfen. Das hört sich gut an. Deshalb weiten Sie dieses Programm „Medienkompetenz“ zusehends aus. Sie haben zunächst einmal die Grundschulen in den Blick genommen, als Nächstes folgen die Kitas. Ich warte darauf, dass wir von der Landesregierung demnächst ein Programm „Medienkompetenz im Kreißaal“ vorgelegt bekommen.

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Ha, ha, ha!)

Aber das Ganze ist leider nicht so lustig. Ich würde diesem Ansatz ausdrücklich widersprechen wollen. Gerade in einer Zeit, die völlig von den digitalen Medien übersättigt ist, in der auch kleine Kinder bereits stundenlang vor dem Fernseher und dem Computer sitzen, brauchen wir einen Rückzugsraum, der von diesen Einflüssen weitgehend freigehalten wird.

(Beifall der AfD)

Wir hatten einmal Projekte wie den Waldkindergarten. Wir brauchen keinen Tabletkindergarten. Kinder sollen spielen, die Natur erfahren, basteln, sich handwerklich betätigen, mit allen Sinnen gerade in diesen ersten Jahren ihre Umwelt erfahren. Wir wissen aus vielen Studien – nicht nur von Professor Spitzer – der Hirnforschung und Psychologie, dass es kontraproduktiv ist, wenn wir hier in verstärktem Maße digitale Medien einsetzen.

Der große Fehler ist, dass nicht zwischen einer Medienbedienkompetenz und einer Medienmündigkeit unterschieden wird. Die Bedienkompetenz brauchen Sie weder Kindern noch Jugendlichen beizubringen. Das können die in aller Regel besser als wir Erwachsene. Da lerne ich noch etwas von meinen Kindern. Aber die Medienmündigkeit ist das Entscheidende, nämlich mit den Medien verantwortungsbewusst und reflektiert umzugehen. Sie wollen mir doch nicht im Ernst erzählen, dass Sie das über ein

solches Projekt bereits Kitakindern nahebringen können. Das können allenfalls 12- und 13-Jährige, und selbst die noch nicht alle. Jeder, der Kinder hat, weiß, was es für ein Problem ist, selbst mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen über dieses Thema zu diskutieren, weil sie es nicht schaffen, diesen Reizen zu widerstehen und sich auf das zu konzentrieren, was wirklich wichtig wäre. Ich halte es für einen großen Fehler, wenn wir das alles immer weiter herunterbrechen, bis hin zum Kindergarten.

(Beifall der AfD)

Was die Schulen betrifft, gibt es die OECD-Studie „Students, Computers and Learning“, die eindeutig nachgewiesen hat, dass die verstärkte Nutzung digitaler Medien eben nicht per se zu besseren Schulleistungen führt. Stattdessen wird deutlich gesagt – genau das ist unser Konzept –, die Förderung von Grundkenntnissen in Rechnen und Schreiben trägt mehr – ich zitiere – zur Angleichung von Bildungschancen bei, als die Ausweitung und Subventionierung von Zugang zu Hightechgeräten und Dienstleistungen.

(Beifall der AfD)

Noch ein Letztes. Nutznießer dieser ganzen Entwicklung sind die Anbieter von Hard- und Software: Apple, Bertelsmann, Microsoft und Co.

(Glocke des Präsidenten)

Ich möchte nicht, dass unsere Kinder dazu missbraucht werden, die Gewinne solcher Konzerne zu erhöhen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Erwiderung erteile ich der Frau Abgeordneten Schmitt das Wort.

Abg. Astrid Schmitt, SPD:

Eine kurze Erwiderung, weil ich im Gegensatz zum Kollegen keinen vorbereiteten Zettel dabei habe; das war eine seltsame Kurzintervention.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ich habe zitiert!)

– Ja, ja, ja, alles in Ordnung.

Ich will das gerne noch einmal richtigstellen. Ich glaube, Sie müssen mir nicht erzählen – ich habe das entsprechende Fach studiert und mich mit frühkindlicher Entwicklung befasst –,

(Abg. Uwe Junge, AfD: Falsche Schlüsse gezogen!)

was notwendig ist, damit Kinder später einmal weiterführende Kulturtechniken lernen können. Natürlich setzt das voraus, dass sie als Erstes motorische Grundfähigkeiten lernen, ansonsten können sie nachher nicht lesen und

schreiben lernen. Wir wollen auch gar nicht Programmieren oder sonst etwas im Kindergarten unterrichten und ins Zentrum unserer Arbeit stellen. Ich habe vorhin erklärt, warum unser Ansatz ein umfassender ist.

Ich habe zum Beispiel von der Einbeziehung der Eltern gesprochen, die dringend notwendig ist. Wir haben doch alle unsere Erfahrungen aus unserem Umfeld. Dort sehen wir doch, dass die Zweijährigen dasitzen und auf dem Tablet herumwischen. Man muss also mit den Eltern reden und sagen, wie pädagogisch verantwortungsvoll mit diesem Ansatz umgegangen wird. Wenn Sie uns etwas anderes unterstellen, ist das grob falsch. Sie negieren das einfach.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

– Nein, es ist grob falsch und trifft nicht zu.

Das ist mir wichtig zu sagen. Von daher, glaube ich, sind wir mit altersgerechten Konzepten auf dem richtigen Weg.

Und noch eines, Herr Kollege Frisch: Wir machen das nicht als Selbstzweck. Immer dient dieser Einsatz der neuen Techniken dem pädagogischen Primat, so kann man das nennen. Pädagogik steht oben drüber.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Wenn es da nicht hingehört in die Schule, dann kann es im späteren Studium gemacht werden, wenn sich Menschen spezialisieren wollen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich das Wort dem Abgeordneten Frisch von der AfD.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich Ende der 1970er-Jahre an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz Mathematik studierte, befand sich die Informatik noch in den Kinderschuhen. Zwar gab es schon die ersten Computer, aber deren Nutzung war einer kleinen Gruppe von Experten vorbehalten. Auch wir als Lehramtsstudenten beschäftigten uns im Rahmen der numerischen Mathematik mit der Konstruktion von Algorithmen und erstellten Programme zur Lösung mathematischer Probleme.

Da es nur wenige Rechner gab, die ausschließlich von geschultem Personal bedient werden durften, mussten wir diese Programme mithilfe von schreibmaschinenähnlichen Geräten in Lochkarten übertragen, die dann abgegeben und stapelweise von der Maschine verarbeitet wurden. Jeder kleine Tippfehler führte unweigerlich zum Abbruch des Programms und erforderte einen komplett neuen Vorgang, der in der Regel mehrere Stunden dauerte.

Ich erinnere mich noch gut an viele Freitagnachmittage, an

denen ich gespannt darauf wartete, ob mein Algorithmus erfolgreich gelaufen war und er auch zu dem gewünschten Ergebnis führte; denn erst dann konnte für einen pflichtbewussten Studenten die Heimfahrt in das ersehnte Wochenende beginnen.

Als viele Jahre später die Computer ihren Einzug in die Schulen hielten, lag es natürlich nahe, auf die numerische Grundbildung der Mathematiker zurückzugreifen und ihnen mangels speziell ausgebildeter Lehrer den Informatikunterricht zu übertragen. So durfte auch ich über viele Jahre hinweg die Schüler mit den Geheimnissen von Hardware und Software vertraut machen.

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Laut CDU ist das fachfremd!)

Daher ist mir das Thema dieses Antrags wohlbekannt.

Dass aus der beschriebenen Notlösung ein Dauerzustand werden würde, war bei ihrer Einführung nicht abzusehen. Erstmals Ende 2016 und dann noch einmal im Dezember 2017 habe ich eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, um Auskunft über die Dimension des Problems fachfremder Unterricht an rheinland-pfälzischen Schulen zu erhalten. Dabei kam neben einigen anderen ernüchternden Zahlen auch heraus, dass ein erheblicher Teil des Informatikunterrichts nach wie vor von nicht ausreichend qualifizierten Lehrern erteilt wird. Dies gilt insbesondere für die Realschule plus und die Gesamtschulen, aber selbst in den berufsbildenden Schulen und am Gymnasium lag der Anteil im vergangenen Schuljahr bei etwa 20 %.

Es ist zu begrüßen, dass die CDU-Fraktion das jetzt aufgegriffen hat; denn in der Tat leiden sowohl Schüler als auch Lehrer unter dieser Situation. Gerade aus meiner eigenen Erfahrung weiß ich, wie schwierig es ist, in einem extrem innovativen, sich ständig fortentwickelnden Bereich wie der Informatik ohne solides Fachwissen und oft leider auch ohne ausreichende Fortbildungsangebote seitens des Landes den Ansprüchen der Schüler an einen guten Unterricht gerecht zu werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf in der Ausbildung und Einstellung von qualifiziertem Personal. Insoweit können wir dem Antrag der CDU uneingeschränkt zustimmen.

Gleiches gilt für die Forderung nach schnellem Internetanschluss für alle Schulen und einem klaren Konzept zur Betreuung der schulischen Computersysteme. Die hier anfallende Arbeit wird bis heute nahezu ausschließlich auf die Lehrkräfte abgeschoben. Vergleicht man den Umfang der zu erfüllenden Aufgabe mit den dafür gewährten Entlastungsstunden, dann kann man dieses Vorgehen nur als Ausbeutung bezeichnen. Ich habe mehr als einmal erlebt, dass mein für die Systembetreuung zuständiger Kollege das ganze Wochenende an der Schule verbracht hat, damit am Montagmorgen der Informatikunterricht stattfinden konnte. Sollte Zustände sind völlig unhaltbar.

Wenn das Land einen vernünftigen Informatikunterricht und dazu auch eine funktionierende EDV-basierte Schulverwaltung haben will, dann muss man entweder die Kommunen finanziell entsprechend ausstatten oder aber selbst Personal einstellen, das sich um Technik und Administration der Computersysteme kümmert.

In zwei Punkten ist der vorliegende Antrag nach unserer Auffassung zu undifferenziert. So unterscheidet er nicht zwischen den einzelnen Schularten und berücksichtigt daher nicht die besondere Situation der Grundschule. Diesbezüglich haben wir schon mehrfach darauf hingewiesen, dass wir dort einen Computereinsatz im Unterricht aus prinzipiellen Erwägungen nicht für sinnvoll halten. In den ersten Jahren soll das Erlernen von grundlegenden Fähigkeiten wie Rechnen, Lesen und Schreiben im Vordergrund stehen. Nach allem, was wir aus Hirnforschung und Psychologie wissen, ist die Nutzung von Computern dabei eher kontraproduktiv.

Auch im Hinblick auf die weiterführenden Schulen hätten wir uns eine Differenzierung nach Schulformen und Unterrichtsinhalten gewünscht. So ist es sicherlich sinnvoll, flächendeckend eine Grundbildung im Umgang mit Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und Datenbankverwaltung sicherzustellen, weil diese Kompetenzen heute in nahezu allen Berufsfeldern benötigt werden. Ob aber die äußerst anspruchsvolle, die Mehrheit der Schüler überfordernde Erstellung von Algorithmen und Programmen wirklich verpflichtend sein sollte, lässt sich mit Fug und Recht bezweifeln. Die meisten von uns fahren Auto, ohne dass wir in der Lage wären, einen Motor im Detail zu verstehen oder ihn gar zu konstruieren.

Nicht zuletzt klammert der Antrag die Frage nach den Kosten für eine umfassende Digitalisierung der Schulen völlig aus. Hier fallen nicht nur hohe Aufwendungen für die Anschaffung und Wartung von Computern, Whiteboard und Co an, sondern vor allem auch für die regelmäßige Erneuerung dieser Geräte im Zuge des technischen Fortschritts.

Ob es richtig ist, einen großen Teil der begrenzten Ressourcen dauerhaft hierfür einzusetzen, anstatt etwa die Unterrichtsqualität durch eine Verkleinerung der Klassen zu verbessern, ist durchaus fraglich.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Der Antrag der CDU-Fraktion greift ein wichtiges Thema auf und enthält viele richtige Impulse. Da wir jedoch in einigen Punkten Verbesserungsbedarf sehen, würden wir es begrüßen, im Ausschuss weiter darüber zu diskutieren.

(Glocke des Präsidenten)

In der vorliegenden Form können wir dem Antrag nicht zustimmen und werden uns deshalb enthalten.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich Frau Abgeordnete Lerch von der Fraktion der FDP das Wort.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition wird das Thema Digitale Bildung

an mehreren Stellen behandelt. Darin heißt es unter anderem – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –: „Digitale Bildung und der Erwerb digitaler Kompetenzen entscheiden über Berufs- und Lebenschancen. Sie sind für uns von zentraler Bedeutung. Online Lehren und Lernen soll Standard werden an allen weiterführenden Schulen. Wir werden unsere Schulen bei der Vermittlung digitaler Bildung unterstützen und dabei das erfolgreiche Landesprogramm ‚Medienkompetenz macht Schule‘ fortentwickeln. Dabei wird neben der Hardwareausstattung die digitale Bildung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften intensiviert und die Vermittlung digitaler Kompetenzen (...) ausgeweitet.“ – So weit das Zitat. An anderer Stelle geht der Koalitionsvertrag noch einmal explizit auf das digitale Lernen in der Weiterbildung ein.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung bezüglich der digitalen Gestaltung von Zukunft bewusst und hat dies auch mit dem Digitalisierungskabinett zur Chefsache gemacht.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Dabei gilt es, die technischen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Schulen in unserem Land eine zeitgemäße technische Infrastruktur erhalten. Rheinland-Pfalz hat sich auf den Weg gemacht und hofft, mit der angestrebten Aufhebung des Kooperationsverbots nun auch die notwendige finanzielle Unterstützung des Bundes zu erhalten, die seit Langem angekündigt war. Das ist eine offene Baustelle, die man auch ansprechen darf, Frau Beilstein.

(Staatsminister Roger Lewentz: Muss man
sogar!)

Bezüglich der Nutzung neuer Medien im Unterricht darf dies allerdings nicht allein mit dem Fach Informatik in Verbindung gebracht werden. Informatik ist weit mehr als die Nutzung moderner Medien im Schulunterricht. Deshalb halten wir es für wichtig, zwischen dem Fach Informatik auf der einen Seite und der anwendungsbezogenen Nutzung neuer Medien auf der anderen Seite in der Schule zu unterscheiden.

Fast alle Schulen im Land haben es sich zum Ziel gesetzt, ein sogenanntes Medienkonzept zu entwickeln, das die Schüler jahrgangsbezogen mit den Herausforderungen und Chancen neuer Medien vertraut macht. Dabei lernen die Schüler anwendungsbezogene Risiken kennen, aber auch die Möglichkeiten, die ihnen diese Medien bieten. Das Fach Informatik geht dabei weit über die anwendungsbezogene Nutzung digitaler Medien hinaus. Nicht jeder – daher war das Bild absolut richtig –, der ein Auto fährt, muss Kfz-Mechaniker sein. Deshalb halten wir die in Ihrem Antrag formulierte Forderung nach einer großen Ausweitung des Fachs Informatik für völlig überzogen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um eine künftig bessere Versorgung mit Informatiklehrern zu garantieren, habe ich vor etwa einem Jahr im Auftrag meiner Fraktion einen Prüfauftrag an das Bildungsministerium herangetragen. Dabei ging es darum zu überprüfen,

ob die bisher übliche Fachbindung des Studiums der Informatik an die Fächer Mathematik und Physik aufgehoben werden kann, um damit die Zahl der Studierwilligen zu erhöhen. Derzeit arbeitet eine Arbeitsgruppe daran, die notwendigen mathematischen Inhalte in das Studium der Informatik so zu verankern, damit nicht zwingendermaßen ein Mathematikstudium notwendig ist, aber doch die notwendige mathematische Grundbildung gegeben ist. Ich erhoffe mir von der Freigabe der Fächerbindung eine erhöhte Anzahl von Studentinnen und Studenten, die das Fach Informatik in Zukunft mit einem beliebigen Zweifach studieren können.

Was die Weiterentwicklung des Schulbuchkatalogs angeht, was Sie auch in Ihrem Antrag ausführen, hinsichtlich lehrplankonformer digitaler Bildungsmedien, weiß ich, dass es auch hier seit Jahren Gespräche zwischen dem Bildungsministerium und den Schulbuchverlagen gibt.

Meine Damen und Herren, der im vorliegenden Antrag der CDU angesprochene technische Support für die Schulen ist allerdings ein Thema, welches die Schulen und die Schulträger in gleichem Maße befasst. Hier hängt es sehr stark von der Finanzkraft und dem politischen Willen der jeweiligen Kommune, der Schulträger, ab, ob eine solche Unterstützung vor Ort geleistet wird oder nicht. Fakt ist, dass die Lehrkräfte mit einer technischen Wartung von IT in der Schule nicht alleingelassen werden dürfen. Hier sind alle aufgefordert – der Bund, das Land, die Kommunen –, gemeinsam Lösungen zu finden;

(Glocke des Präsidenten)

denn so, wie es im Moment an den Schulen läuft, kann es nicht weitergehen.

Meine Damen und Herren, abschließend gilt immer noch: Der Mehrwert von Unterricht hängt vom Lehrer und nicht allein von den Medien ab. Auf den Lehrer kommt es an. Die notwendige Hardware kann nur die technische Grundlage dafür sein.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich Herrn Abgeordneten Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Jahr jährt sich der Todestag des größten Sohns meiner Heimatstadt, Johannes Gutenberg, zum 550. Mal. Johannes Gutenberg hat mit seiner bahnbrechenden Erfindung der Druckkunst mit beweglichen Lettern unsere Informations- und Mediengesellschaft erst begründet.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ohne Lettern
kein Lektor!)

Zuvor wurden Bücher von Mönchen in Schreibstuben geschrieben oder abgeschrieben und vervielfältigt. Dank sei-

ner bahnbrechenden Erfindung ist es erst möglich geworden, Wissen und Informationen in breite gesellschaftliche Kreise zu transferieren. Die heutige breite Bildung der Masse der Bevölkerung wäre ohne die Erfindung Johannes Gutenbergs überhaupt nicht denkbar.

Heute befinden wir uns in einem neuen revolutionären Zeitalter. Man spricht von der digitalen Revolution, die in dem Jahr 2002, also dem Jahr, in dem die Menschheit in der Lage ist, mehr Informationen digital als analog zu speichern, begonnen hat. Heute sind bereits 98 % des weltweiten Informationsaustauschs digital.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass es ganz, ganz wesentlich und ganz, ganz wichtig ist, dass wir diese Revolution, so wie es Johannes Gutenberg damals getan hat, in allererster Linie als Chance begreifen, Bildung und Wissen noch weiter und noch breiter in die Gesellschaft zu vermitteln.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Natürlich ist auch die Anwendungskompetenz eine wichtige Kompetenz, Frau Beilstein. Es ist wirklich schön, wenn Sie in das Weltmuseum der Druckkunst gehen, was viele Schülergruppen machen, um zu erleben, wie die Druckkunst funktioniert und wie Bücher gedruckt werden. Ist es aber nicht wesentlich, wesentlich wichtiger für den Erfolg des Mediums gewesen, dass die Menschen lernen, wie sie mit diesen Büchern umzugehen und einzusortieren haben, was darin steht?

Es mag damals vielleicht auch die Befürchtung gegeben haben, wenn die Menschen gedruckte Bücher vor sich haben, werden weniger Menschen das Schreiben erlernen. Das absolute Gegenteil ist aber doch der Fall gewesen. So verhält es sich jetzt auch mit den digitalen Medien. Man muss nicht jeden 0-1-Code kennen, um Medienkompetenz zu erlangen. Deswegen ist es wesentlich wichtiger, so wie die Landesregierung das sehr erfolgreich macht, den Bereich der Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe in unseren Schulen anzubieten. Wenn wir da in den vergangenen zehn Jahren über 20 Millionen Euro investiert haben und bundesweit vorne sind, dann kann ich Ihren Antrag sozusagen nur als Unterstützung werten, in diesem Bereich in unseren Schulen, was digitale Medienkompetenz angeht, weiter voranzuschreiten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Was mir aber sehr, sehr wichtig ist, ist das Thema Ausbau der digitalen Plattformen und digitalen Inhalte. Wir stehen mit dem Projekt „Schulcampus“ sozusagen in den Startlöchern, dass auch Inhalte wesentlich stärker als heute digitalbasiert und medienbasiert genutzt werden.

Das bedeutet nicht, am Ende das Buch zu verdrängen, aber ich sage zum einen, es entspricht der Lebenswirklichkeit der jungen Leute, die heute alle in den sozialen Medien im Internet unterwegs sind, und – ich sage das auch als Vater von zwei Grundschulkindern – es entlastet die Rücken unserer Kinder. Wenn nicht mehr jedes Buch jedes Mal mitgenommen werden muss, dann ist das auch

eine Gesundheitsfrage und eine Chance, das Wissen digital an unseren Schulen zu haben. Da ist das Projekt „Schulcampus“, das die Landesregierung angeht, der absolut richtige und vorbildliche Weg.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei SPD und FDP)

Dazu braucht es aber auch die entsprechende Ausstattung. Deswegen ist es dringend geboten, den Breitbandschluss unserer Schulen weiter voranzutreiben. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. WLAN an allen Schulen muss unser Ziel sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir warten immer noch auf die von Frau Wanka versprochenen 5 Milliarden Euro, die wir dringend brauchen, um hier in unsere Infrastruktur zu investieren. Aber letztlich ist es auch so, die beste Ausstattung nutzt nichts, wenn ich vor Ort niemanden habe, der sich im Zweifelsfall damit auskennt. Deswegen müssen wir auch die Anstrengungen unternehmen, dass wir gemeinsam mit den Schulträgern, die dafür die Zuständigkeit haben, dafür sorgen, dass auch entsprechende IT-Fachkräfte bereitstehen und es nicht wie viel zu oft bisher der Lehrer, der sich am besten auskennt, noch nebenher macht,

(Glocke des Präsidenten)

dass wir da auch noch Konzeptionen entwickeln, damit die entsprechende Ausstattung auch genutzt wird. So kann die digitale Revolution an unseren Schulen weiter vorangehen. Wir sollten den Nutzen und die Chancen für die Zukunft für unsere Kinder sehen. Ich glaube, Johannes Gutenberg würde das gut finden.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist
doch der aus „Mainz bleibt Mainz“!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Für die Landesregierung spricht nun Frau Staatsministerin Dr. Hubig.

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich ganz herzlich für den Antrag der CDU, weil er zum einen ein wichtiges Thema aufgreift und zum anderen uns bzw. mir die Gelegenheit bietet aufzuzeigen, dass und wie wir in Rheinland-Pfalz bereits seit Jahren und mit großem Erfolg digitale Bildung verwirklichen; denn das, was Sie fordern, tun wir schon längst. Darüber hinaus tun wir übrigens noch sehr viel mehr. Dazu gehört auch, sehr geehrte Frau Beilstein, dass wir natürlich eine Gesamtstrategie des Landes haben. Ich bin gern bereit, dazu noch einmal im Bildungsausschuss zu berichten.

Diese Gesamtstrategie umfasst natürlich nicht nur die informativische Grundbildung, sondern sie umfasst auch die Fragen der Medienkompetenz, und sie umfasst noch vie-

les mehr, nämlich die Frage der Infrastruktur, wie Schulen ausgestattet sein müssen, wie Breitband, WLAN usw. in den Schulen vorhanden sein muss, die Frage der Fort-, Weiter- und Ausbildung der Lehrkräfte und natürlich auch die Frage der Lehrpläne, der Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler, die sie erwerben müssen.

Diese Gesamtstrategie des Landes Rheinland-Pfalz – des Bildungsministeriums – orientiert sich an der Digitalstrategie der Kultusministerkonferenz, die im Dezember 2016 beschlossen worden ist. An dieser hat Rheinland-Pfalz aufgrund des vorhandenen Know-hows sehr intensiv mitgearbeitet.

Im Einzelnen geht es um Folgendes: Es geht darum, dass wir die Kompetenzvermittlung der Lehrkräfte zentral in den Mittelpunkt gestellt haben. Wir konzentrieren uns aber nicht nur auf die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer im Studium und in der Ausbildung, sondern wir haben auch und vor allem die über 40.000 Lehrkräfte im Blick, die in den Schulen arbeiten. Das ist ohne Zweifel eine Herausforderung, der wir uns mit einer Kombination von Online- und Offlineformaten in der Fort- und Weiterbildung stellen. Und auch in der Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern werden wir diesen Kompetenzerwerb verstärken.

Was den Fachkräftebedarf anbelangt, habe ich über die MINT-Initiative heute Vormittag schon berichtet, wie wir hier auch mehr Fachkräfte im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich gewinnen wollen. Wir wollen natürlich speziell auch nach Informatikfachkräften weiter suchen. Frau Abgeordnete Lerch hat schon darüber berichtet, dass wir die Fächerbindung von Informatik an Mathematik oder Physik bei Lehramtsstudierenden aufheben werden. Auch dort werden wir mehr Studierende gewinnen.

Darüber hinaus ermöglichen wir künftig den Schulen verschiedener Schularten eine Informatikprofilsetzung mit Unterricht in Informatik ab der Klasse 5.

Herr Abgeordneter Frisch, fachfremd heißt nicht, nicht ausreichend qualifiziert. Das müssten Sie auch wissen; denn, wenn fachfremd unterrichtet wird, wird von mathematisch-technischen Lehrkräften unterrichtet. Fragen Sie einmal die Kollegen aus Kaiserslautern – Informatiklehrkräfte –, mit denen wir in sehr engem Kontakt sind und die uns sagen, natürlich kann informatorische Grundbildung auch von fachfremden Lehrkräften sehr gut und ganz hervorragend vermittelt werden. Das passiert auch so.

Um die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zur Bildung in der digitalen Welt in allen Unterrichtsfächern fachspezifisch zu vermitteln, haben wir bereits im letzten Jahr mit der Überarbeitung der Lehr- und Rahmenpläne begonnen. Wir sind also schon weiter als das, was die Digitalstrategie der KMK uns vorgegeben hat. Wir werden diese als digitale Lehrpläne online zur Verfügung stellen.

Der Schulcampus Rheinland-Pfalz wurde schon erwähnt. Hier werden wir die bereits bestehenden landesweiten kostenfreien Lern-, Austausch- und Kommunikationsplattformen weiterentwickeln und zu einem Webportal verbinden mit der Folge, dass es nicht mehr fünf oder sechs

verschiedene Passwörter gibt, sondern nur noch einen Zugang auf einer Plattform. Das Entscheidende gegenüber der Bildungscloud des Bundes ist, dass dann auch digitale Arbeitsmaterialien inhaltlich zur Verfügung stehen, die einfach und vor allen Dingen auch qualitätsgeprüft und urheberrechtlich einwandfrei sind.

Neben dem Aufbau des Schulcampus schaffen wir im Moment die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zur Einführung digitaler Lehr- und Lernmittel, also des digitalen Schulbuchs. Auch da werden wir mit den Schulbuchverlagen weiter in Kontakt bleiben. Das ist nicht ganz einfach, weil die Schulbuchverlage natürlich auch kommerzielle Interessen haben und wir sicherstellen müssen, dass der Datenschutz für die Schülerinnen und Schüler ausreichend gewährleistet ist.

Schließlich unterstützen wir natürlich auch die Digitalisierung vor Ort. Wir beraten Kollegien. Wir – damit meine ich auch das Pädagogische Landesinstitut und natürlich die ADD – koordinieren pädagogisch. Im Rahmen von „Medienkompetenz macht Schule“ unterstützen wir bei der Anschaffung von Hardware, beim Ausbau von Schulnetzwerken und bei der Konzeptentwicklung.

Natürlich ist der Ausbau der Breitbandinfrastruktur unverzichtbar. Das Land Rheinland-Pfalz koordiniert in Zusammenarbeit mit den Schulträgern und dem Bund diesen Prozess und finanziert den notwendigen Landesanteil. Das Innenministerium stellt dazu nächstes Jahr noch einmal speziell für die Schulen einen hohen Millionenbetrag zur Verfügung.

Was die Wartung und den Support anbelangt: Die Bundesländer-Vereinbarung, die wir im Moment im Bund zur Umsetzung der 5 Milliarden Euro – wenn sie denn hoffentlich kommen, im Koalitionsvertrag sind sie vorgesehen – fast ausgehandelt haben, sieht auf Bitte von Rheinland-Pfalz und auf Hinwirken von Rheinland-Pfalz vor, dass es auch Regelungen zum Support und zur Wartung der IT gibt. Das ist eine Aufgabe, die uns tatsächlich alle betrifft. Ich will jetzt überhaupt nicht die Verantwortung in die eine oder in die andere Richtung schieben. Wir wissen alle, dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen. Das tun wir auch. Wir haben da schon viel erreicht, aber noch nicht genug.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Aufgrund der längeren Redezeit der Landesregierung steht jeder Fraktion noch zusätzlich eine Minute Redezeit zu. Gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Beilstein von der Fraktion der CDU. Sie haben dann noch zwei Minuten Redezeit.

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beiträge hier heute haben mir gezeigt, dass wir mit unserem Antrag richtig liegen,

(Beifall bei der CDU)

und zwar deshalb, weil hier in Teilen immer noch nicht der Unterschied zwischen einer reinen Medienkompetenz und einer Gestaltungskompetenz verstanden wurde.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Richtig!)

Wir begrüßen, dass vieles im Bereich der Medienkompetenz getan wird. Das macht aber nicht fit für die Gestaltung, für die mündige Anwendung.

(Abg. Astrid Schmidt, SPD: Das ist darin
enthalten, ich sage es noch einmal!)

Deswegen bleibt es dabei, ein verbindlicher Informatikunterricht muss geschaffen werden, damit hier alle Schülerinnen und Schüler gleiche Voraussetzungen haben.

(Beifall bei der CDU)

Hier sind einige Beispiele genannt worden, zum Beispiel das Auto, dessen Verbrennungsmotor man nicht kennen müsse. Es gibt aber andere Dinge, die man kennen muss. Man kann sich in ein Auto hineinsetzen, aber wenn man es beherrschen will, wenn man richtig fahren will, muss man zum Beispiel Kenntnis von anderen Dingen haben. Wie berechnet sich ein Bremsweg? Das sind Grundvoraussetzungen und Hintergründe, die man kennen muss. Wenn ich einen Taschenrechner in der Hand habe, weiß ich zwar, welche Tasten ich drücken muss, aber man muss grundlegende Kenntnisse über die Rechenarten haben. Genauso verhält es sich mit der Anwendung in der digitalen Welt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Abschließend möchte ich zwei Punkte aufgreifen. Zum einen ist eben die Rede von den IT-Fachkräften gewesen. Frau Lerch, Sie haben gesagt, es ist derzeit noch abhängig von den kommunalen Gegebenheiten, von den finanziellen Leistungsfähigkeiten der einzelnen Kommunen. Das darf eben nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich ganz klar, es kann nicht sein, dass die Schulen zwar Tablets, Rechner und alles Mögliche haben, aber die Lehrer vor den Klassen stehen und mit dem Unterricht nicht anfangen können, weil es nicht funktioniert.

(Glocke des Präsidenten)

Das heißt, wir brauchen diese Fachkräfte. Deswegen muss eine Kommunikation zwischen Land und Schulträgern neu stattfinden, weil es nichts mehr mit einer rein technischen Ausrüstung zu tun hat. Es ist Mittel der Bildung. Deswegen kann es da auch nicht weitergehen wie bisher.

Abschließender Punkt: Frau Ministerin, Sie haben gesagt, Sie werden im Bildungsausschuss gern noch einmal berichten. Ich würde mich freuen, wenn Sie dem aus meiner ersten Rede nachkommen und einen Plan vorlegen mit Zahlen, wie Ihre Strategie aussieht, was wir benötigen, wie die einzelnen Zwischenschritte sind.

(Beifall der CDU –

Abg. Astrid Schmidt, SPD: Stellen Sie doch
einen Antrag!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Frisch. Herr Frisch, Sie haben noch eine Minute Redezeit.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Frau Ministerin, was den fachfremden Unterricht betrifft, muss ich bei allem Respekt sagen, hier trifft eine ministerielle Sicht, was mich betrifft, auf die Erfahrung des Praktikers. Es ist leider eben nicht so, dass die Lehrer nur im Bereich der informatischen Grundbildung fachfremd eingesetzt werden, sondern weit darüber hinaus. Da brauchen Sie schon ein solides Studium. Ansonsten könnten wir alle möglichen Leute, die sich ein bisschen mit Word und Excel auskennen, in die Schulen schicken und dort Informatik unterrichten lassen.

(Beifall der AfD)

Was die Finanzierung der IT-Fachkräfte betrifft, heißt es im Ampelantrag – ich zitiere –, die Landesregierung solle bei den Schulträgern dafür werben, den Schulen IT-Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. –

Meine Damen und Herren, genauso gut können Sie einen Nackten auffordern, Ihnen Kleidung zur Verfügung zu stellen. Das ist völlig absurd angesichts der Haushaltslage vieler Kommunen. Frau Ministerin, ich freue mich, dass Sie gesagt haben, dass Sie das als dringendes Thema erkannt haben und dass Sie sich gemeinsam mit allen darum kümmern wollen. Nur, ich möchte deutlich darauf hinweisen – auch als Kommunalpolitiker –, es kann nicht sein, dass es letzten Endes wieder bei den Kommunen hängen bleibt.

(Glocke des Präsidenten)

Da ist das Land in der Pflicht, gern auch mit der Unterstützung des Bundes.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich Frau Abgeordneter Lerch von der Fraktion der FDP das Wort. Auch Sie haben noch eine Minute Redezeit.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen, keiner hat hier gesagt, dass es allein die Aufgabe der Kommunen sei, für die IT-Betreuung an Schulen verantwortlich zu sein, sondern jeder hat das unterstrichen. Die Ministerin hat das unterstrichen, ich habe es noch einmal gesagt, andere haben es gesagt. Es muss eine Gemeinschaftsaufgabe von Kommunen, Land und Bund sein. Man muss Wege finden, hier Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen, damit in Zukunft dieses von allen festgestellte Problem einer

Lösung zugeführt wird.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Richtig!)

Und noch einmal, Frau Beilstein. Wenn Sie Informatik ab Klasse 7 fordern, was ich für falsch halte, dann müssen Sie auch sagen, welche Fächer wegfallen sollen, welche Stundenanteile wegfallen sollen.

(Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann werden Sie eine Diskussion bekommen, die sehr unerquicklich ist.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun hat Herr Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch für eine Minute das Wort.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das aufgreifend, was die Kollegin Lerch eben zu Recht gesagt hat, Frau Beilstein, wir sind uns in anderen Diskussionen immer wieder einig, dass wir auch das Thema Politische Bildung in den Schulen stärken wollen und dass wir eigentlich auch glauben, dass der Sozialkundeunterricht vielleicht früher ansetzen soll. Dann kommt immer wieder die Frage, wo wir das wegnehmen. Wenn Sie jetzt noch weiterhin fordern, auch den Informatikunterricht sozusagen als Anwendungsfach weiter auszubauen, müssen Sie diese Frage natürlich auch entsprechend beantworten, wenn Sie das seriös diskutieren wollen.

Nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich habe vorhin versucht zu erklären, warum man sozusagen nicht immer ein Buch drucken können muss, um mit Büchern umzugehen, und deswegen das Thema Medienkompetenz das Entscheidende ist im Gegensatz zur Anwendungskompetenz.

Jetzt haben Sie gesagt, man muss den Bremsweg kennen, wenn man ein Auto fahren will. Nein, das ist nicht ganz korrekt, weil man den Anhalteweg kennen muss. Der Anhalteweg berechnet sich nämlich aus Bremsweg und Reaktionszeit.

Ich hatte Matheleistungskurs gehabt. Wissen Sie, ich habe den Matheleistungskurs gehabt,

(Glocke des Präsidenten)

habe es aber für den Führerschein trotzdem nicht gebraucht. Wissen Sie, was der Fahrlehrer gesagt hat? Einfach halber Tacho. Das stimmt immer!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist Ausschussüberweisung des Antrags beantragt. Besteht darüber Einvernehmen?

(Abg. Martin Haller, SPD: Nein!)

– Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir müssen dann formell abstimmen. Wer der beantragten Ausschussüberweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um des Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Danke schön. Für Stimmenthaltungen ist kein Raum. Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Antrag der CDU – Drucksache 17/5438 – in der Sache ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der AfD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Alternativantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/5491 –. Wer dem Alternativantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Danke schön. Für Enthaltungen ist kein Raum. Damit ist der Alternativantrag der Fraktionen der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD angenommen.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich als Gäste auf unserer Zuschauertribüne Mitglieder der AfD sowie Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 4 – Neuwied – begrüßen.

(Beifall im Hause)

Außerdem begrüße ich junge Leute des Jugendrats Koblenz.

(Beifall im Hause)

Weiter begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Karolinen-Gymnasiums Frankenthal, 10. Jahrgangsstufe, Klasse 10 a. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Ich rufe **Punkt 22** der Tagesordnung auf:

Starke Familien – Für eine lebensnahe Familienpolitik in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/5439 –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Zur Begründung des Antrags darf ich nun der

Abgeordneten Simone Huth-Haage für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

Abg. Simone Huth-Haage, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Eltern in Rheinland-Pfalz leisten Großartiges.

(Beifall bei der CDU)

Sie unterstützen ihre Kinder, sie ermutigen, sie trösten und setzen alles daran, dass ihre Kinder ein eigenständiges Leben führen können. Dafür haben sie unseren Dank und unsere Anerkennung verdient.

Die CDU-Fraktion geht einen entscheidenden Schritt weiter. Wir möchten, dass Eltern mehr lebensnahe Unterstützung erfahren. In den vergangenen Jahren wurde familienpolitisch vor allem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorangetrieben. Es wurde der Ausbau der Kindertagesbetreuung ins Auge gefasst – ohne Frage ein wichtiges Thema –, aber hierbei darf Familienpolitik nicht stehen bleiben. Ziel muss es sein, Familien nicht nur als potenzielle Arbeitnehmer ins Auge zu fassen, sondern Familie auch als Wert an sich zu begreifen.

(Beifall der CDU und der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb sollten wir unsere Strukturen an Familien ausrichten und nicht vom umgekehrten Weg ausgehen. Eine gute Familienpolitik geht deshalb von den Alltagssorgen und den tagtäglichen Herausforderungen von Familien aus.

Meine Damen und Herren, ich habe mich sehr gefreut, als vorhin Kolleginnen und Kollegen signalisiert haben, dass wir über diesen Antrag im Ausschuss weiter diskutieren werden. Das finde ich bemerkenswert. Wir freuen uns auch auf diese Aussprache. Deshalb möchte ich mich hier in aller Kürze auf drei Punkte, die uns noch einmal wichtig sind, beschränken.

Wir möchten, dass alles getan wird, damit wir Ehen stärken, wir Familien stärken, wir Partner- und Eheberatungen ausbauen; denn wir sehen darin einen Baustein, Familien auch präventiv zu stabilisieren.

(Beifall der CDU)

Ein zweiter Punkt, der uns wichtig ist: Wir wissen, in Familien ist immer etwas los, im Beruf, in der Schule, bei den Hobbys. Es gibt Arztbesuche, Familienfeste usw. Diese Reihe ließe sich beliebig weiter fortführen. Diese unterschiedlichen Interessen zu koordinieren, ist manchmal nicht einfach. Es ist wichtig, dass die Angebote für Familien gebündelt werden. Eltern, die den Ansprüchen der Erwerbswelt, der Familie und ihrer Umgebung gerecht werden müssen, sind oft in einer schwierigen Situation. Wir möchten nicht, dass sie erst Caritas, Diakonie, Jugendamt und das örtliche Rathaus abklappern müssen, um zu erfahren, welche Möglichkeiten der Unterstützung es letztendlich gibt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb schlagen wir eine Bündelung aller Angebote vor, und zwar eine Bündelung der Angebote von Bund, Land und Kommunen und der freien Träger in einem übersichtlichen Angebot, in einem Online-Familienatlas. Wir können uns auch vorstellen, dass man das auch als eine Art App auf das Handy laden kann. Das wäre ein Quantensprung und würde Familien wirklich ganz praxisnah helfen.

(Beifall der CDU)

Die Inanspruchnahme von familienpolitischen Angeboten sollte nicht von der Findigkeit und von der Cleverness abhängen. Es ist eine Frage der sozialen Fairness.

(Beifall bei der CDU)

Wir möchten niedrigschwellige Angebote. Das erspart Zeit und bringt viele gute Angebote wirklich nah an die Familien.

Zu guter Letzt – das ist mein dritter Punkt, den ich hier noch einmal betonen möchte – möchten wir Initiativen unterstützen und nicht allein auf staatliche institutionelle Angebote setzen. Es gibt eine ganz große Vielzahl von tollen Angeboten im Land – Krabbelgruppen, Initiativen, Eltern-Kind-Gruppen –, die sich auch vernetzen, einen Austausch und frühkindliche Bildung ermöglichen.

Diesen Punkt bestätigt auch das Netzwerk evangelischer und katholischer Eltern-Kind-Gruppen in Deutschland, zu der übrigens auch die Evangelische Kirche der Pfalz gehört. In ihrer jüngsten Veröffentlichung hat man unseren Ansatz voll bestätigt, dass man viel stärker einen Fokus auf einen familienpolitischen Ansatz legen sollte. Genau das möchten wir tun.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Gruppen und Initiativen stehen unter einem großen Druck. Deshalb brauchen wir auch eine stärkere finanzielle Förderung und eine niedrigschwellige Förderung dieser Angebote. Immer mehr Familien – das ist sicherlich eine Folge der wachsenden Mobilität in unserer Gesellschaft – haben vor Ort keine Struktur mehr, keine Großeltern mehr, keine familiären Bindungen mit Personen, die auch einmal kurzfristig einspringen können. Deshalb muss man hier Raum für solche Angebote schaffen.

Das Familienleben ist vielseitig und vielfältig, es ist spannend, leider oft aber auch kräftezehrend. Deshalb tun wir gut daran, Familien in Rheinland-Pfalz zu unterstützen.

Wir freuen uns auf die Beratungen im Ausschuss.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Sehr gut!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Simon von der SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Anke Simon, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Huth-Haage hat es schon erwähnt, wir haben uns verabredet, das Ganze im Ausschuss etwas differenzierter zu diskutieren.

Wenn man den Eingangstext des Antrags liest, so können wir in den meisten Teilen das unterschreiben, was Sie geschrieben haben. Auf jeden Fall die ersten zwei Absätze, den vierten Absatz auch. Beim dritten Absatz müssen wir noch einmal ausführlicher darüber reden, was schnell abrufbare Angebote sind, ob sich das auf das Angebot bezieht oder auf die schnelle Information, und wie wir das Ganze organisiert bekommen.

Ich gebe Ihnen recht, dass es für Familien eine Erleichterung ist, wenn sie unkompliziert an Informationen kommen. Wir sollten uns aber darüber unterhalten, wie wir das gestalten wollen, wer das bezahlt und für die Aktualität der Daten verantwortlich ist. Auf jeden Fall sind in dem Punkt die Kommunen mit an Bord.

Das heißt, wenn wir uns vom Land hinstellen und sagen, wir machen eine tolle Plattform, dann geht das nicht ohne die Kommunen. Vor allen Dingen sollten wir uns auch noch einmal über den Begriff unterhalten. Sie hatten im Antrag den Begriff „Familienatlas“ vorgeschlagen. Ich habe einmal recherchiert. Der Begriff ist bereits durch das Institut Prognos belegt. Sie haben einen richtigen Atlas für Rheinland-Pfalz und auch für andere Bundesländer mit einem ganz anderen Inhalt.

Auch der Begriff „Familienwegweiser“, der sich anbieten könnte, ist schon durch das Bundesministerium belegt. Es gibt in diesem Bereich schon viele Angebote. So gibt es zum Beispiel beim Familienministerium eine Datenbank über die Familieninstitutionen. Es gibt beispielsweise auf der Seite des Innenministeriums den Bürger- und Unternehmensservice (BUS) – die Kollegen aus dem Innenausschuss kennen das vielleicht noch –, in dem alle öffentlichen Ämter mit ihren Leistungen und Formularen in Rheinland-Pfalz aufgeführt sind. Das heißt, ich kann im Internet – das kann ich auch, wenn ich ein Smartphone habe, mit Apps – über die bekannten Suchmaschinen recherchieren. Dann finde ich schon einiges.

Ich muss dazu sagen, als ich kleine Kinder hatte und Angebote gesucht habe, habe ich zuerst einmal bei der Kommune gesucht. Ich wäre im ersten Moment nicht auf die Idee gekommen, auf einer Landesseite zu schauen, sondern die Kommune ist für mich die Lebenswirklichkeit. Man kann dort schauen, was sie haben.

Es gibt dort auch Best-Practice-Beispiele verschiedener Kommunen. Ich habe mir Internetseiten beispielsweise von Trier-Saarburg, Worms, Mainz und Ludwigshafen angeschaut. Sie haben genau diese Familienangebote, auf denen sie vom Kitaplatz über Ferienangebote alles für ihre Kommune darbringen und wohin man auf einem kurzen Weg kommt.

Interessant sind auch Ihre nächsten Punkte. Ich denke, dass wir bei der Kindertagespflege schon sehr viel gemacht haben.

Das Thema Babysitter – das weiß ich nicht – würde ich jetzt noch eher bei der Kommune sehen. Wir haben in Ludwigshafen beispielsweise kommunale Bildungslandschaften, bei denen auch quartiersbezogen solche Sachen zusammengefasst sind, Netzwerke gebildet wurden und Babysitterkurse auch durch den Kinderschutzbund angeboten werden. In dem Bereich machen wir schon sehr viel.

Ansonsten denke ich, wir können im Ausschuss noch einmal ausführlich darüber reden.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Frisch von der Fraktion der AfD das Wort.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Eintreten für die Familie – früher einmal Markenkern christdemokratischer Politik – ist in der Merkel-CDU zu einem Randthema verkommen, das man gelegentlich pflichtbewusst bespielt,

(Beifall der AfD)

um die eigene Wählerklientel nicht allzu sehr zu verprellen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Oh je! Und das um 12:15 Uhr!)

Auch der hier vorliegende Antrag ist ein Beweis für diese These. Anstatt wirkliche Verbesserungen für die Familien einzufordern, verliert man sich im Kleinklein: Erstellung eines Familienatlas, mehr Förderung für Elterninitiativen und Krabbelgruppen vor Ort, kurzfristige Betreuungsmöglichkeiten in den Kommunen, Stärkung der Paar- und Eheberatung – gut gemeinte und sicherlich auch hilfreiche Vorschläge, denen man natürlich zustimmen kann.

Dazu in der Antragsbegründung schöne und richtige Sätze über die Bedeutung der Familien, ihren unschätzbaren Wert für die Gesellschaft und Lob für die Arbeit der Eltern, die weit überwiegend ihr Bestes tun, damit es ihren Kindern gut geht.

Doch das alles bleibt politische Lyrik, bleibt mut- und vor allem konzeptlose Alibipolitik, solange man nicht bereit ist, an den wirklichen Problemen unserer Familien nachhaltig etwas zu ändern.

Das zeigt schon ein kurzer Rückblick auf das Landtagswahlprogramm 2016 der CDU Rheinland-Pfalz, etwas voreilig Regierungsprogramm genannt. Dort stand folgender Satz – ich zitiere –: Es wird in der Nachfolge des Betreuungsgeldes ein Landesfamiliengeld eingeführt. So können wir jungen Familien wieder Wahlfreiheit zurückgeben. –

Von dieser Forderung hat sich die Union nach der Wahl in aller Stille verabschiedet. Den schließlich von uns ein-

gebrachten Antrag auf ein Landeserziehungsgeld hat sie abgelehnt.

Auch dem AfD-Vorschlag nach einer Absenkung der Grunderwerbsteuer für Familien mit Kindern und gerade erst gestern unserer Initiative für eine Deckelung der familiären Eigenbeteiligung bei den Kosten der Schülerbeförderung in der Oberstufe hat sie sich verweigert.

Zugleich drücken immer schwerere Lasten auf die Familien, vor allem explodierende Wohn- und Mietkosten, für die die Union seit 2005 mit ihrer verfehlten Politik, wie etwa der Mehrwertsteuererhöhung, der Abschaffung der Eigenheimzulage und einer sozial ungerechten Energiewende verantwortlich ist.

(Beifall der AfD)

Echte Verbesserungen und Reformen bleiben Fehlanzeige. Auf Bundesebene hat die Union zwar die Mütterrente eingeführt, dabei aber mit den Frauen, die vor 1992 nur ein oder zwei Kinder bekommen haben, den größten Teil der Mütter ausgeschlossen. Die vom Bundesverfassungsgericht mehrfach angemahnte familiengerechte Rentenreform, die die Erziehungsleistung von Eltern endlich angemessen berücksichtigen würde, hat sie als Kanzlerinnenpartei nicht umgesetzt. Sie findet sich auch in den Vereinbarungen einer möglichen zukünftigen Regierungskoalition nicht wieder.

(Abg. Christian Baldauf, CDU:
Grundfreibeträge!)

Stattdessen will man jetzt mit Milliardenaufwand einen Rechtsanspruch auf die Ganztagsgrundschule auf den Weg bringen, was zu einer noch stärkeren Verstaatlichung der Erziehung und einer weiteren Schwächung der Familien führen wird.

Meine Damen und Herren, dies alles zeigt sehr klar: Wo es um spürbare, nachhaltige Entlastungen für Eltern mit Kindern und um die effektive Stärkung von Familien geht, kneift die CDU. Großen Worten und Wahlkampfversprechungen folgen keine Taten. Ja, man schließt sich nicht einmal vernünftigen Vorschlägen anderer an. Wir brauchen eine familienfreundliche Steuerreform mit einem realistischen Steuerfreibetrag für Kinder und eine Rentenreform, die die Erziehungsleistungen von Eltern endlich angemessen würdigt.

Wir brauchen eine gleichberechtigte finanzielle Anerkennung häuslicher Erziehungsarbeit statt einer völlig einseitigen staatlichen Förderung außerfamiliärer Betreuung. Kurzum, wir brauchen endlich Gerechtigkeit und Wahlfreiheit für unsere Familien.

(Beifall der AfD)

Für dieses Ziel setzt sich allein die AfD ein.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das was
jetzt der entlarvende Satz!)

Wir stehen für eine wirklich familienfreundliche Politik, für eine Politik, die Familien nicht primär als Zulieferer für die Wirtschaft oder als Reproduktionsort sieht,

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

sondern die die Interessen von Eltern und Kindern konsequent an die erste Stelle setzt.

Meine Damen und Herren von der Union, kommen Sie mir nicht wieder mit dem Argument, die Zeiten hätten sich geändert.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ja, es ist richtig: tempora mutantur, aber sie ändern sich nicht von selbst.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Nein!)

Die Politik hat hier sehr wohl eine Verantwortung. Durch die von ihr gesetzten Rahmenbedingungen steuert sie gesellschaftliche Entwicklungen in erheblichem Maße. Die von Helmut Kohl angekündigte geistig-moralische Wende hat die Union nicht nur nicht umgesetzt, nein, sie hat sich unter Angela Merkel gesellschafts- und auch familienpolitisch dem von den Achtundsechzigern geprägten Zeitgeist immer weiter angepasst.

(Beifall der AfD)

Während wir als AfD hier einen Paradigmenwechsel anstreben, setzt die CDU die Fehler der Vergangenheit fort, verharrt im Mainstream und beschränkt sich – man sieht es an diesem Antrag – auf kosmetische Korrekturen. Sie kuriert an Symptomen, anstatt an die Wurzel der Probleme zu gehen. Sie verteilt wieder einmal Trostpflästerchen, anstatt zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln.

Dennoch sind wir gern bereit, über die einzelnen, durchaus sinnvollen Vorschläge dieses Antrags im Ausschuss weiter zu diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

Mir liegen zwei Meldungen für Kurzinterventionen auf die Ausführungen des Vorredners vor, und zwar zunächst von Frau Huth-Haage. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abg. Simone Huth-Haage, CDU:

Herr Präsident, herzlichen Dank. Ich hatte vorhin wohl etwas voreilig gesagt, dass wir uns hier etwas kürzer fassen können, weil wir darüber noch im Ausschuss sprechen, aber das ist jetzt leider nicht möglich; denn Ihren Ausführungen muss man schon noch ein paar Korrekturen hinzufügen.

Sie sagten, Sie haben die Dinge angesprochen, die wir gefordert haben und hier nicht mit Anträgen belegt haben. Das ist komplett falsch. Punkt 1: Landesfamiliengeld. Das war nicht nur eine Forderung in unserem Wahlprogramm, sondern in dieser Legislaturperiode hatten wir auch einen Antrag zum Landesfamiliengeld.

(Beifall bei der CDU)

Punkt 2: Sie haben die Grunderwerbsteuer angesprochen. Auch da haben wir einen eigenen Antrag gehabt. Wir haben nicht nur einen Antrag gehabt. Wir haben auch auf unseren Antrag hin eine Anhörung im Ausschuss beantragt.

Punkt 3: Gestern konnten wir diesem Antrag nicht zustimmen, weil er inhaltlich und handwerklich falsch war.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Herr Kollege, das ist genau der Unterschied. Wir haben Anträge, die sich wirklich an den Bedürfnissen der Familien ausrichten, die visionär und mutig sind, die aber auch handwerklich richtig gemacht sind. Das ist in vielerlei Hinsicht der Unterschied zu Ihren Anträgen. Da unterscheiden wir uns.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Sie wollen unmittelbar antworten? Es gibt noch eine weitere Kurzintervention, aber bitte schön.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Verehrte Frau Huth-Haage, Sie werden verstehen, dass ich an dieser Stelle nicht nur auf diese kleinen, durchaus vernünftigen Vorschläge eingehe, sondern wenn wir über Familienpolitik reden, dann müssen wir als AfD immer darauf hinweisen, dass hier die Dinge grundsätzlich schief laufen.

(Zuruf von der SPD: Bei der AfD läuft einiges schief!)

Dafür ist die CDU mitverantwortlich, weil sie sich nicht deutlich absetzt von dem, was alle anderen Parteien im Land, aber auch im Bund als eine angeblich moderne, aus unserer Sicht aber sehr kritikwürdige Familienpolitik betreiben.

Was das Landesfamiliengeld betrifft: Dann haben Sie hier nicht das beantragt, was Sie im Wahlkampf versprochen hatten. Sie haben eine zusätzliche Unterstützung für kinderreiche Familien beantragt. Das ist auch sehr respektabel, aber das war weder das, was wir gefordert hatten, noch das, was Frau Klöckner im Wahlkampf vollmundig den Wählern versprochen hat.

(Beifall der AfD)

Versprochen hatten Sie ein Landesfamiliengeld analog zu dem gestrichenen Betreuungsgeld, so wie das die Bayern gemacht haben. Das ist etwas vollkommen anderes.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Ja!)

Unseren Antrag zur Schülerbeförderung haben Sie abgelehnt. Sie haben hier noch einmal die Gründe genannt. Das kann ich akzeptieren, aber warum haben Sie dann

keinen Änderungsantrag gestellt? Wenn es Ihnen ein Anliegen ist, Familien in diesem Bereich zu unterstützen – wir haben dargestellt, wie sehr viele Familien darunter belastet sind –, dann hätten Sie eine Alternative vorschlagen können. Dann hätten Sie sagen können, wir wollen es grundsätzlich auch machen, aber wir wollen es anders machen. Das haben Sie nicht getan. Stattdessen haben Sie unseren Antrag einfach rigoros abgelehnt.

Noch einmal zu den Visionen, von denen Sie hier sprechen. Liebe Frau Huth-Haage, wenn Sie den Familienatlas, der vielleicht durchaus sinnvoll ist, als einen Quantensprung in der Familienpolitik bezeichnen, dann muss ich mich doch wirklich fragen, ob das der richtige Ansatz ist, um den riesigen Problemen, die viele Familien in unserem Land haben, tatsächlich gerecht zu werden. Wir sehen das anders. Deshalb werben wir für einen grundsätzlichen Wandel in der Familienpolitik. Ich denke, dass wir dabei bei vielen Familien auf große Zustimmung treffen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer weiteren Kurzintervention auf Ihre erste Rede, Herr Frisch, erteile ich Frau Abgeordneter Klöckner von der Fraktion der CDU das Wort.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege, Ihr Name ist zwar Frisch, aber Ihre Rede und Ihr Familienbild sind genau das Gegenteil davon.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will eines ganz deutlich sagen. Ich nehme das speziell für uns als Union in Anspruch. Aber so wie ich die anderen Kollegen auch verstanden habe, ist unser Ansatz für Familie durchaus zwischen den Fraktionen zu differenzieren. Wo Sie uns alle aber nicht hinstellen können, ist, uns vorzuwerfen, dass wir Familie nur als Lieferant für die Wirtschaft sehen würden.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, was das übersetzt heißt? Ich will nur einmal darauf eingehen, was das übersetzt heißt. Sie sagen das so locker hier. Sie testen immer wieder Grenzen aus, was Sie hier wirklich ohne Widerspruch machen können. Es zieht mich von dem Platz hoch, wenn ich so etwas höre, weil das so untergeht: Wenn Sie uns unterstellen, wir sehen Familien als Lieferanten für die Wirtschaft, dann sehen Sie Kinder als Ware. Keiner in diesem Saal sieht Kinder oder Familie als Ware.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Das will ich Ihnen ganz deutlich sagen. Achten Sie bitte darauf, welchen Sprachgebrauch Sie hier haben.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum Thema Familienbild. Die Familienbilder heute im Jahr 2018 sind sehr unterschiedliche. Ich selbst komme aus dem ländlichen Raum. Ich bin auf dem Weingut auf dem Land groß geworden: immer mehrere Generationen auf dem Hof, auch heute bei uns drei Generationen auf dem Hof. Das ist ein ganz anderer Ansatz als vielleicht heute in der Stadt, in der die Familie und die Kinder aufgrund der beruflichen Mobilität ganz weit weg von Opa und Oma sind. Die haben durchaus mitunter ein konservatives, bewahrendes Familienbild. Sie aber haben ein Familienbild, das nicht konservativ ist. Das ist reaktionär.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen einen vormodernen Zustand wiederherstellen. Es gibt einen Unterschied zwischen konservativ und reaktionär.

Jetzt bin ich ganz zentral bei der Rolle der Frau. Ich höre mir das gern von Männern an, die einem sagen, was alles für Frauen gut sein soll.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ich weiß, ich habe es dann auch schwer zu reden, weil ich leider selbst keine Kinder habe. Aber das nimmt mir nicht die Fähigkeit ab wahrzunehmen, was bei Freundinnen, bei mir in der Familie und bei meinen eigenen Patenkindern los ist.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Frauen und Männer haben in der heutigen Zeit ganz andere Ansätze für eine Work-Life-Balance, für die Themen Pflege der eigenen Eltern und die Pflege der Kinder, den Anspruch, Zeit mit Kindern zu verbringen, aber auch das, was sie gelernt haben – gerade der Blick auf Frauen – anzuwenden und immer wieder in den Beruf zu kommen. Es geht nicht um die Alternative Vollzeit zu Hause oder Vollzeit in einer anonymen Betreuungseinrichtung. Uns geht es um Wahlfreiheit von Eltern. Deshalb lohnt es sich, Anträge zu lesen und sie sich nicht von einem Referenten wieder pauschal aufschreiben zu lassen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Glocke des Präsidenten)

Ich will noch einen Satz sagen: Familien leben in der Vielfalt und in der Konkretheit. Es gibt Strukturkonservatismus und den reaktionären Ansatz. Letzterer sind Sie. Es gibt aber auch Wertkonservatismus und neue Formen, den Wert weiter zu tragen, dass Familien, Kinder und Generationen füreinander da sind. Wir haben hier zum Beispiel das Thema Tagesmütter.

(Glocke des Präsidenten)

Das hat etwas mit Realität zu tun, dass Eltern nach ihren Bedürfnissen und denen der Kinder auswählen können.

(Beifall bei der CDU)

Insofern passen Sie auf Ihre Sprache auf. Hier verschiebt sich etwas.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Erwiderung erteile ich Herrn Abgeordneten Frisch das Wort.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Verehrte Frau Klöckner, meine Damen und Herren! Das war wieder ein schönes Beispiel für reflexartige Reaktionen, sobald bestimmte Stichworte hier im Raum fallen.

(Unruhe im Hause)

Ja, ich muss es leider so sagen. Wir haben das hier mehrfach in den letzten Tagen erlebt. Sobald bestimmte Themen und bestimmte Meinungen ausgesprochen werden,

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Sie
armer Unschuldiger!)

kommen die Reaktionen, ohne dass man genau hingehört hat, was gesagt worden ist, und ohne, dass man auf das eingeht, was hier an Argumenten vorgetragen worden ist. Ich habe nicht ein einziges Wort über das Thema Rolle der Frau in der Familie und in der Gesellschaft gesagt. Das ist pure Fantasie, was sie jetzt hier hineingestellt haben.

(Beifall bei der AfD)

Es hat nichts mit dem zu tun, was ich hier vorgetragen habe.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:
Ausweichrhetorik!)

Ich wäre Ihnen auch dankbar gewesen, wenn Sie mir erklärt hätten, warum unser Familienbild nicht wertkonservativ, sondern reaktionär ist. Auch da sind Sie jedes Argument schuldig geblieben. Sie werfen das einmal einfach so in den Raum, holen sich den Beifall des Publikums ab und freuen sich darüber, aber es ist völlig inhaltslos, was Sie hier gesagt haben.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Ich werde Ihnen jetzt einmal erklären, warum unser Familienbild nicht reaktionär ist, sondern es ein sehr fortschrittliches Familienbild ist. Ich habe das immer wieder an dieser Stelle dargestellt.

(Beifall der AfD –
Heiterkeit bei SPD, CDU, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Jetzt hören Sie einmal wieder nicht zu. Das ist das alte Problem. Sie sollten dann auch einmal wahrnehmen, was andere sagen. Generell ist aber ein Problem in diesem Hause, dass nicht miteinander debattiert, sondern sehr

viel, sehr schnell auf andere eingeschlagen wird. Ich bedaure das sehr. Das ist einer demokratischen Kultur nicht wirklich förderlich.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Die bringen Sie doch hier rein, die antidemokratische Kultur!)

Wir haben immer wieder betont, dass uns Wahlfreiheit, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit für die Familien wichtig sind. Wenn man sich da einmal anschaut, welche Politik auch die CDU zuletzt gemacht hat, dann ist es schon so, dass wir riesige Beträge in den Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung stecken,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist Wahlfreiheit! –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Das ist Wahlfreiheit!)

aber wir honorieren Familien nicht in gleicher Weise auch dafür, was sie zu Hause an Erziehungsleistung arbeiten. Das ist genau der Punkt. Wir fördern hier ein bestimmtes Verhalten, und damit drängen wir Eltern – ob sie es wollen oder nicht – dazu, dieses Verhalten, was vielleicht von der politischen Mehrheit gewünscht wird, auch zu übernehmen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: 95 %!)

Das ist keine Freiheit und Selbstbestimmung von Familien. Wir stehen dafür, dass Familien selbst entscheiden können und man sie finanziell dazu in die Lage versetzt, wirkliche Wahlfreiheit auszuüben.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Jetzt erklären Sie mir einmal, was an diesem Familienbild reaktionär ist. Es ist hoch fortschrittlich, weil den Familien nichts mehr hilft als Freiheit und Selbstbestimmung.

(Beifall der AfD)

Zum Thema Gerechtigkeit: Wir haben immer wieder dafür plädiert – es steht auch in unserem Parteiprogramm und in unseren Wahlprogrammen –, dass die Erziehungsleistung auch bei der Rente endlich berücksichtigt werden muss; denn auch das ist ein Punkt: Frauen, die über viele Jahre hinweg ihre Kinder in freier Entscheidung betreut haben, sind bei der Rente hinterher in doppelter Hinsicht die Dummen. Sie erwerben keine Rentenansprüche, und sie können in der Zeit, in der sie nicht arbeiten gehen, auch nicht selbst dafür sorgen, dass sie sich etwas für das Alter zurücklegen.

(Glocke des Präsidenten)

Hier könnten Sie eingreifen. Auch das wäre ein modernes Familienbild. Dafür steht die AfD.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Frau Kollegin, eine Kurzintervention auf eine Erwiderung auf eine Kurzintervention geht leider nicht. Sie haben aber noch Redezeit für die nächste Runde. Jetzt hat Herr Abgeordneter Roth von der Fraktion der FDP das Wort.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schutz der Familie ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Den Bedürfnissen von Familien gebührt deswegen besondere Aufmerksamkeit. Diese Bedürfnisse sind vielfältig, genauso wie unsere Gesellschaft, und einem stetigen Wandel unterzogen.

(Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund übernimmt den Vorsitz)

Deshalb ist die Familienpolitik eine absolute Priorität dieser Landesregierung und der Ampelfraktionen – ich denke, auch der Kolleginnen und Kollegen der CDU – und läuft bestimmt nicht schief, wie der Kollege der AfD das soeben suggerieren wollte.

In zurückliegenden Plenarsitzungen hat sich auch die Gelegenheit ergeben, das ausführlich darzustellen. Beispielsweise wurde im Rahmen der Großen Anfrage „Familien in Rheinland-Pfalz“ ein umfassendes Bild über die Situation der Familien und die familienpolitischen Maßnahmen der Landesregierung gegeben. Auch mit der Debatte zum Elterngeld Plus im letzten Plenum wurden weitere Instrumente der Familienpolitik aufgezeigt, mit denen Familien in Rheinland-Pfalz unterstützt werden.

Die Unterstützungsangebote für Familien in Rheinland-Pfalz sind dabei äußerst vielfältig und auch vielschichtig. Die beitragsfreie Kita ab zwei Jahre leistet einen wichtigen Beitrag und wird oft zu Recht herausgestellt – das wird inzwischen auch vermehrt über Ländergrenzen anerkannt –, aber auch weitere Angebote sorgen für starke Familien in unserem Land.

So ist in Rheinland-Pfalz mit den frühen Hilfen, den flächendeckenden Beratungsstellen und der Förderung von Familiensituationen ein umfassendes Angebot an Familienberatung gegeben. Dieses wird vom Land entsprechend bedarfsgerecht gefördert. So wurden jüngst etwa vom Ministerium weitere Mittel zur Förderung der Häuser der Familie eingestellt. Dabei sind die jeweiligen Angebote auf die unterschiedlichsten Lebenslagen angepasst. Dies umfasst auch explizit Beratung zur Ehe oder zur Erziehung, wie sie im Antrag der CDU gefordert wird.

Die Landesregierung beschränkt sich aber nicht nur darauf, bestehende Institutionen zu fördern. Mit Blick auf die veränderten Lebensrealitäten von Familien werden darüber hinaus auch neue Projekte ins Leben gerufen. So wurde im vergangenen Jahr speziell für Alleinerziehende das Projekt der Onlineberatung gestartet. Um Familien mehr Zeit für einander zu ermöglichen, wird außerdem das Projekt „Zeit für Familien“ in Rheinland-Pfalz mit Kooperationspartnern durchgeführt.

Als Stelle zur Vernetzung der familiären Unterstützungsangebote agiert zum Beispiel die Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“. Durch sie werden die Familiensituationen verbunden und auch weiterentwickelt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, die Familien in Rheinland-Pfalz stehen gut da. Ihnen wird ein breites Netz an Hilfs- und Unterstützungsangeboten bereitgestellt. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen treibt die Landesregierung eine lebensnahe Familienpolitik voran.

Wir als Ampelkoalition sind dabei immer bestrebt, diese erfolgreiche Familienpolitik fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Deswegen freuen wir uns auch auf dahin gehende Diskussionen im Ausschuss.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Köbler.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Rheinland-Pfalz ist ein familienfreundliches Land. Kinder und Familie stehen im Zentrum der Politik der Landesregierung. Deswegen freuen wir uns auch über die Initiative der CDU, die wir als Unterstützung auf dem Weg, weitere Verbesserungen beim Thema Familienfreundlichkeit in unserem Land zu erreichen, verstehen.

Liebe Frau Kollegin Huth-Haage, was hätte es mehr als den Hinweis gebraucht, dass Ihr Antrag in die richtige Richtung geht, als die Stellungnahme der AfD-Fraktion, die einem Welt- und Familienbild hinterhertrauert, das es so in der Realität nie gegeben hat?

(Abg. Michael Frisch, AfD: Welches denn?
Erklären Sie das doch mal!)

Ich habe mir einmal die Erwerbstätigkeitsquoten von Männern und Frauen angeschaut. Das war ganz spannend. Früher hat die Haupteinwerbstätigkeit bei vielen Familien auf dem eigenen Hof stattgefunden. Die Frage, wie viel davon der Mann oder die Frau übernommen hat, kann nicht ganz geklärt werden. Es gibt aber erste Zahlen aus dem Jahr 1907. Daran wird deutlich, dass die Erwerbstätigenquote von Frauen ungefähr 10 % unter dem Durchschnitt lag, aber mit 35 % die Erwerbstätigkeit von Frauen viel, viel höher lag, als Sie suggerieren wollen. Soll ich Ihnen sagen, wo wir in den 2000er-Jahren angekommen sind?

(Abg. Michael Frisch, AfD: Dazu habe ich
doch gar nichts gesagt!)

In den 2000er-Jahren sind wir da angekommen, dass die Erwerbstätigenquote der Frauen ungefähr 8 % unter dem Durchschnitt lag. Das bedeutet, es ist völlig verquer zu glauben, dass im 19. Jahrhundert die Frauen nur bei den Kindern saßen und nur der Mann arbeiten ging. Das

war nie der Fall. Wenn das so gewesen wäre, wären im 19. Jahrhundert viele Familien verhungert. Allein schon deswegen mussten Frauen einer Arbeit nachgehen, um Lohn und Brot für ihre Familien zu bekommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Jetzt aber zum Antrag der CDU. Ich denke, sie geben damit gute Impulse. Im Ausschuss können wir darüber reden, wie wir das weiter umsetzen können. Sie wollen einen Familienatlas erstellen lassen, um die Angebote für Familien nachvollziehbar machen zu können. Ich glaube, dass die Grundidee, die dahinter steht, die richtige ist. Ich will aber darauf hinweisen, dass wir auf der Landesebene den „Ratgeber Familie“ haben. Das ist eine Broschüre, die ich sehr, sehr gut finde, in der die Angebote zusammengefasst werden. Ich möchte aber infrage stellen, ob Familien in der Lebensrealität, wenn sie nach Angeboten suchen, tatsächlich auf die Seiten der Landesregierung oder des Landes gehen. Es wäre doch viel wichtiger, solche Angebote in der Region vor Ort bei den Kommunen zu haben.

Ich kann Ihnen als Beispiel die Seite www.familien-in-mainz.de nennen, auf der wir schon seit 2005 familiengerecht alle Angebote bündeln und aufbereiten. Wenn wir es dann gemeinsam vielleicht hinbekommen, dass die Kommunen diese Angebote flächendeckend einführen, und wir vielleicht ebenfalls darüber reden, ob das auch als App für Familien von Nutzen sein kann, können wir darüber im Ausschuss konkret sprechen.

Sie wollen, dass Fördermöglichkeiten für Elterninitiativen – Krabbelgruppen, kurzfristige Betreuungsmöglichkeiten, Tageseltern, Babysitter usw. – durch die Kommunen gefördert werden. Ich denke, es ist vollkommen logisch, dass wir dann, wenn wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch Zeit für sich selbst organisieren wollen, jenseits des hervorragend ausgebauten Netzes an Kindertagesbetreuung auch auf Randzeiten und Wochenenden schauen müssen, wie wir Angebote immer weiter verbessern und ausbauen können. Das ist zunächst einmal eine Frage der kommunalen Angebotsstruktur, aber natürlich stehen auch wir in der Pflicht zu schauen, was wir da noch besser fördern können. Ich glaube, im Kern laufen Sie da bei uns offene Türen ein.

Das gilt natürlich auch für das Thema, das Sie ansprechen, nämlich die weitere Unterstützung der Paar- und Erziehungsberatung in unserem Land. Herr Kollege Roth hat dazu schon einige Ausführungen gemacht. Ich glaube, es ist ein ganz wesentlicher Punkt zu sehen, was wir da an hervorragenden Angeboten von den vielen konfessionellen, aber auch überkonfessionellen Trägern bei uns im Land haben. Wir konnten im vergangenen Jahr beim 50. Geburtstag von pro familia, um eine Organisation als Beispiel herauszugreifen, sehen, was für eine hervorragende Beratungsarbeit in den Beratungsstellen für die Familien in unserem Land geleistet wird. Wenn wir gemeinsam schauen wollen, wie wir das weiter stärken können, können wir das im Ausschuss gerne tun.

Meine Damen und Herren, Familienfreundlichkeit scheidet im Alltag oft an ganz konkreten Dingen. Zum Beispiel, wenn beide Elternteile arbeiten wollen und für die Fahrt

zur Arbeit um 07:35 Uhr der Bus erreicht werden muss, aber der Schulhof erst um 07:45 Uhr öffnet. Ich würde mir wünschen, dass wir dazu kommen,

(Glocke der Präsidentin)

dass sich vor Ort die Träger, die Akteure zusammensetzen und kommunale Familien- und Zeitaltanten erstellen, um solche kleinen Hürden, die aber den Alltag der Familien ausmachen, zu beseitigen, damit wir noch familienfreundlicher werden, als wir es in Rheinland-Pfalz schon sind.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Huth-Haage. Ihnen steht noch eine Redezeit von 2 Minuten und 30 Sekunden zur Verfügung.

Abg. Simone Huth-Haage, CDU:

Frau Präsidentin, herzlichen Dank. Ich bedanke mich bei den Vorrednern. Ich denke, im Ausschuss werden das konstruktive Beratungen. Ich freue mich, dass sich offensichtlich etwas getan hat, gerade was den Bereich Ehe- und Erziehungsberatung angeht. Das war bei den Haushaltsberatungen aus Ihren Reihen nicht unbedingt so der Tenor. Es freut mich, wenn sich da etwas bewegt hat.

Frau Simon und Herr Köbler, ich freue mich auch, dass Sie die vielfältigen Angebote angesprochen haben, die es bereits gibt. Genau an diesem Punkt wird aber deutlich, es gibt eine Vielzahl von Angeboten. Wir müssen erreichen, dass die gebündelt, niedrigschwellig zusammengefasst werden, sodass sie für die Familien ganz einfach zu erreichen sind. Das ist der Punkt.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Ich will noch einen Punkt ansprechen. Wir haben sicherlich in den vergangenen Jahren eine große Vielzahl von familienpolitischen Anträgen seitens der Union gestellt. Das sind alles Anträge gewesen, die sowohl inhaltlich als auch formell korrekt und sehr gut waren.

Ich will einen Punkt herausgreifen, weil eben von der Wahlfreiheit gesprochen wurde. Ich will etwas zur Wahlfreiheit sagen. Das ist sicherlich der Punkt gewesen, auf den wir uns immer konzentriert haben; denn das ist etwas, was mit uns heimgeht.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe hier in den vergangenen Jahren immer wieder für Wahlfreiheit gekämpft und bin dafür oft beschimpft worden. Ich bin nicht beklatscht worden. Das ist nicht gefeiert worden, sondern das ist hier sehr hart ausgefochten worden.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Stimmt!)

Zur Wahlfreiheit gehört aber beides. Zur Wahlfreiheit ge-

hört der Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung. Das ist so, das ist notwendig, und das gehört so.

(Beifall der CDU)

Zur Wahlfreiheit gehört aber auch, Familien finanziell zu unterstützen. Auch das ist wichtig. Das ist der sogenannte Policy-Mix.

(Beifall bei der CDU)

Nur eine Anmerkung am Rande: Auch das ist aus einer Anhörung herausgekommen, die wir mit einem Antrag begründet haben.

(Beifall der CDU)

All das, was an Anhörungen in dieser Legislaturperiode und davor gelaufen ist, kam in der Regel von der Union. Deshalb sollten Sie den Ball flach halten, manchmal ein bisschen Demut zeigen und das akzeptieren, respektieren und wertschätzen, was andere schon erkämpft und für was andere schon gestritten haben.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Spiegel.

Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stimme der CDU ausdrücklich zu, wenn sie sagt, die Leistungen, die Familien für die Gesellschaft erbringen, sind von unschätzbarem Wert. Ich denke, wir sind uns einig im Ziel, dass wir Familien so gut wie möglich unterstützen wollen. Deshalb ist es der Landesregierung auch ein zentrales Anliegen, alle Familien im Land zu fördern, egal in welcher Familienform sie zusammenleben, und familien- und kinderfreundliche Lebensbedingungen im ganzen Land zu verwirklichen. Wir sehen diese Vielfalt; wir unterstützen diese Vielfalt. Das ist für uns eine moderne Familienpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Eine gute Politik für Familien ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur gelingen kann, wenn alle an einem Strang ziehen. Dazu gehören auch die Kommunen, nicht staatliche Organisationen und Institutionen sowie die Familien selbst und ihr Umfeld.

Rheinland-Pfalz ist mit Blick auf Betreuungsinfrastruktur, Bildung, Arbeitsmarkt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie lebensphasenorientierte Unternehmens- und Personalpolitik überdurchschnittlich familienfreundlich. Die Beitragsfreiheit in der Kindertagesbetreuung für Kinder ab zwei Jahren sorgt für mehr Geld in den Haushaltskassen unserer Familien und dafür, dass der Kitabesuch eben nicht am Geldbeutel scheitert.

Auch das Kindertagesbetreuungsangebot ist sehr gut ausgebaut. So stehen für 41,4 % der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung. Von den über dreijährigen Kindern besuchen 96,6 % eine Kindertageseinrichtung. Das ist ein sehr guter Wert.

Ebenso leistet die Kindertagespflege hier einen Beitrag. Sie liegt in der Verantwortung der örtlich zuständigen Jugendämter und bietet rund 4.500 Kindern in Rheinland-Pfalz einen Betreuungsplatz.

Das Land unterstützt die Kommunen in ihrer Verantwortung für die Kindertagesbetreuung mit jährlich rund 620 Millionen Euro. Das kann sich sehen lassen.

Infrastruktur für Familien bieten auch die vom Familienministerium geförderten Institutionen, wie Häuser der Familie, Familienbildungsstätten und Familienzentren. Diese Institutionen sind Orte der Begegnung, des Austauschs und der Förderung für Familien. Sie sind niedrigschwellig. Das ist auch gut so. Es gibt dort eine ganze Palette an Kursen, Angeboten und Informationen. Das ist eine ganz wichtige Säule für die Familien in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Sie sorgen auch für eine schnelle Hilfe bei Erziehungs- und Alltagsfragen, und sie tragen mit dazu bei, eine familiengerechte Infrastruktur vor Ort vorzuhalten. Wir haben in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt mindestens einen solchen Ort der Begegnung. Diese über 100 Familieninstitutionen fördert das Familienministerium mit über 1 Million Euro im Jahr.

Zusätzlich fördern wir die 60 Familien- und Erziehungsberatungsstellen im Land mit jährlich knapp 4 Millionen Euro.

Rheinland-Pfalz beteiligt sich zudem an der Finanzierung der virtuellen Beratungsstelle der Erziehungsberatung; denn hier können Eltern über eine Mailberatung schnell und unkompliziert Unterstützung erhalten.

Das ist vor allen Dingen gut für Betroffene, die noch oder keine Beratung vor Ort nutzen möchten oder schlicht keine Zeit für den Weg zu einer Beratungsstelle haben oder die eine umgehende Unterstützung in einer aktuellen Krise benötigen.

Meine Damen und Herren, das alles sind gute Rahmenbedingungen, auch um das Eheleben von Paaren in Rheinland-Pfalz zu stärken. Aber machen wir uns nichts vor, Politik kann keine Ehen retten. Politik kann vielleicht Ehen befördern, initiieren, Politik kann Ehen möglicherweise schaden, aber Politik kann keine Ehen retten.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch all diese Maßnahmen unterstützen wir mit unserer Politik Familien erheblich. Mit vielen Partnerinnen und Partnern in der Familienpolitik unterstützt die Landesregierung schon seit langem Prozesse und Maßnahmen, die Familien stärken, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine an Lebensphasen orientierte Personalpolitik fördern, die die

Gesundheit von Kindern und Familien verbessern, die Strategien auch gegen Armut entwickeln, die die Integration von zugewanderten Familien forcieren und die den Zusammenhalt der Generationen stärken; denn für Familien – das ist klar – bestehen viele Herausforderungen.

Wir wissen mittlerweile auch, dass Zeit als Ressource für Familien ein ganz wichtiges Thema ist. Deswegen gestaltet die Landesregierung eine Familienpolitik, die dazu beiträgt, dass Familien weniger unter Zeitnot leiden und stressfreie Zeit mit- und füreinander verbringen können. Wir haben hierzu Modellprojekte durchgeführt, deren Ergebnisse wir derzeit auswerten.

Schlussendlich haben wir auch die Idee eines Onlineangebots im Ministerium schon in den letzten Monaten gehabt. Es wird derzeit im Zuge der Neuauflage des Ratgebers Familie der Landesregierung bereits umgesetzt. Unser Ratgeber Familie ist seit vielen Jahren eigentlich das zentrale Informationsmedium für Familien, für Fachdienste und Familieneinrichtungen. Er findet überaus große Anerkennung, und er liegt niedrigschwellig – das ist das Wichtigste – aus. Man kann ihn in den Jugendämtern, Kinderarztpraxen, Geburtskliniken, Kitas und bei den Orten der Begegnung bekommen. Hier sind wir jetzt mit der Umsetzung eines Onlineangebots zum Ratgeber befasst, der auch auf mobile Endgeräte ausgerichtet sein soll. Dadurch geben wir als Landesregierung allen Familien im Land analog und online einen umfassenden Überblick über familienrelevante Angebote und Dienste in unserem Land.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Durch die verlängerte Redezeit der Landesregierung stehen den Fraktionen jeweils noch eine Minute und 30 Sekunden Redezeit zur Verfügung. Gibt es noch Wortmeldungen? – Herr Frisch von der AfD-Fraktion.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich. Sie gerieren sich immer als die Superdemokraten, und wenn dann eine Debatte entsteht, die auch einmal hin- und hergeht, dann fangen Sie auf einmal an zu stöhnen, und man hat den Eindruck, Sie wollen möglichst schnell ins Wochenende.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:
Unterstellung! –

Abg. Christine Schneider, CDU: Eine
Unverschämtheit!)

Das ist schon bemerkenswert. Ich will das hier nur einmal feststellen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wir sind
auch am Wochenende unterwegs! Sie sehe
ich nicht! Sie sind zu Hause und liegen im
Bett! Wir sind beim Bürger!)

Aber zur Ministerin, Frau Spiegel, nur einen einzigen Satz

zu Ihren Ausführungen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Wir wollten keine Überstunden abrechnen!)

– Sie sollten sich nicht so aufregen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ich war nicht über Monate in Thailand!)

Frau Ministerin – – –

(Zurufe im Hause –
Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Bitte, Kolleginnen und Kollegen, Herr Frisch hat das Wort. Sie haben noch eine Minute.

(Weitere Zurufe im Hause)

– Herr Frisch hat das Wort.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Frau Präsidentin, das ist nett von Ihnen, aber es muss dazu auch eine gewisse Aufmerksamkeit bestehen.

Ein Satz, Frau Ministerin, zu dem, was Sie gesagt haben. Sie haben hier festgestellt, wir geben 620 Millionen Euro für die Kindertagesbetreuung an die Kommunen. Für die Familien, die ihre Kinder selbst erziehen, gibt es null Euro. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das ist Quatsch!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Wortbeiträgen war zu entnehmen, dass Ausschussüberweisung gewünscht ist, und zwar an den Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz. Herrscht Einvernehmen? – Dann verfahren wir so.

Ich rufe **Punkt 23** der Tagesordnung auf:

Die DITIB in Rheinland-Pfalz

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der AfD
und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der
Fraktion der AfD
– Drucksachen 17/3585/4006/5408 –

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Herr Paul von der AfD-Fraktion hat das Wort.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kollegen! Ich zitiere: Gott soll unserer Armee den Sieg verleihen. Gott soll unseren Feinden keine Chance lassen. –

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So spricht die AfD!)

Diese Sätze stammen aus einem sogenannten Sieggebet,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Der AfD!)

das die türkische Religionsbehörde Diyanet der DITIB in Deutschland aufgetragen hatte. In mindestens einem Fall führte eine DITIB-Filliale die Anweisung aus. Im süßen Baden-Württemberg beteten Mädchen in Kopftüchern diese Zeilen auf Anweisung eines Imams nach, Wort für Wort. Es ist davon auszugehen, dass diese Gebete auch hier bei uns stattgefunden haben; denn Funktionäre der DITIB waren maßgeblich an der Pro-Erdogan-Demonstration in Köln im Sommer 2016 beteiligt, ein vielsagender Fingerzeig.

Rechtfertigung neo-osmanischer Machtpolitik durch Religion, Instrumentalisierung von Kindern für militärische Kriegspropaganda – DITIB erweist sich einmal mehr als verlängerter Arm des Erdogan-Regimes, als Staat im Staate.

(Beifall der AfD)

Unterdessen prüft die Landesregierung allen Ernstes noch immer ausdauernd, ob DITIB staatsfern ist und damit als Religionsgemeinschaft die Vorgaben nach Artikel 7 Grundgesetz erfüllt. Sie hat die notwendige politische Bewertung bequem ausgelagert. Auf zwei in Auftrag gegebene Gutachten – Kosten: bislang 36.000 Euro – folgten zwei weitere. Das Ende der Begutachtungen wird grob für ein weiteres Jahr veranschlagt – ohne Gewähr natürlich.

Die Große Anfrage unserer Fraktion hat sich mit den Gutachten und Verhandlungen über einen Staatsvertrag beschäftigt. DITIB sollte – ich zitiere wörtlich aus der Großen Anfrage – als gefragter und verlässlicher Vertragspartner islamischen Religionsunterricht für Schulkinder verantworten. – Der Islam, den der türkische Staat in der erdoganierten Republik verbreitet, ist de facto eine Staatsreligion, die Christen zu Bürgern zweiter Klasse stempelt. Das halte ich hier fest. DITIB soll also Religionsunterricht hier bei uns mitverantworten. Angesichts der zu Beginn geschilderten Szenen kann man nur noch mit dem Kopf schütteln.

(Beifall der AfD)

Interessant ist nicht nur, was im Zuge der Verhandlungen thematisiert, sondern vielmehr, was – wahrscheinlich aus politischem Kalkül – ausgelassen und ausgeblendet wurde. Die Analyse macht deutlich, die Landesregierung wollte ihren Gegenübern stets unbequeme Fragen ersparen. Sie – und das vorweg – verhandelte naiv, ließ sich von einer aus der Zeit gefallenen Integrationsromantik leiten. Sie agierte unverantwortlich.

Ebensowenig wurden im Vorfeld und im Zuge der Verhandlungen die Eigentumsverhältnisse der DITIB-Grundstücke geklärt und thematisiert. Warum ist das so wichtig? Weil das Kernproblem nicht existenter Staatsferne bzw. der Steuerung durch den türkischen Staat damit zusammenhängt; denn ist DITIB Köln Eigentümer eines Grundstücks, übt mittelbar die Zentrale, und damit Diyanet, Hausrecht und Kontrolle aus. Eine Filliale, zum Beispiel in Ludwigshafen, wäre dann vollständig in der Hand dieser Zentrale.

Reformer könnten bequem ausgegrenzt und entfernt werden. Das ist ein Faktum.

Aber auch danach wurde nicht gefragt. Die Teilnahme und Unterstützung der Pro-Erdogan-Demonstration wurde von rheinland-pfälzischen Funktionären in Köln nicht thematisiert, obwohl sie der Landesregierung ja gegenüber saßen. Über ihre Gegenüber wusste die Landesregierung ohnehin sehr wenig. Auch dass es lediglich einen Verhandlungstag gegeben hat, spricht für eine unangemessene Einschätzung der Situation.

Offenkundig ist es auch gar nicht möglich; denn unsere Große Anfrage ergab, dass auf Türkisch verfasste DITIB-Texte nicht zur Einschätzung des potenziellen Verhandlungspartners herangezogen wurden.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Hört, hört!)

Ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung wurde lediglich – ich zitiere wörtlich aus einer Antwort – vorausgesetzt und erwartet. – Robust eingefordert wurde es nicht, ein Versäumnis, das bei den DITIB-Funktionären offenkundig – betrachtet man die mangelnde Bereitschaft, sich kritisch und reflektiv mit den Ereignissen auseinanderzusetzen – entsprechenden Eindruck hinterlassen hat.

Die Landesregierung sagte uns – ich zitiere wörtlich –, sie habe keine Veranlassung gehabt, in den Verhandlungen die interne Struktur der DITIB zu thematisieren. – Dazu ist Folgendes anzumerken:

Erstens, DITIBs interne Struktur ist keine Privatsache; denn diese Struktur bestimmt Ausrichtung und Politik der Organisation, also das Äußere. Das zu verkennen, ist aberwitzig.

Zweitens, die Verantwortung für den Religionsunterricht ist schwerwiegend genug, um genauer hinzuschauen und unbequeme Fragen zu stellen. Wer in unsere Schulen will, muss Belege für Staatsferne und Verfassungstreue liefern. Da reichen nicht Satzungen zweifelhafter Herkunft.

(Beifall der AfD)

Zudem hat unsere Große Anfrage ergeben, dass das Land bei Gülen-Anhängern oder tatsächlichen und vermeintlichen Erdogan-Gegnern Gefährdetenansprachen durchführen und sie warnen musste, hier bei uns im Land. Dass die Landesregierung von ihren Gegenübern erwartete – ich zitiere –, dass sie konsequent einschreiten, sollten ihr politische Einflussnahmen bekannt werden – das erwartet die Landesregierung von ihren Gegenübern, den DITIB-Funktionären –, führt eine Naivität vor Augen, die kennzeichnend für den gesamten Verhandlungsprozess ist.

(Glocke der Präsidentin –
Beifall der AfD)

Ein letztes Wort: Die Frage, ob DITIB staatsfern ist, ist längst eine rhetorische geworden. Brechen Sie die Verhandlungen endgültig ab, und prüfen Sie ein Verbot dieser verfassungsfeindlichen Organisation. Es wird höchste Zeit!

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Kazungu-Haß.

Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt tatsächlich viele Fragen, die sich im Hinblick auf DITIB stellen, Fragen, die auch wir, die auch ich beantwortet haben möchte. Deswegen hat ja auch die Landesregierung nach dem Putschversuch in der Türkei zwei weitere Gutachten in Auftrag gegeben und die Verhandlungen unterbrochen.

Leider findet sich in Ihrer Großen Anfrage nahezu nichts, das uns dabei helfen würde herauszufinden, wie wir gemeinsam mit DITIB ein Miteinander regeln könnten. Sie stellen die Anfrage, davon abgesehen, vor der Zeit; denn tatsächlich debattieren könnten wir erst fundiert, wenn das religionswissenschaftliche und das juristische Gutachten vorliegen.

Dennoch möchte ich einige Punkte nochmals für meine Fraktion klarstellen. Im Verhältnis zu DITIB und auch zu anderen Religionsgemeinschaften, die von uns anerkannt und entsprechend als Verband in Entscheidungen eingebunden werden wollen, muss es eine dualistische Herangehensweise aus Offenheit, aber auch absoluter Klarheit in der Sache geben.

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Der Islam ist mit 5 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland eine Größe, die es als sinnvoll erscheinen lässt, über Verbände gebündelt ins Gespräch zu kommen, mit Landes- oder eben auch mit der Bundesregierung. Deutschland ist ein säkularer Staat. Unser Zusammenleben wird durch das Grundgesetz, unsere Verfassung, geregelt. Die demokratisch beschlossenen Gesetze, das Gewaltmonopol des Staates und die Unabhängigkeit unserer Gerichte sind von allen Menschen in unserem Land zu akzeptieren. Die Religionsfreiheit wird dabei nicht begrenzt, jedoch werden keine Handlungen von uns akzeptiert, die sich außerhalb unseres Konsenses befinden.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin überzeugte Verfassungspatriotin. Staat und Religionsgemeinschaften, das war schon immer ein natürliches Spannungsverhältnis. Deswegen ist es richtig, dass die Regeln des Miteinanders, zum Beispiel in Kirchenverträgen und Konkordaten, geregelt werden. DITIB wurde bereits im Gutachten aus dem Jahr 2016 als anererkennungsfähig bezeichnet. Doch dann kam der Putschversuch in der Türkei, der bis heute nicht nur das Verhältnis der Türkei zu Deutschland grundsätzlich änderte. Der ehemals laizistische Staat scheint immer mehr von religiösen Motiven geleitet zu werden. Die Religionsbehörde Diyanet verbreitet entsprechende Predigten. Die Auseinandersetzung zum Beispiel mit der Gülen-Bewegung bekommt dort auch Raum. Ist DITIB unabhängig von Diyanet?

(Heiterkeit bei der AfD)

Ist der Landesverband Rheinland-Pfalz von DITIB, um den es hier geht, damit auch unabhängig von Erdogan? Das gilt es zu klären. Diese Aufgabe übernehmen nun auf der wissenschaftlichen Seite die Gutachter.

Es hat sich bewährt, dass das Land Rheinland-Pfalz – anders als zum Beispiel Hessen – sehr viel vorsichtiger vorgegangen ist.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Vorsichtig!)

Als Religionslehrerin weiß ich, wie klar wir auf unsere Aufgabe an staatlichen Schulen vorbereitet werden: kein Bekenntnis erzwingen, keine Mission, immer auf dem Boden der Verfassung. Nichts anderes erwarten wir auch von Lehrerinnen und Lehrern, die islamischen Religionsunterricht erteilen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Eine Selbstverständlichkeit!)

Das gelingt im Rahmen unseres Modellversuchs des Bildungsministeriums seit 2004 sehr gut. In Deutschland ausgebildete, mit einer staatlichen Lehrbefähigung ausgestattete Kolleginnen und Kollegen übernehmen diese Aufgabe. So gelingt Integration. Das bedeutet dann auch gegenseitigen Respekt.

(Beifall der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Wenn die Gutachten zeigen, dass wir mit diesen Grundsätzen, die ich eben benannt habe, auch mit DITIB gesichert arbeiten können, dann dürfen sie nicht nur, sondern sollten die Verhandlungen fortgeführt werden.

Danke schön.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Paul das Wort.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Liebe Kollegin Kazungu-Haß! Die politische Bewertung ist Ihre Aufgabe. Verschanzen Sie sich doch nicht hinter Gutachten. Was wollen Sie denn noch für Indizien, dass keine Staatsferne vorliegt?

Es gibt keine Pflicht zum Abschluss eines Staatsvertrages. Islamischer Religionsunterricht – warum muss das DITIB machen? Es besteht keine Pflicht dazu. Verschanzen Sie sich nicht hinter Gutachten.

(Beifall der AfD)

Wenn wir hier von der Verfassungsfeindlichkeit reden, die in Rede steht bzw. nicht in Rede steht, dann legen Sie bitte den Maßstab an, den Sie am ersten Plenartag angelegt haben. Es ist schon bemerkenswert, welche Kapriolen Sie schlagen, um sozusagen nicht zu einer politischen Bewertung gezwungen zu werden. Der Bürger müsste wissen,

warum Sie das tun, warum Sie so vorsichtig sind. Vorsichtig haben Sie überhaupt nicht verhandelt.

Unsere Große Anfrage hat ergeben, ein Verhandlungstag, und Sie wussten noch nicht einmal, ob Ihre Gegenüber eine geistliche Ausbildung hatten, ob sie Doppelstaatler waren oder anderes. Das hat Sie alles nicht interessiert. Es war eine Tür-und-Angel-Verhandlung, die meines Erachtens dem Gegenstand des Religionsunterrichts an den Schulen völlig unangemessen ist.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Erwiderung erteile ich Frau Kollegin Kazungu-Haß das Wort.

Abg. Giordina Kazungu-Haß, SPD:

Drei Punkte möchte ich nennen, Herr Kollege Paul. Erstens – Sie werden es kaum glauben –, Sie sprechen auch gerade mit einer Doppelstaatlerin. Ich hoffe, das stört sie nicht.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Nö!)

Zweitens, nach Artikel 7 Abs. 3 Grundgesetz ist es so, dass der Religionsunterricht an staatlichen Schulen gemeinsam mit den Religionsgemeinschaften geregelt werden muss. Es ist durchaus richtig, dass Sie bemerken, das kann auch irgendjemand anders sein. Es ist nämlich tatsächlich so, dass wir in unserem Modellversuch darauf zurückgreifen, mit örtlichen Gemeinden zu arbeiten und den Islamunterricht entsprechend zu gestalten.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Na also!)

Ich habe eben aber auch gesagt, dass es natürlich bei einer Größe von 5 % der Bevölkerung Sinn ergibt, tatsächlich jetzt genau zu schauen, wie man mit den Verbänden eine größere Anzahl an Gläubigen zusammenfassen kann.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Größe ist aber kein Kriterium allein!)

Drittens, wenn Sie genauer nachgeschaut hätten, wüssten Sie auch, dass nach dem Grundgesetz erst einmal jede Gemeinschaft, die sich Religionsgemeinschaft nennt, eine Religionsgemeinschaft ist, dass die Anerkennung einer Religionsgemeinschaft – das war der erste Schritt, um den es ging, dafür waren diese Gutachten gedacht – erst einmal eines Landessache ist, die sich nur auf ein Bundesverfassungsgerichtsurteil stützen kann. Dies sagt uns, ob es überhaupt zum Staatsvertrag kommt. Sie vergessen, einen Schritt nach dem anderen zu machen, und stellen etwas dar, was nicht wahr ist.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das ist nicht wahr!)

Wir waren noch an der Stelle, uns zu überlegen, ob wir DITIB als anerkannte Religionsgemeinschaft in einen Staatsvertrag einbinden wollen.

Ich möchte Ihnen am Ende noch eines sagen: Ein solcher Staatsvertrag ist unglaublich wichtig, da gerade für den Religionsunterricht ganz viele Dinge festgelegt sind.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ein
Verhandlungstag!)

Wenn man den nicht hat, dann bleibt einiges im Vagen. Von daher haben wir aus der Zeit des Modellversuchs einen Weg gesucht, uns auf breitere Füße zu stellen. Ich glaube, das war gut so.

Wir sehen jetzt, wir haben das Problem mit DITIB. Das gilt es jetzt zu lösen. Ich habe mich überhaupt nicht davongemacht, sondern ich habe gerne Details, über die ich diskutieren kann. Sie selbst haben meist andere Möglichkeiten, ihre alternativen Fakten zu generieren.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Ach je!)

Ich warte dann doch, bis Wissenschaftler so etwas richtig beurteilt haben.

Danke schön.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion der CDU spricht Herr Kollege Oelbermann.

Abg. Reinhard Oelbermann, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Paul, ein bisschen müssen wir die Diskussion wieder versachlichen. Aber das bekommen wir auch hin.

Wie froh wären wir alle, wenn wir diese Debatte heute nicht führen müssten. Lange Zeit war die DITIB für uns alle der wichtigste Kontakt zu den muslimischen Gemeinden.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Naiv war das!)

– Nein. Lange Zeit war das so.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Ja, aber das macht
es nicht besser!)

Für unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist das in weiten Teilen immer noch so. Für uns sind Ansprechpartner bei den Religionsgemeinschaften ungeheuer wichtig. Wir brauchen unbedingt auf allen Seiten das Gespräch.

(Beifall der CDU und bei FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der jüdischen Gemeinde, mit den christlichen Gemeinden und vielen, vielen anderen klappt das gut, wenn es auch gelegentlich zu Reibereien kommt.

Lange Zeit war das mit den Verantwortlichen der DITIB durchaus auch so. Zumindest war es im Ansatz möglich. Im eigenen Selbstverständnis vertreten die DITIB-Gemeinden nun einmal den großen Teil der Muslime in Deutschland.

Wie die Kollegin schon sagte, 5 Millionen unserer Mitbürger sind muslimischen Glaubens.

Türken – und ich betone, auch Kurden – aus der Türkei nutzten und nutzen zu weiten Teilen die zahlreichen Gebetshäuser und suchten und suchen die Unterstützung durch die Imame der DITIB. Es gibt wenige andere bei uns im Land; leider, sage ich ausdrücklich dazu.

Damit waren die DITIB-Gemeinden für uns lange Zeit ein fester Bestandteil des religiösen Lebens in den Orten und Städten.

Ich betone, Sie waren es für uns, solange sich die Türkei als säkularer Staat mit muslimischer Prägung verstand, in dem Religion ihren wichtigen Platz hat, aber nicht die Politik bestimmt.

(Beifall der CDU)

Der Einfluss des Staates in seiner kemalistischen Form war für uns relativ akzeptabel. Leider – da gebe ich allen anderen recht – hat sich das seit Erdogan radikal geändert. Wir mussten Verschiebungen und Verwerfungen in den Gemeinden registrieren.

Einige Beispiele dafür: Geistliche werden als Spitzel des Staates missbraucht. Türkische Politiker versuchen auf inakzeptable Weise, deutsche Wahlen zu beeinflussen. Türkische Politiker radikalisieren und politisieren die Gemeinden in Deutschland, um sie für ihre eigenen innenpolitischen Zwecke zu missbrauchen.

Zu alledem werden selbstverständliche Grundrechte in der Türkei in den letzten Jahren außer Kraft gesetzt.

Wie kann das weitergehen? Momentan mit der DITIB gar nicht – da sind wir uns einig –,

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

solange sich nicht ändert, was nach unserem Verständnis geändert werden muss. Wir brauchen Gottesdienste in deutscher Sprache, selbstverständlich. Wir brauchen Religionslehrer, die in Deutschland unter deutscher Kulturaufsicht der deutschen Bildungsministerien ausgebildet werden, selbstverständlich. Wir brauchen bei der DITIB die nachgewiesene Freiheit von staatlichen Einflüssen.

Wir brauchen bei allen Beteiligten das Bekenntnis zu allen unseren Grundrechten, nicht zu einzelnen herausgesuchten.

Wir brauchen die verbindliche Anerkennung des deutschen Rechts und unseres politischen Systems, das damit zusammenhängt. Darauf aufbauend brauchen wir gelebte Integration von allen Seiten.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis dieser Zustand wieder eintritt, ist die Entscheidung, die Zusammenarbeit mit der DITIB ruhen zu lassen, eine richtige Entscheidung, und keiner von uns hätte sie anders getroffen.

Hoffentlich kommen bald wieder gesprächsbereite Zeiten. Hoffentlich wächst bei unseren türkischen Mitbürgern das Verständnis auch für unsere Kritik. Hoffentlich werden wir uns alle wieder der großen Aufgabe der Integration gemeinsam bewusst.

Wir unterstützen diesen Weg, wo immer wir können. Was diese Anfrage mit ihren überaus schlichten Fragen und übrigen genauso schlichten Antworten

(Heiterkeit der Abg. Julia Klöckner, CDU)

ausgerechnet jetzt an neuen Erkenntnissen bringen soll, ist mir allerdings nicht so richtig klar.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind zwei Zusatzgutachten in Auftrag gegeben worden. Das dauert schon eine Zeit lang. Ich glaube, einer der Gutachter ist erkrankt. So undankbar sind wir über die Zeit gar nicht. Warten wir diese doch einfach einmal ab. Ich bin sicher, das Ergebnis wird kritisch sein. Wir werden auch dann noch Zeit haben zu überlegen, was wir tun.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das war ein kluger Beitrag!)

Eine politische Debatte braucht in meinen Augen eine solide Grundlage und keine Generalverdächtigungen und Pauschalisierungen.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Ich gebe Ihnen recht, Herr Paul – das haben Sie auch noch nicht gehört –, in absehbarer Zeit wird die DITIB kein Ansprechpartner für uns sein,

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

für das Land nicht und ganz bestimmt nicht für den Religionsunterricht. So wird es aber auch momentan gehandhabt, und kein Mensch hat die Absicht, im Moment daran etwas zu ändern,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Auch das ist richtig!)

wenn sich nicht Grundsätzliches ändert.

(Beifall der CDU und der SPD)

Wir als CDU werden eine Änderung daran garantiert nicht akzeptieren, solange sich das nicht grundlegend ändert.

Dass trotzdem die Debatte nun von den Kollegen auf der rechten Seite losgetreten worden ist, wundert mich nur mäßig.

Ich habe mir vor diesem Beitrag heute viel Zeit genommen und die Berichte und Beiträge radikaler Vertreter aus den DITIB-Gemeinden angehört. Ich habe sie gehört, ich habe sie gesehen und gelesen. Oft hatte ich dabei Déjà-vu-Erlebnisse.

Erst einmal Unerträgliches verkünden und dann, falls es aus den eigenen Reihen Widerspruch gibt, sofort zurückrudern, als verwirrte Einzelmeinung darstellen und die Angelegenheit relativieren. Das kommt mir irgendwoher bekannt vor und müsste Ihnen auch bekannt sein.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Uwe Junge, AfD: DITIB ist das Thema!)

– Herr Junge, Sie haben es heute Morgen wieder mehrfach gemacht.

(Glocke der Präsidentin)

– Oh, ich muss zum Schluss kommen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Aus demselben Holz! –
Abg. Matthias Joa, AfD: Erdogan unterstützt den IS!)

Ich kürze ab. Religionsfreiheit und Verfassung sind zwei Seiten derselben Medaille. Das eine kann es ohne das andere nicht geben. Unabhängig von der Aktuellen Debatte haben unsere muslimischen Mitbürger und Mitbürgerinnen uneingeschränkt das Recht, ihren Glauben zu leben.

(Beifall der CDU und bei der SPD –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Genauso ist es! –
Glocke der Präsidentin)

Keine leichte Aufgabe für uns alle. Aber wir müssen alle daran arbeiten, vor allen Dingen die DITIB-Gemeinden, aber wir auch.

(Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Guter Beitrag!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Paul das Wort.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Lieber Herr Kollege, Sie haben lange Zeit zugeschaut. Über Jahre sind Sie hier im Plenum vertreten. Sie haben zugeschaut, und Sie haben auch weggeschaut; denn die Islamisierung unter Erdogan, die Abkehr vom Erbe Atatürks war ein Prozess, der über Jahre gegangen ist.

Es ist gerade ein Beleg, dass DITIB staatsnah ist; denn diese Islamisierung bildete sich auch hier im Alltag bei den hier lebenden Türken ab, Schritt für Schritt. Sie haben weggeschaut. Das ist die Wahrheit, die hier offenkundig wird.

(Beifall der AfD)

Sie hat sich im Alltag abgebildet.

Sie versuchen zu überblenden, dass viele Vertreter der Altparteien der Versuchung erlegen sind, bei DITIB aufzutreten und dort politisch sozusagen eine Art Nähe zu suggerieren, um Wählerstimmen zu bekommen, weil es ein großer Verband ist.

(Beifall der AfD)

Dieser Versuchung konnten viele nicht widerstehen, zum Beispiel Herr Söder. Frau Landtagspräsidentin, ich glaube, Sie waren auch bei der Eröffnung der DITIB-Moschee in Germersheim dabei. Viele konnten dieser Versuchung nicht widerstehen. Das versuchen Sie hier mit seltsamen Angriffen zu überblenden.

Unsere Große Anfrage hat sehr wohl Erkenntnisse erbracht; denn es gab nur einen Verhandlungstag – das muss man sich einmal vorstellen –, und wichtige Punkte sind gar nicht angesprochen worden.

(Abg. Giordina Kazungu-Haß, SPD: Es gibt doch noch gar keinen Vertrag!)

Wichtige Themen wurden nicht angesprochen. Deswegen mussten die DITIB-Funktionäre auch gar nicht zurückrudern, irgendetwas verschleiern oder irgendetwas als Einzelfälle darstellen, weil sie zu diesen Ereignissen gar nicht befragt worden sind. Das ist der Skandal im Skandal.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Erwiderung hat Herr Kollege Oelbermann das Wort.

Abg. Reinhard Oelbermann, CDU:

Herr Paul, das tut schon weh, wenn man Ihnen zuhört, ohne dass Sie irgendeinen Ansatz von Sachlichkeit haben.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir ist nicht erinnerlich, dass irgendein CDU-Verantwortlicher jemals mit einer DITIB-Gemeinde gekuschelt hätte.

(Beifall der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Wir kümmern uns um Religionsgemeinschaften vor Ort. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Wir lehnen jede Form von Radikalität ab. Das sollten Sie sich auch einmal auf die eigenen Fahnen schreiben und bei Ihnen selbst anfangen, dann wäre uns allen wesentlich gedient.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Lassen Sie doch dieses allgemeine Geschimpfe und Gehetze und versuchen Sie einmal, irgendwo zur Sachlichkeit zurückzukommen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Gehetze ist aber nicht parlamentarisch!)

– Gehetze nehme ich zurück; bei Geschimpfe bleibe ich.

Lassen Sie es doch. Ich bemühe mich wirklich um Sachlichkeit. Es wäre schön, wenn Sie und Ihre Kollegen das auch täten. Wenn Sie einmal ganz viel Zeit haben,

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Nationalismus auf beiden Seiten!)

vergleichen Sie einmal DITIB-Reaktionen von extremistischen Menschen dort und Reaktionen auf Anwürfe, die gegen Sie gestaltet werden. Viel Spaß dabei.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Lerch.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Diskussion gleitet ab. Wenn hier behauptet wird, dass Interessen, die mit dem Gewinn an Wählerstimmen zu tun haben, die Diskussion um DITIB bestimmen, ist das der falsche Ansatz.

(Beifall bei FDP, SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Es ist richtig, und wir tun dies auch. Wir stellen kritische Fragen zu DITIB. Dennoch – das wurde auch durch meinen Vorredner hier deutlich – war DITIB lange Jahre ein verlässlicher Partner. Das dürfen wir bei aller Diskussion nicht ausklammern.

Aber die aktuellen Entwicklungen – und darum geht es – machen uns große Sorgen und machen auch eine Neubewertung notwendig. Die Eignung von DITIB als Partner muss vor dem aktuellen Hintergrund der politischen Entwicklung in der Türkei hinterfragt werden. Genau das tun wir heute in diesem Parlament.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat reagiert. Es wurde sich bei den anstehenden Vertragsverhandlungen nicht auf die Gutachten von 2014 zurückgezogen; denn diese Gutachten sind heute veraltet.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Genau!)

Wir können uns darauf nicht verlassen.

Nach dem gescheiterten Putsch in der Türkei wurden zwei weitere neue Gutachten in Auftrag gegeben, um wissenschaftlich untersuchen zu lassen, ob sich die Stellung von DITIB als Religionsgemeinschaft verändert hat, und zwar hier in Rheinland-Pfalz. Die Ergebnisse werden im Sommer erwartet. Auf der Grundlage, aber auch mit Blick auf die aktuellen Verhältnisse, wird die Landesregierung dann ihre Entscheidung fällen, wie die Partnerschaft oder Nichtpartnerschaft mit DITIB weiter gestaltet wird.

Bei allem gilt immer noch – Herr Oelbermann, das kann ich nur unterstreichen –, wenn wir die Dialogbereitschaft abbrechen und das Gespräch nicht mehr der rote Handlungsfaden in der Politik ist, meine Damen und Herren, dann haben wir verloren. Es gibt keine anderen Möglichkeiten in der Demokratie.

(Beifall bei FDP, SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir lassen uns von anerkannten Experten und Wissenschaftlern beraten und begleiten. Wir stützen uns auch auf diese Erkenntnisse, aber das entlastet uns nicht von der Pflicht, abschließend politisch zu entscheiden. Genau das ist der Prozess. Niemand kann uns vorwerfen, dass wir nur die Wissenschaft im Auge haben, sondern die letztendliche Entscheidung wird politisch getroffen. Das zeichnet verantwortungsvolles politisches Handeln aus.

(Vereinzelt Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wie man es genau falsch macht, zeigt die AfD mit der vorliegenden Großen Anfrage; denn eine Vielzahl der Fragen rückt DITIB generell – das ist das Schlüsselwort – in die Nähe von Verfassungs- und Staatsfeinden. Wir brauchen eine differenzierte Betrachtungsweise. Sie können uns abnehmen, dass auch wir das Gespräch mit DITIB-Vertretern gesucht haben, um uns ein rundes Bild zu machen. Das Bild ist unterschiedlich. Es ist facettenreich, aber es ermächtigt uns nicht zu einem Generalverdacht. Das ist der falsche Weg.

Lassen Sie mich festhalten, wie ich es bereits anfangs dargestellt habe: Ja, wir haben Bauchschmerzen, was die aktuelle Entwicklung von DITIB als Verband angeht. Diese beziehen sich aber hauptsächlich darauf, inwiefern DITIB die notwendige Unabhängigkeit vom türkischen Staat nachweisen kann.

(Abg. Joachim Paul, AfD: DITIB ist der türkische Staat!)

Das ist die entscheidende Frage für die Einstufung als Religionsgemeinschaft. Diese Frage ist auch zu beantworten, wenn wir die notwendigen Unterlagen haben.

Meine Damen und Herren, aber – und das ist mir wichtig, noch einmal zu betonen – es gibt keinen Grund, die Muslime in Rheinland-Pfalz, die zu einer DITIB-Gemeinde gehören, unter einen Generalverdacht zu stellen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die muslimischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind zum Großteil gut integriert. Die Moscheen von DITIB werden schlicht nicht immer, aber sicherlich in den meisten Fällen zur Ausübung der Religion aufgesucht.

(Glocke der Präsidentin)

Es gibt keinen Grund, warum die Einstellung dieser Personen von den Entwicklungen um DITIB betroffen sein soll. Deshalb lassen Sie uns behutsam vorgehen, vertrauensvoll das Gespräch fortführen und das Ergebnis der

Expertisen abwarten.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Junge das Wort.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Lerch, natürlich sind Anfragen dafür da, dass man Fragen stellt. Dumme Fragen gibt es nicht, nur dumme Antworten oder nicht aussagefähige Antworten.

Sie sagen, die beiden Gutachten seien veraltet. Wir haben sie einsehen können: nicht alle, aber doch einen gewissen Anteil – Sie vermutlich auch – im September 2016. Sie sind bis heute nicht veröffentlicht. Deshalb dürfen wir auch nicht darüber sprechen, aber wir wissen sehr wohl, dass diese Gutachten Zweifel am tatsächlichen Status einer Religionsgemeinschaft zumindest in Aussicht stellen.

Jetzt wurden neue Gutachten beauftragt. Nun fragt man sich: Warum? Waren die alten nicht ausreichend? – Ich fand schon, aber gut, ich habe vielleicht eine andere Sicht auf die Dinge. Seitdem sind aber 15 Monate vergangen, und wir haben immer noch kein neues Gutachten. Ich glaube, hier wird auf Zeit gespielt. Ich finde das nicht in Ordnung,

(Beifall der AfD)

weil die Menschen durchaus wissen wollen, mit wem sie es zu tun haben. Erst seit dem Putsch, der am 15./16. Juli 2016 stattgefunden hat, zu sagen, da gab es vorher eine Entwicklung in der Türkei, die nichts unmittelbar damit zu tun hatte, war der Weckruf für Sie alle: Achtung, da ist irgendetwas – eigentlich mehr eine Gegenreaktion auf den Putsch als zu DITIB.

Wir wissen, Diyanet ist eine Aufsichtsbehörde für alle fast 1.000 DITIB-Moscheen in Deutschland. Da muss man doch hingucken, und da können wir nicht darüber verhandeln, ob es in irgendeiner Form eine Zusammenarbeit geben kann, sondern da müssen wir klar und deutlich sein.

Ich finde es wirklich nicht in Ordnung – das ist schon im Programm aller anderen Parteien –, dass Sie fast zu jedem Thema in irgendeiner Form ein AfD-Bashing konstruieren. Nein, hier geht es ganz klar um DITIB und um nichts anderes. Wir wollen nicht pauschalisieren. Tun Sie es bitte auch nicht.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Schellhammer.

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Oelbermann, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Beitrag, auch dass Sie sich tatsächlich die Mühe gemacht haben, alle möglichen Reden von DITIB-Imamen anzuschauen und sich auf die Recherche zu geben. Ich denke, Ihr sachlicher Beitrag und diejenigen meiner Vorrednerinnen der Koalition haben dieser Diskussion gutgetan.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD, CDU und FDP)

Wir haben also als Grundlage dieser Debatte eine Große Anfrage vorliegen, die im September 2017 beantwortet worden ist und nun im Februar 2018 zur Aussprache gestellt wird. Wir alle haben beobachtet, die Entwicklungen in der Türkei haben auch in diesem Zeitraum noch weitere dramatische Züge angenommen.

Seit dem Putschversuch in der Türkei im Sommer 2016 ruhen die Verhandlungen mit den islamischen Verbänden über die Vereinbarung zum islamischen Religionsunterricht und über andere grundlegende Dinge. Es geht nicht nur um den Religionsunterricht, sondern auch um Fragen der Bestattung und weitere Fragen der Zusammenarbeit, die für die 4 % Muslime, die in Rheinland-Pfalz leben, auch wichtig sind.

Vor diesem Hintergrund wurden inzwischen zwei Zusatzgutachten in Auftrag gegeben, die die Einordnung der islamischen Verbände als Religionsgemeinschaften überprüfen sollten. Für mich ist bei allen Gutachten, die in Auftrag gegeben werden, die ganz zentrale Frage: Kann der türkische Staat direkt oder indirekt bei einem islamischen Religionsunterricht in unsere Klassen hineinregieren oder kann er dies nicht? – Das ist die zentrale Frage. Deswegen finde ich es gut und richtig, dass hier sehr sorgfältig geprüft wird. Nur wenn diese Frage klipp und klar mit Nein beantwortet werden kann, ist DITIB für uns ein denkbarer Partner für islamischen Religionsunterricht in Rheinland-Pfalz.

Ich habe schon im vergangenen Januar gesagt, wir verlangen von der DITIB, dass sie sich vom türkischen Staat emanzipiert. Ich muss aber feststellen, das Gegenteil ist passiert. Die Vorstandswahlen der DITIB Deutschland im Dezember letzten Jahres haben uns klar vor Augen geführt: Diyanet als verlängerter Arm von Erdogan hat seinen Einfluss auf DITIB noch weiter zementiert. Von einer Religionsgemeinschaft frei von Weisungen der türkischen Regierung können wir heute keinesfalls ausgehen.

Dabei müssen wir aber betrachten – das haben wir auch von grüner Seite thematisiert –, dass es in der Vergangenheit Ermittlungen der Bundesstaatsanwaltschaft gegeben hat, die der DITIB Spionage gegen in Deutschland lebende türkische Gläubige vorgeworfen haben. Hier scheint sich die türkische Regierung der DITIB und ihrer in der Türkei ausgebildeten Imame nur bedient zu haben. Aber dieser Vorwurf konnte nicht weiter erhärtet werden. Das gehört auch dazu.

Wir beschäftigen uns sachlich und konstruktiv – und von

grüner Seite auch sehr intensiv – mit der DITIB. Grüne Vertreterinnen und Vertreter, insbesondere Volker Beck und Cem Özdemir, haben sich sehr intensiv mit der Entwicklung in der Türkei und selbstverständlich auch mit der DITIB auseinandergesetzt. Dabei ist für uns eine klare Trennung zwischen politischer Kritik und pauschaler Verunglimpfung einer Religion geboten; denn wir haben weiter das Ziel, Partner für den islamischen Religionsunterricht an rheinland-pfälzischen Schulen zu finden.

Wenn DITIB ein solcher Partner sein will, muss sie sich klar und deutlich vom türkischen Staat emanzipieren und dies auch in ihren Vereinsstrukturen nachvollziehen. Der Grundsatz galt vor einem Jahr, er gilt, und er wird auch noch morgen gelten. Das ist unser Maßstab zur Beurteilung der DITIB.

Da sind wir klar und deutlich, aber auch klarer und deutlicher als die AfD in dieser Frage; denn Sie verdammen einerseits den Einfluss von Erdogan auf die DITIB, andererseits feierten Ihre Anhänger genau diesen Diktator, dass er einen Journalisten – nämlich Deniz Yücel – ein Jahr lang ohne Anklage in den Knast warf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD, CDU und FDP –
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Das ist zwiespältig. Das ist nicht klar. Da sind wir im Umgang mit der DITIB wesentlich klarer.

Einschränkung der Pressefreiheit, unliebsame Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftler und Menschenrechtsaktivisten werden durch Massenverhaftungen in Gefängnisse gesteckt: Der Rechtsstaat wurde quasi abgeschafft. Das ist leider die traurige Entwicklung. Von genau solchen Maßnahmen träumen Sie von der AfD doch eigentlich.

Sie haben Massenverhaftungen gefordert. War das nicht Ihr Wording? Wieso feiern Sie beispielsweise, dass ein unliebsamer Journalist in der Türkei ohne Anklage im Gefängnis saß? Stattdessen missbrauchen Sie die Kritik an der DITIB, die sachlich angebracht ist. Sie missbrauchen diese Kritik meiner Ansicht nach.

(Glocke der Präsidentin)

Sie nennen es immer wieder und nehmen es, um die Menschen, die muslimischen Glaubens oder aus der Türkei hierher gekommen sind, in die Kritik zu stellen.

Unser Ziel ist es, in Rheinland-Pfalz mit Partnern einen islamischen Religionsunterricht einzusetzen und umzusetzen. Die DITIB ist für uns so lange kein Partner, bis sie sich nicht klar erkennbar vom türkischen Staat emanzipiert hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD, der FDP und des Abg. Reinhard
Oelbermann, CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Paul das Wort.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sagte es bereits, und das macht unsere Große Anfrage auch klar, dass man entscheidende Fragen nicht gestellt hat. Im Innenausschuss hatten wir das Thema. Ich bin zur Verschwiegenheit verpflichtet. Aber ich gebe Ihnen den Rat – auch der Landesregierung –, einmal hinzuschauen, wer der Eigentümer der DITIB-Grundstücke der Moscheegemeinden ist; denn das zeigt ganz klar, wer DITIB im Griff hat. Es ist die Kölner Zentrale. Es ist Diyanet. Das sind Fragestellungen, die wichtig sind; denn sollte die DITIB Köln der Eigentümer sein, kann sie jederzeit sagen, du kommst aber nicht mehr ins Haus, du kommst nicht mehr auf das Grundstück. Das ist Macht, das ist politische Macht, und der müssen Sie auf den Grund gehen. Schauen Sie dahin. Das ist ganz wichtig.

(Beifall der AfD –
Zurufe von der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Herr Kollege Paul, Sie beziehen sich auf die Landesregierung. Bitte, beziehen Sie sich auf Frau Schellhammer.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Dann stelle ich den Bezug, der vielleicht auch Ihnen klar geworden ist, klar her.

Somit kann keine Emanzipation erfolgen, wenn ich in der Hand der Zentrale bin. Der Ruf nach Emanzipation ist schön, aber sie kann strukturell gar nicht erfolgen, weil die Eigentumsverhältnisse vielleicht so sind, wie ich sie beschrieben habe.

Dann vielleicht noch ganz kurz: Die Staatsferne DITIBs ist längst widerlegt; denn bei jedem Ereignis sehen wir eine Befehlskette. Erdogan will, Erdogan wünscht, Diyanet weist an, Diyanet befiehlt, ordnet an und wünscht, und DITIB folgt. Sie führen das durch. Schauen Sie sich die perfekt organisierte Demonstration pro Erdogan in Köln-Deutz an. Ich war da. Es waren beklemmende Bilder, die ich in Deutschland nicht sehen möchte. Ganz klar.

(Beifall der AfD)

Zu Deniz Yücel: Deniz Yücel ist ein Journalist, der einiges geschrieben hat. Er ist als Journalist damit in die Öffentlichkeit getreten. Dann muss er und darf er kritisiert werden. Auch das ist Pressefreiheit, dass ich sage, das, was ein Journalist schreibt, gefällt mir nicht.

(Zuruf der Abg. Pia Schellhammer,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keiner hat doch gesagt, dass er ohne Verfahren eingelocht werden soll. Es ist doch absurd, was Sie behaupten. Er hat Dinge geschrieben, die heute als Satire gelten, die Sie uns aber immer vorwerfen – Stichwort Poggenburg.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Nein, was Yücel geschrieben hat, ist keine Satire. Es ist

Hass. Nichts anderes, und das darf völlig unabhängig von Erdogan gesagt werden.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Herr Professor Barbaro.

Prof. Dr. Salvatore Barbaro, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich zunächst einmal bei Frau Kazungu-Haß, Herrn Oelbermann, Frau Schellhammer und Frau Lerch sehr herzlich bedanken. Ich finde, die Debatte hat gezeigt, dass es bei Fragen des Zusammenlebens unserer Gemeinschaft durchaus unterschiedliche Ansätze geben kann, aber dass Demokraten in der Lage sind, tatsächlich sachlich und sachorientiert miteinander zu diskutieren.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Ich will gerne auf den Antragsteller eingehen. Die Kritik, man habe über Jahre hinweg in einer linksromantischen Schwärmerei mit DITIB Verhandlungen geführt, haben Sie im Grunde genommen weitgehend selbst aufgehoben; denn viermal haben Sie heute betont, man habe nur ein einziges Gespräch mit den Verbänden geführt. – Entweder haben wir jahrelang mit DITIB verhandelt und einen Vertrag gemacht, oder wir haben nur einmal mit ihnen gesprochen. Aber beides kann nicht sein.

Sie können uns vorwerfen, dass wir zu weit gegangen sind, aber dann sagen Sie, wie konntet ihr nur einmal mit ihnen diskutieren. Also wir sind nicht so weit gegangen wie die Hessen. Das stimmt. Die Hessen haben einen Vertrag gebildet, und das setzt wahrscheinlich mehr als ein Gespräch voraus. Aber die Zurückhaltung in Rheinland-Pfalz als Anlass zu nehmen und zu kritisieren, dass man zu weit gegangen ist, ist einfach nur hochgradig widersprüchlich, passt aber leider in Ihre gesamte Argumentationskette.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Oelbermann, zu Ihrem Hinweis, schlichte Fragen erfordern auch schlichte Antworten. Es ist tatsächlich so.

Ich will seitens der Regierung zu der Debatte nur zwei Sachen sagen. Erstens will ich das festhalten, was wir schon immer sagten und auch in den letzten Jahren immer zur Voraussetzung für Gespräche für einen Religionsunterricht, aber auch in anderen Bereichen gesagt haben: Mit einer Religionsgemeinschaft ist das klare Bekenntnis zu einer Staatsferne verbunden. Es darf niemals sein, dass irgendein Staat Einfluss auf religiöse Inhalte nimmt, egal wo sie auch betrieben werden. Zweitens, der uneingeschränkte Zuspruch und das uneingeschränkte Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und des Abg. Uwe Junge,
AfD)

Das steht und stand nie außer Frage, und das ist auch Teil unserer Verfassung.

Den zweiten Part, den ich sagen möchte, ist, wer von anderen mehrfach die Verfassungstreue einfordert, muss sie auch selbst leben.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Richtig!)

Unsere Verfassung verlangt, dass wir in Fragen des Religionsunterrichts immer auch eine Partnerschaft haben. Der Staat hat nicht das Recht, alleine Religionsunterricht zu gestalten. Er verlangt vom Staat eine Partnerschaft mit Religionsgemeinschaften oder Kirchen. Er verlangt von Religionsgemeinschaften, dass sie auf dem Boden der Verfassung stehen und staatsfern sind. Die Analyse darüber, ob eine Gemeinschaft eine Religionsgemeinschaft ist, insbesondere an der hier formulierten Frage der Staatsferne orientiert, kann sich nicht daran orientieren, dass irgendjemand einmal etwas auf Facebook gelesen hat, sondern das muss sauber und rechtssicher im Sinne der Gerichte geklärt werden.

(Beifall der SPD, der FDP des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen verschanzt sich niemand hinter Gutachten. Wir halten uns an unsere Verfassung, wir arbeiten an unserem Rechtsstaat, und ich bin stolz darauf, in diesem Rechtsstaat leben zu können, der nicht nach Willkür argumentiert, sondern klar sagt, was die Verfassung will, wie unser Zusammenleben gestaltet sein soll. Das arbeiten wir auch genau so ab.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Paul das Wort.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Herr Staatssekretär Barbaro, das war sehr interessant. Aber ich kann Ihnen diesen angeblichen Widerspruch auflösen. Sie haben presswirksam, medienwirksam einen langen Prozess verkündet. Ich unterstelle der Landesregierung eine wahltaktische Motivation. Wir erinnern uns an die Auftritte von Frau Ministerpräsidentin Dreyer vor der DITIB-Gemeinde in Ludwigshafen, die türkische Fahne im Hintergrund, eindruckliche Bilder. Es war sozusagen die PR. Wenn man dann die Decke hinter diesem Verhandlungsprozess wegzieht, stößt man auf einen Verhandlungstag, ein kurzatmiges Unternehmen, in dem wesentliche und unbequeme Fragen nicht gestellt worden sind.

Ich habe Ihnen eben Hinweise gegeben, was man hätte fragen müssen, und zu welchen Ergebnissen man hätte kommen können. Das ist ein Verhandeln, das naiv und in seiner Frequenz völlig unangemessen ist. Das ist insofern kein Widerspruch, sondern hier klafft eine Lücke zwischen PR – eventuell wahltaktischer PR – und tatsächlichem Verhandlungsgeschehen. Diese Lücke haben wir jetzt hier

öffentlich gemacht. Das war ganz wichtig.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verstehe auch Sie nicht. Es gibt genug Politiker der Freien Demokraten, zum Beispiel in Baden-Württemberg, die sagen, DITIB ist verfassungsfeindlich und die VS-Beobachtung fordern. Da frage ich Sie, was ist denn Ihre Meinung in der Regierung, Stichwort Verfassungsfeindlichkeit? Das müssen Sie uns einmal beantworten.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe **Punkt 24** der Tagesordnung auf:

Situation der Transplantationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksachen 17/4856/5239/5370 –

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

Wer spricht? – Herr Dr. Gensch.

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir besprechen heute die Große Anfrage der CDU-Fraktion „Situation der Transplantationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz“, in rheinland-pfälzischen Krankenhäusern. Wir tun dies, weil im Themenbereich der Organtransplantation der Transplantationsbeauftragte einen sehr wichtigen Baustein darstellt, um die Organspendezahlen in Deutschland wieder anzuheben.

Aktuelle Zahlen aus Bayern legen zumindest nahe, dass optimale Arbeits- und Betätigungsbedingungen dieser Beauftragten hierzu einen signifikanten Beitrag leisten können.

Wie wir alle wissen, sind die Organspendezahlen mittlerweile auf einem historischen Tiefstand, insbesondere infolge der Organspendevorfälle im Jahr 2011/2012, zu denen ich auch aus medizinischer Sicht sagen muss, ja, es gab Verfehlungen und Richtlinienverstöße an einzelnen Transplantationszentren, die allerdings zu einem solch riesigen Skandal aufgebauscht wurden, dass sie und die Folgen uns bis zum heutigen Tag begleiten. Das hat einen ganzen medizinischen Zweig in Misskredit gebracht, der wie kaum ein anderer dringend auf eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz und Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen ist.

Bei vielen Menschen ist von den damaligen Vorfällen leider nur im Kopf hängen geblieben, dass in deutschen Krankenhäusern mit Organspenden unredlich umgegangen wird.

Ich muss Ihnen ganz klar sagen, das ist absolut nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU)

In deutschen Krankenhäusern wird sehr sorgfältig, umsichtig, mit einer hohen medizinischen Kompetenz und Exzellenz im Bereich der Transplantationsmedizin gearbeitet und vorgegangen.

Die Folgen, die ich initial beschrieben habe, wie sehen die Zahlen aus: Deutschlandweit hatten wir 2011 noch 1.200 Organspender. Das ist auch schon wenig. Aber das ist bis zum heutigen Tage im Jahr 2017 auf knapp unter 800 Organspender zurückgegangen. Das ist schon eine erschreckend niedrige Zahl. Das sind 400 Organe pro Jahr weniger. Das sind auch 400 Tote pro Jahr mehr.

Stellen Sie sich solch einen Vorgang einmal in einem anderen Setting vor: Kriminalität, islamischer Terrorismus, was das bei der Organtransplantation oder bei der Organspende für Folgen hätte. Davon spricht keiner.

Wir haben allerdings ein großes Problem. Aktuell warten in Deutschland ca. 10.000 Menschen auf ein Spenderorgan. Jeden Tag sterben Patienten, die auf dieser Liste stehen. Man hat überhaupt nur eine Chance, ein Organ zu bekommen, wenn man auf einer sogenannten Dringlichkeitsliste steht, eine HU-Liste, eine High-Urgency-Liste. Das Prinzip dieser Listenführung ist recht einfach. Je kränker der Mensch, je schlechter der Gesamtzustand, desto höher die Chance auf ein Organ. Das dauert in Deutschland mittlerweile so lange, dass Patienten über Monate nur noch auf der Intensivstation lebensfähig sind bzw. beim Warten auf ein Organ versterben.

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe ist es nun, alle zusammen eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für die Organtransplantation, für die Organspende wiederherzustellen.

(Beifall der CDU)

Ein Bestandteil dieser Bemühungen sollte es sein, die Rolle der Transplantationsbeauftragten zu stärken. Das ist natürlich nicht der einzige Ansatz. Wir müssen uns über verschiedene Dinge in dem Themenbereich unterhalten, auch über grundsätzliche Vorgehensweisen, wie es mit der erweiterten Widerspruchslösung aussieht als ein Lösungsmodell versus der proaktiven Zustimmungslösung, die wir im Moment noch haben.

Aber Transplantationsbeauftragte sind eine zentrale Schnittstelle im System der Organspende und der Organtransplantation. Hier hat das bundesweite Transplantationsgesetz den Ländern bereits vor Jahren ermöglicht bzw. ins Stammbuch geschrieben, das Betätigungsfeld dieser Transplantationsbeauftragten zu spezifizieren. Stichworte: erforderliche Qualifikationen, organisationsrechtliche Stellung, arbeitsrechtliche Freistellung, um nur einige zu nennen. – Hier reichen unsere landesrechtlichen Bestimmungen im Ausführungsgesetz nicht aus.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind ihrem Unterstützungsauftrag an die Krankenhäuser zu allgemein, und die Qualifikationsvoraussetzungen sind nicht hinreichend spezifiziert.

Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, das war Ihnen als Koalition bzw. in den Koalitionsverhandlungen klar. Das haben Sie schon im Frühjahr 2016 erkannt und dort eine Novellierung des Ausführungsgesetzes vorgesehen. Allerdings ist es bisher bei dieser Ankündigung auch zwei Jahre später geblieben.

(Beifall der CDU)

Aus Sicht der CDU-Fraktion nimmt sich die Landesregierung zu viel Zeit, die für dieses wichtige Anliegen verloren geht.

Lassen Sie mich noch einmal klar sagen, aus unserer Sicht besteht ein Regelungsbedürfnis bezüglich einer Spezifizierung der fachlichen Qualifikation der Transplantationsbeauftragten. Wir glauben, dass wir eine Regelung brauchen, dass die Entnahmekrankenhäuser für die anfallenden Fortbildungskosten aufkommen müssen, und wir brauchen Standards für Freistellungen der entsprechenden Transplantationsbeauftragten.

Mit diesen Regelungen – auch das gehört zur Wahrheit dazu – sind andere Länder schon weiter. Ich ganz persönlich und auch meine Fraktion vertreten die Ansicht, dass wir im Interesse der Organspende und der Organtransplantation in Rheinland-Pfalz diesen Rückstand aufholen und schleunigst tätig werden sollten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Anklam-Trapp.

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Menschen, die feiern zwei Geburtstage. Ein neues Herz, eine gespendete Leber oder Lunge ermöglichen nach einer unheilbaren schweren Erkrankung ein neues Leben. Unser gemeinsamer ehemaliger Kollege von der CDU-Fraktion im Landtag, Thomas Günther, feiert einen solchen zweiten Geburtstag und kann mit der neuen Kraft eines neuen Organs als Stadtbürgermeister seiner Heimatgemeinde gute Dienste tun.

Genauso dankbar sind Menschen, die nach oft jahrelanger zermürbender Dialysebehandlung befreit werden von dieser Maschine und dank eines Organs wieder zum Leben zurückfinden. Genauso wichtig ist es bei der Transplantation von Gewebe – es sind ja nicht nur Organe –, wenn man wieder sehen kann, weil man das Glück hat, eine Hornhautverpflanzung erfolgreich geschenkt zu bekommen.

Herr Dr. Gensch, in der Tat, wir haben zu wenige Organe. Es gibt zu wenige Menschen, die sich bereit erklären, ihre

Organe zu spenden. Dennoch liegt Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich mit – wenn auch noch zu wenigen – 10 % leicht über dem Bundesdurchschnitt, wie Ihre Große Anfrage ergab. Am Beispiel der Leber betrachtet konnten im Jahr 2016 30 Organe in unseren Transplantationszentren verpflanzt werden und im letzten Jahr 35 Organe. Damit konnten 35 Leben im Jahr 2017 gerettet werden. Bei den Nieren ist es etwas mehr. 2017 waren es immerhin 68 Organe.

Ich möchte an dieser Stelle an die Hinterbliebenen erinnern, die vor einer sehr schwierigen Entscheidung stehen und in dieser schicksalhaften schweren Zeit dennoch Kraft über den Tag hinaus schöpfen, wenn eine Transplantation möglich war. Ich war als ehemalige Transplantationschwester 16 Jahre lang in der Uniklinik genau dafür zuständig.

Ich möchte mich bei den Transplantationsteams bedanken, die großartige Arbeit leisten, und ich möchte mich im Namen der SPD-Fraktion bei den Menschen bedanken, die wesentlich eine positive Willensentscheidung treffen. Wir alle werden von den Krankenkassen gefragt, ob wir bereit sind, Organspender zu werden. Ich halte es für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich immer wieder diesen Fragen zu widmen. Auch wir als Landtagsabgeordnete dürfen dafür werben und dürfen an Schulen gehen. Ich selbst besuche in den nächsten Tagen eine IGS. Ich bin dort eingeladen, nach Möglichkeit immer gemeinsam mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO), um zu informieren und die Menschen mitzunehmen.

Es muss perfekt organisiert sein. Es darf kein so wertvolles Organ verlorengehen. Zum Empfänger muss der passende Spender gefunden werden, und wir haben gemeinsam mit der DSO, den Krankenkassen, der Ärztekammer und vielen weiteren Partnern daran zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser sind gut organisiert. An jedem Krankenhaus, in dem eine Intensivstation ist, ist ein Transplantationsbeauftragter. Insgesamt sind es in Rheinland-Pfalz 109. Ein Schwerpunktzentrum wie die Uniklinik in Mainz hat allein zehn dieser Transplantationsbeauftragten. Diese sind freigestellt. Herr Dr. Gensch, nach dem Organspende-Vergabeskandal war es wirklich wichtig zu klären, dass kein Krankenhaus daran verdient und dass diese seltene, besondere Situation bei Angehörigengesprächen und bei der Transplantübergabe durch die Stärkung der Transplantationsbeauftragten eine eigenständige Disziplin im Krankenhaus erfordert.

Wir haben im Koalitionsvertrag verankert, dass der Transplantationsbeauftragte gestärkt wird mit der Facharztausbildung und künftig auch mit dem Curriculum. Ich stehe als Fachkrankenschwester voll dahinter; denn kaum eine Fachdisziplin im Krankenhaus erhält mehr Respekt wie die Intensivschwestern und -pfleger, die sehr viel leisten. Wenn sie auch Angehörige beraten, da sich ohnehin ein Vertrauensverhältnis gebildet hat, halte ich das mit der Novellierung des Landesgesetzes und dem gemeinsamen Koalitionsvertrag, wie er zwischen SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinbart wurde, für den richtigen Weg. Das Gesetz ist in Vorbereitung, und das ist auch

wichtig.

Lassen Sie mich noch in Beantwortung der finanziellen Frage sagen, die Entnahmekrankenhäuser haben im Jahr 2017 von der DSO 967.000 Euro für ihre Leistungen erhalten. Ich sagte bereits, die Krankenhäuser dürfen keinen Gewinn machen, aber sie dürfen auch nicht drauflegen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Freistellung für diese besondere Tätigkeit in der Position des Transplantationsbeauftragten werden wir stärken. Wir werden weiterhin Öffentlichkeitsarbeit machen, auch mit einer wertschätzenden Auszeichnung für Krankenhäuser, die sehr erfolgreich transplantieren.

Lassen Sie uns dieses wichtige Thema auch immer wieder den Menschen erklären, getreu dem Motto der Initiative Organspende in Rheinland-Pfalz: „Herz zu verschenken“.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die AfD-Fraktion spricht Frau Dr. Groß.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Die Deutsche Stiftung Organtransplantation, kurz DSO genannt, beklagt in einer Pressemitteilung vom 15. Januar 2018 den niedrigsten Stand der Organspenden seit 20 Jahren. Herr Dr. Gensch, das, was Sie gesagt haben, ist richtig. Ich möchte es nicht wiederholen.

Auch wegen dieses niedrigen Standes fordert die DSO einen gemeinschaftlichen Intensivplan zur Förderung der Organspende.

(Unruhe im Hause)

Im Rahmen dessen weist die DSO auch in Bezug auf umfangreiche Analysen aus der Zusammenarbeit mit den Kliniken auf organisatorische Schwachstellen hin, die gegebenenfalls dazu führen können, mögliche Organspender als solche nicht zu erkennen. Die DSO fordert hier, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Organspende zu einem selbstverständlichen Bestandteil der medizinischen Versorgung am Lebensende wird, und führt an, dass eine regelhafte Einbeziehung der Transplantationsbeauftragten in die maßgeblichen Entscheidungsprozesse zu positiven Effekten für die Organspende führen würde. Insgesamt fordert die DSO also, die Rolle der Transplantationsbeauftragten zu stärken.

Dabei lohnt sich natürlich auch ein Blick auf das umfangreiche Aufgabenfeld der Transplantationsbeauftragten. Sie sind sowohl Ansprechpartner für alle beteiligten Mitarbeiter der Kliniken in allen Fragen auf dem Gebiet der Organtransplantation als auch Ansprechpartner für die regionalen Untergliederungen der DSO. Ihnen obliegt die Erarbeitung

klinikinterner Standard Operating Procedures (SOP), Leitlinien zu Einleitung und Ablauf einer Organspende sowie die Anpassung des Unterstützungsumfangs der Organisationszentrale DSO.

Die Transplantationsbeauftragten organisieren einschlägige Informations- und Fortbildungsveranstaltungen. Sie führen regelmäßig Besprechungen mit beteiligten Personen durch mit dem Ziel, das Verständnis und die Motivation für die Gemeinschaftsaufgabe Organspende zu vertiefen.

Zudem obliegt den Transplantationsbeauftragten die Etablierung der betreffenden klinikinternen Dokumentationsverfahren als Bestandteil der internen Qualitätssicherung und der Dokumentation des Versorgungsauftrags. Entsprechende Erhebungsbögen sind dabei monatlich der DSO zur Analyse des Organspenderaufkommens vorzulegen.

Ein derartig umfangreiches Aufgabengebiet erfordert adäquate fachliche Qualifikationen und regelmäßige Fort- und Weiterbildungen. Insoweit ist es natürlich zu begrüßen, wenn die Landesregierung ankündigt, im Rahmen der in diesem Jahr anstehenden Novellierung des Landesgesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes sowohl die fachlichen Qualifikationen spezifizieren als auch eine verbindliche Freistellung für Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen festzuschreiben zu wollen.

Die Ausführungen der Landesregierung hierzu sind aus unserer Sicht allerdings zu wenig konkret; denn die Freistellungsregelung sollte dem Transplantationsbeauftragten zum einen eine tatsächliche Freistellung ermöglichen, zum anderen aber auch der unterschiedlichen Struktur der Krankenhäuser Rechnung tragen. Wie die Landesregierung hier letztlich gedenkt, das umzusetzen, ist aus der Antwort auf die gegenständliche Große Anfrage wenig nachvollziehbar, und das ist unbefriedigend.

Zudem sollen die Kliniken künftig verpflichtet werden, ihre entsprechenden Freistellungsregelungen konkret beim Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie anzuzeigen. Hier entsteht der Eindruck, dass die konkrete Ausgestaltung der Freistellungsregelung auch künftig bei den jeweiligen Kliniken verbleiben soll.

Außerdem ist nicht klar, zu welchem Zweck die Kliniken hier ihre Freistellungsregelungen anzeigen bzw. welche Handlungsoptionen sich hieraus für das Ministerium ergeben sollen.

Aber gleichwohl stellt sich hier aus unserer Sicht bereits die Frage, ob es bei 109 Transplantationsbeauftragten in über 70 Kliniken nicht sinnvoller wäre, eine einheitliche gesetzliche Freistellungsregelung zu schaffen, anstatt eine Vielzahl von Freistellungsregelungen zu ermöglichen und diese gegebenenfalls zu prüfen. Eine solche Lösung hat der Freistaat Bayern etabliert, der für Transplantationszentren eine völlige Freistellung der Transplantationsbeauftragten vorsieht und in den Entnahmekliniken eine anteilige Freistellung stufenweise entsprechend der Zahl der Intensivbehandlungsbetten. Eine derartige Freistellungsregelung schafft einheitliche Bedingungen und berücksichtigt gleichzeitig auch durchaus die unterschiedlichen Strukturen in den Kliniken.

Zudem trägt sie dem Umstand Rechnung, dass in das Aufgabengebiet der Transplantationsbeauftragten auch regelmäßige Tätigkeiten fallen. Insoweit sollte eine entsprechende Regelung unserer Meinung nach bei der Novellierung des Landesgesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes berücksichtigt werden.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Wink.

Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Einiges haben wir schon gehört, auch, dass zur Erfüllung des Versorgungsbereichs und zur vertrauensvollen Kooperation mit der DSO, die als Koordinierungsstelle fungiert, für jedes Krankenhaus ein Transplantationsbeauftragter eingesetzt werden muss. Das Anforderungsprofil für die Transplantationsbeauftragten beinhaltet nicht nur die fachliche Kompetenz, sondern auch die Bereitschaft, mit Engagement und auch innerer Überzeugung diese höchst wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Die DSO forderte im November letzten Jahres hinsichtlich des Organmangels in Deutschland die Entwicklung eines gemeinschaftlichen Initiativplans. Die Transplantationsbeauftragten sollen hierbei durch kontinuierliche Weiterbildung, Unterstützung, Wertschätzung – auch das haben wir gehört – und durch die Entlastung von anderen Aufgaben gestärkt werden.

Zum Thema der Organspende in Rheinland-Pfalz möchte ich hervorheben, dass entgegen des Bundestrends im Jahr 2017 im Vergleich zu 2016 mehr Organe gespendet wurden, die Zahl der Transplantationen aber gleich blieb.

Derzeit sind in rheinland-pfälzischen Krankenhäusern 109 Transplantationsbeauftragte bestellt. Somit entsprechen die Krankenhäuser den gesetzlichen Bestimmungen, dass mindestens ein Beauftragter oder eine Beauftragte bestellt werden muss.

An der Universitätsklinik Mainz sind mit zehn die meisten Beauftragten eingesetzt, gefolgt vom Städtischen Krankenhaus Pirmasens mit fünf Beauftragten. Um die fachliche Qualifikation der Beauftragten zu gewährleisten, wird in Rheinland-Pfalz das alljährliche Curriculum „Organspende“ nach den Vorgaben der Bundesärztekammer angeboten. Ziel hierbei ist die Vermittlung sämtlicher Aspekte in Bezug auf postmortale Organspende sowie Transplantation.

Inhalte sind die gesetzlichen Grundlagen, die Spendererkennung, Hirntod und Hirndiagnostik, Allokation, Angehörigenbetreuung und die erfolgreiche Transplantation selbst. Die Fortbildung umfasst 32 Stunden Theorie, ein achtstündiges Kriseninterventionsseminar und die Teilnahme an einer Organspende.

Im Rahmen der Novellierung des Landesgesetzes zur Aus-

führung des Transplantationsgesetzes Rheinland-Pfalz soll durch eine regelmäßige Teilnahme an zertifizierten Fortbildungsangeboten die Qualitätssicherung gewährleistet werden.

Außerdem soll im Rahmen dessen die Qualifikation für die Beauftragten spezifiziert werden.

Bei der Novellierung des Landesgesetzes soll weiterhin eine entsprechende Freistellungsregelung, die von jedem Kollegen und jeder Kollegin angesprochen wurde, im Hinblick auf die Tätigkeit und die Fortbildung der Beauftragten festgeschrieben werden. Es ist von unermesslicher Bedeutung, dass die verantwortungsvolle Aufgabe der Transplantationsbeauftragten auch unter entsprechenden Rahmenbedingungen ausgeübt werden kann.

Abschließend möchte ich an dieser Stelle allen Frauen und Männern danken, die in unserem Land die verantwortungsvolle Aufgabe der Transplantationsbeauftragten übernehmen und hervorragende Arbeit leisten. Ohne den unermühten Einsatz und ihr Engagement wäre vieles nicht umsetzbar.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Daher muss und wird es unser Ziel sein, die Rolle der Transplantationsbeauftragten zu stärken sowie ihre Wertschätzung, die Organspende selbst und die Beratung für die Menschen über die Organspende weiter voranzutreiben.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Binz.

Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zahlen aus dem Januar, die die DSO veröffentlicht hat und die bereits angesprochen worden sind, haben uns erneut vor Augen geführt, dass die Zahl der Organspenden bzw. auch der Transplantationen weiterhin ernüchternd niedrig sind. Es braucht also von uns allen weitere Kampagnen, Aufklärung, Bewusstseinsbildung und den Abbau von Ängsten und Vorurteilen.

Leider beobachten wir, dass durch die schon angesprochenen Skandale, die in den letzten Jahren öffentlich wurden – Sie kennen die Fälle –, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das etablierte System der Organtransplantation erschüttert wurde. Hier sind wir alle gefragt, Vertrauen wieder aufzubauen – Frau Kollegin Anklam-Trapp ist schon darauf eingegangen – und weiter für die Lebenswichtigkeit der Organspende zu werben.

Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang kommt den

Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern zu. Die Landesregierung bereitet gerade eine Novellierung des Landesgesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes in Rheinland-Pfalz vor, um insbesondere die Stellung dieser Transplantationsbeauftragten zu stärken. So sollen die fachlichen Anforderungen im Gesetz spezifiziert werden. Transplantationsbeauftragte sollen unter anderem Ärztinnen und Ärzte sein, die über eine für diese Tätigkeit geeignete Facharztausbildung verfügen und das Fortbildungscurriculum der Bundesärztekammer absolviert haben.

Auch soll die Stellung der Transplantationsbeauftragten verbessert werden, indem die Krankenhäuser dann gesetzlich verpflichtet sind, zum einen die Kosten der Fortbildung zu tragen, aber sie sollen eben auch dazu verpflichtet werden, die Transplantationsbeauftragten für die Teilnahme an den regelmäßigen Fortbildungen freizustellen.

Wir können dieses Vorgehen nur begrüßen; denn es stärkt nicht nur die Transplantationsbeauftragten, sondern das System der Transplantation und der Organspende insgesamt. Auch solche Maßnahmen können aus unserer Sicht dazu beitragen, das verloren gegangene Vertrauen in das System insgesamt wieder zu gewinnen, und in Zukunft dazu führen, dass wir wieder mehr Organspenden und dadurch auch mehr Transplantationen, lebensrettende Operationen, durchführen können.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr wurden die Zahlen für die Organspenden veröffentlicht. Sie sind alarmierend. Wir haben es gehört, sie haben bundesweit einen historischen Tiefstand erreicht. Lediglich in fünf Bundesländern konnten wir einen Anstieg der gespendeten Organe verzeichnen. Eines davon ist Rheinland-Pfalz.

Entgegen dieses besorgniserregenden Bundestrends haben wir in Rheinland-Pfalz erstmals den Negativtrend seit 2012 durchbrochen, die Zahl der gespendeten Organe stieg um 10,5 % auf 137 im Jahr 2017.

Aber uns allen ist klar, dass diese Zahlen nicht zufriedenstellend sind und wir unsere Bemühungen um die Stärkung der Organspende weiterführen müssen. Neben der Entscheidungslösung stützt sich die Stärkung der Organspende vor allem auf drei Säulen:

Die erste Säule ist die kontinuierliche Information und Aufklärung der Bevölkerung unter anderem durch unsere im Jahr 2002 gegründete Initiative Organspende Rheinland-

Pfalz, die die Landesregierung finanziell und ideell unterstützt.

Meine Damen und Herren, die zweite Säule ist die Kooperationsvereinbarung Rheinland-Pfalz zur Förderung der postmortalen Organ- und Gewebespende, die wir im Jahr 2006 als gemeinsame Initiative der Landesärztekammer, der Landeskrankenhausgesellschaft, der Landeszentrale für Gesundheitsförderung und der DSO mit dem Ministerium unterzeichnet haben.

Auch diese Kooperationsvereinbarung unterstreicht noch einmal ganz deutlich, dass die Organspende eine Gemeinschaftsaufgabe ist, die auf vielen Schultern liegt.

Die dritte Säule, die es bei der Stärkung der Organspendebereitschaft zu nennen gilt, ist das Landesgesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes. Die Beantwortung der Großen Anfrage hat gezeigt, wir haben in Rheinland-Pfalz 73 Krankenhäuser mit 109 Transplantationsbeauftragten, die aktiv in den Transplantationsprozess, in den Organspendeprozess, eingebunden sind. Meine Damen und Herren, dabei – das möchte ich ausdrücklich betonen – leisten die Transplantationszentren eine vorbildliche und hervorragende Arbeit.

(Beifall der SPD, bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auf die vergangene Woche verweisen, in der das Westpfalz-Klinikum Kaiserslautern für sein vorbildliches Engagement durch das Ministerium und die DSO ausgezeichnet wurde. Im Westpfalz-Klinikum Kaiserslautern hat es im Jahr 2016 neun Organspenden gegeben. Das sind die meisten, die es in Rheinland-Pfalz gegeben hat.

Meine Damen und Herren, mit der Novellierung des Transplantationsgesetzes auf Bundesebene wurde mit der Freistellungsregelung für Transplantationsbeauftragte ein Meilenstein erreicht. Deswegen ist jetzt der nächste wichtige Schritt die Novellierung unseres Landesgesetzes, um die Position der Transplantationsbeauftragten weiter zu stärken.

Genau diesen Weg gehen wir zur Zeit. Ziel unserer Novellierung ist es unter anderem, die fachliche Qualifikation der Transplantationsbeauftragten künftig gesetzlich zu spezifizieren. Danach sollen Transplantationsbeauftragte Ärztinnen und Ärzte sein, die über eine geeignete Facharztausbildung verfügen und das Fortbildungscurriculum der Bundesärztekammer zum Transplantationsbeauftragten-Arzt absolviert haben.

Was uns auch wichtig ist, ist die künftige Fortbildung und vor allem die kontinuierliche Fortbildung. Sie ist für die Qualifizierung und die Qualitätssicherung von größter Bedeutung. Deshalb werden wir in unserem Landesgesetz die regelmäßige Teilnahme, und zwar mindestens alle zwei Jahre an Fortbildung für Transplantationsbeauftragte, verpflichtend regeln.

Ein weiterer zentraler Aspekt, der hier schon genannt wurde, wird die Regelung bezüglich der Freistellung der Transplantationsbeauftragten sein. In unserem Referen-

tenentwurf haben wir bezüglich der Freistellungsregelung einen Weg gewählt, der auf der einen Seite die tatsächliche Freistellung der Transplantationsbeauftragten ermöglichen, aber auf der anderen Seite – das ist bei der Heterogenität unserer Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz sehr wichtig – auch der sehr unterschiedlichen Struktur unserer Krankenhäuser Rechnung tragen soll. Das heißt, die Krankenhäuser werden künftig verpflichtet werden, ihre Freistellungsregelung beim Sozialministerium anzuzeigen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Novellierung des Transplantationsgesetzes stärkt die Arbeit der Transplantationsbeauftragten. Neben diesen gesetzlichen Regelungen dürfen wir alle gemeinsam darüber hinaus nicht nachlassen, wenn es darum geht, Vorbehalte gegenüber dem Thema abzubauen und die Bevölkerung zu informieren und aufzuklären.

Ich lade Sie herzlich ein, diesen Weg weiter mit uns zu gehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Dr. Gensch das Wort.

Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin, erlauben Sie mir vorab eine persönliche berufsbedingte Anmerkung: Ich schreibe Sie ab jetzt krank.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Sehr rührend!)

Sie waren schon letzte Woche krank, wie ich auf Twitter verfolgen konnte. Ich muss sagen, Ihr Gesundheitszustand hat sich doch deutlich verschlechtert. Als Mediziner kann ich das beurteilen. Ab jetzt sollten Sie zu Hause bleiben und sich um Ihre Gesundheit kümmern.

(Vereinzelt Beifall im Hause)

Inhaltlich möchte ich nur noch auf die Zeitschiene eingehen. Nach der Koalitionsvereinbarung sind zwei Jahre ins Land gegangen. Im Frühjahr 2016 haben Sie in Ihrer Vereinbarung diese Novellierung angekündigt. Bis zum heutigen Tag ist nichts passiert. Sie sagen jetzt, Sie arbeiten gerade daran, ein Referentenentwurf befinde sich in der Bearbeitung. Ich bitte Sie, jetzt mit Hochdruck diesen Entwurf fertigzustellen.

Sie haben recht, ein ganz wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist die Freistellung der Transplantationsbeauftragten. Sie haben auch recht, diese vollständige Freistellung, wie sie in Bayern an den Transplantationszentren durchgeführt wird, kann man nicht an allen Krankenhäusern machen. Die Heterogenität der Krankenhausstruktur gibt das nicht her. Es macht auch keinen Sinn. Aber dass man an den Transplantationszentren Personen hat, die es hauptberuflich machen und sich mit Kraft und Intensität

dieser Aufgabe widmen können, halte ich für einen ganz wesentlichen Aspekt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist etwas, was aus meiner Sicht dazu geführt hat, dass die Bayern mit dieser 20 %-Steigerung der Organpendezahlen einen Turnaround geschafft haben und man ein Kausalitätsprinzip feststellen kann: Das wurde geändert, deswegen gingen die Zahlen nach oben. – Bei allen anderen Bundesländern steht man eher vor den Fragestellungen: Gut, hier sind 5 % mehr, dort 10 % mehr, wie erklären wir uns das? Ist das ein statistischer Ausreißer? Geht es nächstes Jahr wieder nach unten? – Ein kausales Prinzip kann ich nicht erkennen. Insofern tun wir gut daran, dem bayerischen Weg zu folgen oder ihn uns zum Vorbild

zu nehmen und hier tätig zu werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, damit haben wir unsere Tagesordnung abgearbeitet.

Ich schließe die Sitzung, wir sehen uns wieder am Mittwoch, dem 21. März. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und einen guten Heimweg.

Ende der Sitzung: 14:12 Uhr